

Volksmacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und 12 Ausgaben der „Volksmacht“, Neue Ausgaben Nr. 1 und Neue Ausgaben Nr. 11, durch die Zweigstellen, Zigarrengeschäft Reichelt, Reichsstr. 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rm. — 8 Pf. — Trichterlohn 0,50 Rm. monatlich 1,75 Rm. — 35 Pf. Trichterlohn 2,10 Rm. Durch die Post einzeln. — Subskriptionsgebühren 2,40 Rm.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle **Dresden 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dresden Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf. anamört 17 Pf. Anzeigen unter Tag 20 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Verzeile, Besammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/8 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Höring will nicht mehr Oberpräsident sein.

Er legt sein Staatsamt nieder, um ungehemmt der Führung des Reichsbanners zu dienen.

Magdeburg, 24. Juli. (Eigener Funkenbericht.)

Am Sonntag begann in Magdeburg unter dem Vorsitz des Bundespräsidenten, Genossen Höring, eine Konferenz der Gauvorstände und Gausekretäre des Reichsbanners. Es handelt sich hier um die übliche halbjährliche Besprechung allgemeiner organisatorischer Fragen. Die Konferenz war aus allen Teilen Deutschlands äußerst zahlreich besetzt. Sie wird am Montag vormittag fortgesetzt. Die politische Bedeutung der Konferenz lag in einer Rede Hörings, der sich gegen seine Angreifer zur Wehr setzte und mitteilte, daß er sein Staatsamt niederlegt.

Aus freien Stücken hat der temperamentvolle republikanische Kämpfer das hohe Amt des Oberpräsidenten seiner Heberzeugung geopfert, um in Zukunft als freier Mann und Führer des Reichsbanners den Kampf gegen seine Gegner und die Feinde der von ihm gegründeten Organisation zu führen. Dieser Entschluß des Oberpräsidenten Genossen Höring stand fest, bevor die „Hilfslosigkeit der Wiener Regierung“ von ihm als Bundespräsident des Reichsbanners in einem Aufruf festgenagelt wurde und bevor die gegenwärtig in Gemeinschaft mit Gehlert mit der Führung der Reichsgeschäfte beauftragten deutsch-nationalen Minister eine „diplomatische Aktion der Reichsregierung“ — die zu drei Vierteln nicht in Berlin ist — beschlossen und eingeleitet hatten. Schon Ende der vergangenen Woche hat Höring dem preussischen Innenminister sein Gesuch um Enthebung vom Amte unterbreitet. Voraussichtlich wird das preussische Kabinett diesem Ersuchen noch im Laufe dieser Woche stattgeben.

Die Deutschnationalen wollten weniger den Oberpräsidenten als den Bundesführer und Gründer des Reichsbanners in der Absicht treffen, damit der großen republikanischen Organisation schweren Schaden zuzufügen. Ihre Rechnung war falsch. Der Bundespräsident, der Bundesführer Höring, bleibt dem Reichsbanner erhalten. Entbunden von den Lasten seines Amtes, wird er sich in Zukunft in ehrenamtlicher Tätigkeit weit mehr als bisher um das Reichsbanner kümmern können. So dürfte sich die erstrebte Schwächung der großen republikanischen Organisation zu einer Stärkung auswirken.

Daß dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten Höring im Amt selbstverständlich ein anderer Sozialdemokrat folgt, ist bereits so gut wie sicher. Der Name des Nachfolgers bürgt dafür, daß sich an dem von Höring geführten Kurs nicht das geringste ändert. Wenden wird sich in Zukunft nur die Arbeitsverteilung. Wo bisher eine Person das schwierige Amt des Ober- und das des Bundespräsidenten des Reichsbanners verwaltete, werden in Zukunft zwei gleichgesinnte Männer mit voller Kraft jeder auf seinem Posten für ihre Heberzeugung stehen.

Der Entschluß des Bundesführers Höring rief Ueberraschung hervor. Stille Kritik setzte ein, und doch gestaltete sich die öffentliche und auch die anschließende vertrauliche Sitzung zu einem wahren Triumph für Höring. Von allen drei republikanischen Parteien marschierten Redner auf voll Dankes für den Führer „Nun erst recht in das Reichsbanner unter Führung von Höring!“ erklärte der Zentrumsvertreter unter dem stürmischen Widerhall der Versammlung, und ein demokratischer Abgeordneter des preussischen Landtages erklärte: „Nun gehört der Mann seines Wertes ganz zu uns, wir können uns dazu gratulieren.“

Die Rede des Oberpräsidenten Gen. Höring vor der Konferenz lautet in einigen wesentlichen Stellen:

Nun regiert die Reichsregierung von heute über ein halbes Jahr. Ueber ihre Politik selbst will ich mir weiter kein Urteil erlauben, nur feststellen, daß die republikanischen Parteien und deren Presse ohne Unterschied sagen: ein außen- und innenpolitischer Erfolg blieb ihr bisher ver sagt. Die Bauern, Angestellten und Arbeiter sind sicher enttäuscht, die Klein- und Sozialrentner, Sparrer, Kriegsbeschädigten, Witwen und Waisen haben sich betrogen. Die Bauernschaft behauptete wohl nicht mit Unrecht, die Politik würde nur nach den Interessen des Großgrundbesitzes getrieben, jenes Großgrundbesitzes, der zum mindesten 80 Prozent sich von dem Landbund und ähnlichen Rechenstellen ausrechnen läßt, daß er kein Einkommen habe und daher ja auch keine Einkommenssteuern zahlen brauche, während die Bauern und Kleinbauern alles zehlos versteuern müssen. Die deutsch-nationale Regierung öffnet den Bauern die Augen. Wir stellen gern fest, daß die Zahl der Bauern, die von dem Landbund und von der Deutschnationalen Volkspartei Abschied nehmen, von Tag zu Tag größer wird, und daß die erwachten Bauern in Scharen jetzt zum Bauernbund, zu den republikanischen Parteien und vor allem zu uns, zum Reichsbanner, kommen. Die Republikaner können und werden ihre Interessen wahrnehmen. Ich verhehe durchaus, daß die Deutschnationalen im allgemeinen, und Herr Hergt im besonderen, dessen politisches

Südenregister ich bei einer anderen Gelegenheit aufrollen werde, Kritik zu fürchten haben. Da muß eben auch die sachliche Kritik glatt unterbunden werden. Höring fährt dann fort: Im alten Staate hätten hohe Beamte ganze Volksschichten beschimpft. Jetzt sei das anders. Die Rechtsparteien hätten geglaubt, daß er als Oberpräsident schweigen müsse, und deshalb eine Hege gegen ihn entfacht. Er sei aber nicht der Reichsbannerführer, sondern gleichzeitig Abgeordneter und Bevollmächtigter für den Reichsrat. In dieser Eigenschaft sei er verpflichtet, Kritik zu üben. Er wolle deshalb von seinem Posten als Oberpräsident zurücktreten. Ganz besonders auch deshalb, um der preussischen Regierung keine Schwierigkeiten zu machen, und um alles aus dem Wege zu räumen, was den Bestand der Preußenkoalition und die Schaffung einer republikanischen Regierung im Reiche für die Zukunft gefährden könnte.

Höring kam dann auf seine Kritik der Benthener Hergt-Rede zurück, an der er festhalte. In Desterreich sei leider nur die bürgerliche Sozialdemokratie ehrlich republikanisch. In dem Reichsbanner-Aufruf zu den Wiener Vorgängen sei ihrem „Schuhbund“ der Dank ausgesprochen gewesen, daß sie den Bürgerkrieg verhinderte. Sachlich könne niemand das bestritten. Formale Einwände würden jetzt ihre Bedeutung verlieren.

Die Haltung des Reichsbanners bleibe unverändert. Er habe nun als Bundesvorsitzender größere Eisen-

bogenfreiheit und werde sie für die Zukunft auch gebrauchen.

In seinem Schlusswort erwähnte Höring, daß die Mitglieder der Zentrumspartei, die gleichzeitig dem Bundesvorstand angehören, also Dr. Krohne und Joss, sich darüber beklagt hätten, daß sie nicht vor dem Aufruf an den Deutsch-österreichischen Schuhbund gehört wurden. Höring sagte, es sei keine Zeit mehr dazu gewesen, alle Mitglieder des Bundesvorstandes vorher zu befragen. — Er habe infolge dessen ohne vorherige Genehmigung durch alle Bundesvorstandsmitglieder den Aufruf erlassen. Dieser Aufruf sei notwendig gewesen. Ueber seine Formulierung könne man streiten, aber nicht, daß diese Unannehmlichkeiten bald beseitigt würden, und kein ernstes Konfliktstoff zurückbleiben werde.

Nachfolger Otto Landsberg?

Als Kandidat der Oberpräsidenten Höring ist der frühere Reichsminister und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Otto Landsberg in Aussicht genommen. Landsberg hat eine Zusage für die Übernahme des Amtes noch nicht gegeben, da er von Berlin abwesend ist. Die Nachricht, daß der frühere preussische Innenminister Genosse Severing die Nachfolge des Oberpräsidenten Höring in Magdeburg antreten wird, bezeichnet der „Soz. Presseklub“ als falsch.

Die Erhöhung der Postgebühren tritt am 1. August in Kraft.

Beethoven statt Fredericus. — Eine Ebert-Marke.

Die angekündigte Erhöhung der Postgebühren ist vom Verwaltungsrat der Reichspost beschlossen worden und tritt bereits, mit Ausnahme der neuen Paketpostgebühren, am 1. August in Kraft. Die gesamte Belastung der Wirtschaft mit diesen neuen Sonderausgaben ist auf eine Viertelmilliarde Mark zu veranschlagen. Das muß man immer im Auge behalten, wenn man die Höhe der Post in ihrer wirtschaftlichen Tragweite einschätzen will. Im Arbeiterhaushalt selbst spielt es keine große Rolle, ob ein Brief zehn oder, nach den letzten Beschlüssen, fünfzehn Pfennige kosten soll, ob eine Postkarte wie bisher mit fünf oder später mit acht Pfennigen zu frankieren ist. Der Telegrammverkehr kommt im Haushalt des Einzelnen ebenfalls nur selten in Betracht. Eine um so größere Rolle spielen jedoch die Post für den Gewerbetreibenden und für die Betriebe in Industrie, Handel und Bank. Aber diese tragen die neuen Abgaben nicht, sie zahlen sie nur, um sie vom letzten Verbraucher in höheren Preisen für Waren und Lieferungen wieder einzukassieren. So trifft die Belastung das ganze Volk.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften haben daher zusammen mit den übrigen Linksparteien und mit einem großen Teil der Wirtschaft gegen die Erhöhung der Postwiderstand geleistet. Ihre Vertreter stimmten auch im Verwaltungsrat der Reichspost gegen die Vorlage. Der Erfolg, der der Opposition beschieden war, war jedoch gering, da eine geschlossene Mehrheit der Beamtenerziehung, der bürgerlichen Rechtsparteien sowie des Zentrums, einiger Wirtschaftsführer und einiger Reichsratsvertreter für den Postminister stimmte. In der Opposition befand sich auch der Vorsitzende des Zentralbetriebsrates der Reichspost. Die überwältigende Mehrheit nahm die Vorlage an. Nur einige Mildezerungen gelang es durchzusetzen. Der Plan, das Orts-Briefporto in den Großstädten überhaupt zu beseitigen, war schon im Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates hinfällig geworden. Das Menu beschloß, den für Ortsbriefe vorgesehenen Satz von zehn auf acht Pfennige zu senken. Diese und einige kleinere andere Erfolge, zum Beispiel bei den Paketgebühren, sind lediglich der scharfen Kritik zu verdanken, die von der Opposition an den Plänen des Herrn Schädel geübt wurden.

Aber das Erreichte ist blutwenig. Die Reichspost selber hat den Beweis geliefert, daß die Portonerhöhung längst nicht so dringend war, wie sie vom Postministerium hingestellt wurde. Nach der Bilanz für das Geschäftsjahr 1926/27 hat die Reichspostverwaltung einen Gewinn von 125 Millionen Mark erzielt und davon 70 Millionen dem Reich, 55 Millionen dem Vermögen überwiesen. Die Post hat es ferner verstanden, rechtzeitig genügend Anleihen aufzunehmen, mit denen sie ihren Bedarf an neuen Betriebsanlagen decken konnte, ohne gleich zu dem Mittel der Gebührenerhöhung greifen zu müssen. Es war immer die Rücksicht auf die kommende Belastung, die mit der Postreform eintraten kann und auf die Mehrausgaben für Neubauten, die sie bei dem Bestreben nach der Poststeigerung

geleitet hat. Wenn die Privatindustrie so verfährt, so ist die Reichsregierung mit Recht anderer Meinung. Wenigstens hat der Reichswirtschaftsminister Einspruch dagegen eingelegt, als die Kohlenbarone die Steinkohlenpreise mit einer ähnlichen Begründung herausheben wollten. Hier aber hat man, entgegen dem ausdrücklichen Beschluß des Parlaments, entgegen den Warnungen der Wirtschaft und vieler unparteiischer Sachverständiger, eine starke Belastung der deutschen Volkswirtschaft beschlossen, deren Notwendigkeit mindestens noch umstritten ist, so lange die Post Gewinne erzielt.

Man wird sich nicht wundern dürfen, wenn jetzt die Forderung nach einer stärkeren Kontrolle der Reichspost durch das Parlament mit verstärktem Nachdruck erhoben wird. Den Rechtsblock trifft die volle politische Verantwortung für die Folgen der Gebührenerhöhung auf das Wirtschaftsleben und auf den Verbrauch des deutschen Volkes. Er hätte aber nicht ungestört diese Maßnahme beschließen können, wenn nicht die Regierungsparteien hinter verschlossenen Türen dem Postminister die Vollmachten gegeben hätten, die das Reichstagsplenum ihm verweigert hatten. Diese Mißachtung des Parlaments wird sich an dem Rechtsblock noch bitter rächen.

Bei der Schlussabstimmung über die Gesamtvorlage, die am Sonnabend stattfand, ergaben sich nur sieben Stimmen gegen die Vorlage. Es handelte sich dabei um die linksstehenden Parlamentarier, den Vorsitzenden des Zentralbetriebsrates und den Vertreter der preussischen Staatsregierung. Die Vertreter der Wirtschaft fielen gänzlich um und stimmten jetzt für die Vorlage, gegen die ihre Verbände so heftig öffentlich Sturm gelaufen waren!

Aus den Schlussverhandlungen ist noch erwähnenswert, daß die Frage der Anbringung von Hausbriefkästen verlagert wurde. Bei den Postgebühren wurde die vorgeschlagene Gebühr für Kontoauszüge abgelehnt, während das Porto von fünf Pfennigen für die Postschreibbriefe beschlossen wurde. Die Grundgebühr für Telegramme beträgt fünfzehn Pfennige je Wort.

Da die Zehnpfennig-Marke aus dem Verkehr verschwindet und dafür die Neupfennig-Marke eingeführt werden muß, wünschten die Deutschnationalen, daß diese neue Markenart den Fredericus-Kopf erhalten sollte. Der Vorschlag wurde abgelehnt. Es bleibt bei der Absicht des Postministeriums, die Neupfennig-Marke mit dem Bild Beethovens zu versehen, das bisher auf der Zwanzigpfennig-Marke enthalten ist. Mit dem Bildnis des Reichspräsidenten Hindenburg sollen zur Fete seines 80. Geburtstages herausgegebenen Neupfennigmarken versehen werden, später soll dann das Bild auch für eine gewöhnliche Postmarke verwendet und gleichzeitig eine Briefmarke mit dem Bildnis des Reichspräsidenten Ebert eingeführt werden. Die Vorschläge wurden mit großer Mehrheit im Verwaltungsrat angenommen.

Nach den Wiener Unruhen.

Die Wiener Polizeibeamten berichten.

Aufruf der Wiener Polizeibeamten.
Die Freie Gewerkschaft der österreichischen Landesdarmerie, jene Organisation, die auch den letzten Teil der Wiener Polizei umfaßt, veröffentlicht einen Aufruf, den die Wiener „Arbeiterzeitung“ mit Recht als „würdige Rundgebung“ bezeichnet. Darin wird zunächst der Opfer aus den Reihen der Polizeibeamten genannt — zwei von ihnen waren Mitglieder der Freien Gewerkschaft — sodann aber hinzugefügt:

„In unserem Schmerze um die toten und schwerverletzten Kollegen, es sind deren 88, wollen wir aber auch der Hunderttausende der Wiener Bevölkerung gedenken, von denen ein nicht verschätztes Teil schuldlos das Leben lassen mußte. Ein unglückseliges Verhängnis wollte es, daß bei der Munitivsaugung sogenannte Einschlepppatronen zur Verstellung genommen und so gewöhnliche Streif- und Durchschüsse zu entsetzlichen Verwundungen wurden. Der vollkommen überraschende Verlauf der Unruhen traf scheinbar alle in Betracht kommenden Körperschaften staatlicher und privater Natur vollkommen unvorhergesehen, und wilde Gerüchte ließen Entsetzen über die Geschehnisse ins Ungeheure wachsen. So man schon in den Vormittagsstunden des 15. Juli von getöteten Wachbeamten. Eine entsetzliche Nervenauslösung für unsere Kollegen der Sicherheitswache war es, das Gerücht verbreitet wurde, daß die Polizeihäuser in Wien brennen würden und die Familien der Wachbeamten Lebensgefahr ständen. Die Tatsachen widerlegten die Gerüchte. Heute ist zu erkennen, daß unser Staat, unsere Republik in Tagen des Entstehens hart am Rande des Abgrundes vorbeiging. Glücklicherweise gelang es allen politischen Parteien, die radikalsten Elemente zurückzudrängen und den Bürgerkrieg zu vermeiden, von dessen Schrecken Wien am 15. Juli eine unglückliche Bekanntschaft machte. Unsere Aufgabe ist es, allen Kollegen, ohne Unterschied der Organisationszugehörigkeit, Tatsachen zu übermitteln, die allein geeignet sind, Beunruhigung zu vermeiden und Beamten von falschen Schlüssen zu bewahren.“

Sodann wendet sich der Aufruf gegen die Versuche der sogenannten christlichen Gewerkschaften, aus den blutigen Ereignissen eine politische Geschichte zu machen. Das sei die Aufgabe der demokratischen Parteien zu machen. Das sei die Aufgabe der demokratischen Parteien zu machen. Das sei die Aufgabe der demokratischen Parteien zu machen.

„Als Zeugen der Vorfälle müssen wir objektiv feststellen, in den entsetzlichen Stunden des Beginns der Katastrophe in unheimlicher Erregung befindliche Volksmassen gekommen sind, die vollkommen unglücklich und jedem gültigen Zusammenhalt unzugänglich war.“

In diesen und den darauffolgenden Stunden fanden unsere Kollegen der Sicherheitswache nur bei den Ordnern der Republiklichen Schutzbündler Hilfe und Schutz. Viele verwundete Kollegen verfielen, da sie nur dem Einschreiten dieser Ordnern Leben verdanken. So wurde der Teilungsinspektor der Sicherheitswache durch Schutzbündler aus dem brennenden Justizpalast gerettet, in dem er ansonsten verbrannt wäre. Ein Ordner des Wachmanns keine Kleidung, um diesen durch die rasend gedehnten Demonstrationen bringen zu können, und zog die Hohe des Mannes an. Der Kollege kam mit dem Leben davon, der aber jedoch wurde von der Menge als Wachmann betrachtet und mußte seinen Rettungsdienst mit dem Leben bezahlen. Ungezählt sind diese Fälle und beweißen, wie gewissenlos jene sind, die aus politischen Motiven diese Tatsachen zu nutzen.

„Von den durch kommunistische Agitatoren verhetzten Demonstrationen bedroht und bedrückt, verließen die Führer der sozialdemokratischen Partei, die Bürgermeister Seig, Dr. Deutsch und andere, den Volkstrain an das brennende Justizpalast heranzuziehen. Sie mußten von ihrer Absicht lassen. Ein Beweis, daß es überhaupt das Eingreifen dieser politischen Parteien zu vermeiden war, dies nur im Interesse der Ordnung und Ruhe lag.“

„Wie dann im Laufe der Nachmittagsstunden angeheuer gegen eine Zahl der Todesopfer führt der Aufruf u. a. auf die Einschlepppatronen, aber auch auf die unwarigen Gerüchte, denen die Polizisten — offenbar von gewissen Vorgesetzten — gegeben wurden.“

„Tatsache ist, daß eine große Zahl Todesopfer berechnen ist, die ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihrem Rang nach mit den Unruhen in keinem Zusammenhang sein können. Es ist weiter Tatsache, daß Sanitätsleistungen ebenfalls unter Feuer genommen wurden.“

Die Freie Gewerkschaft der Landesdarmerie erklärt zum Schluß, ungeachtet dieser Wahrnehmungen, keinerlei Vorwürfe zu erheben, sondern den Gang der Untersuchung abwarten zu lassen, denn sie werden „alles darzulegen, um eine restlose Aufklärung der Schuldigen zu ermöglichen.“

Einstimmige Beschlüsse der österreichischen Parteikonferenz.

Wien, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Heute vormittag trat unter dem Vorsitz des Parteivorstandes Bürgermeister Seig im großen Saal des Arbeiterheims in Favoriten die Parteikonferenz für den ganzen Staat zusammen. Der einleitende Bericht erstattete Otto Bauer. Daran schloß eine durch eine 15minütige Pause bis acht Uhr abends folgende Debatte, in der 23 Redner sprachen. Nach einem Schlußwort Otto Bauers wurden die folgenden Resolutionen angenommen:

1. Strenge Untersuchung darüber, wie es zu dem Blutvergießen in den Wiener Straßen gekommen ist.
 2. Amnestie für die Verhafteten des 15. und 16. Juli.
 3. Staatshilfe für die Hinterbliebenen der Opfer.
 4. Niedererschlagung der Prozesse gegen die Schutzbündler, die wegen der Schattendrocker Vorfälle angeklagt sind.
- Im übrigen läßt die Parteikonferenz der Sozialdemokratischen Fraktion freie Hand für ihre politischen Entscheidungen.

„Der Parteivorstand wird beauftragt, einen Aufruf über die Ereignisse an die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land im kürzesten Wege herauszugeben, um den Augenwächtern der Reaktion entgegenzutreten zu können.“
Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen, worauf die Konferenz schloß.

Beim Landvolf liegt die Entscheidung — sagt die „Wiener Arbeiter-Zeitung“.

Wien, 24. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die heutige „Arbeiterzeitung“ behandelt mit Rücksicht auf die Ereignisse des 15. Juli und den darauf folgenden Generalkrieg die dieser Tage hervorgetretenen Gegensätze zwischen Wien und den Ländern, die durch die Verschiedenheit des Verhältnisses der Parteien in Stadt und Land bestimmt wurden. Das Blatt schreibt: „Als die Polizei in den Straßen schoß, riefen Tausende von Arbeitern nach Waffen, um die Regierung zu kürzen, um ihre Organe zu entwaffnen und um die Herrschaft des Proletariats aufzurichten. Sie vergaßen dabei nur eins, sie vergaßen die Länder. An dem Tage, an dem hier in Wien die Regierung gestürzt und unsere Regierung eingelegt hätte, wäre in den Ländern die Arbeiterbewegung unterworfen und eine Gegenregierung eingelegt worden. Der Bürgerkrieg der Länder gegen Wien und vielleicht auch der Einmarsch italienischer und ungarischer Truppen wäre die Folge gewesen. Wir haben es daher nicht wagen können, den Demonstrationsstreik zum entscheidenden Kampf um die Staatsmacht zu steigern, aber auch die Faschisten in den Ländern haben es nicht wagen können, sich auf ihre Heimwehren zu stützen und den entscheidenden Kampf auszunehmen. Beide Mächte mußten den entscheidenden Kampf ausweichen, die proletarische Revolution an den Ländern, der bürgerliche Faschismus an Wien eine unüberwindliche Schranke finden, weil dem Proletariat und auch der Bourgeoisie, um den Untergang des Landes zu vermeiden, zuletzt nichts anderes übrig blieb, als ihren Kampf auszuweichen auf dem Boden mit den Mitteln und in den Formen der Demokratie. Die Herrschaft der Bourgeoisie ist nicht zu brechen, so lange die Masse des Landvolkes in den Ländern ihr folgt. Der Sieg des Proletariats ist nicht zu verhindern, sobald diese Massen mit uns im Bunde sind. Also kein wilder Aufruhr, sondern unermüdlicher Kampf um die Seele des Landvolkes. Das ist der zwar langsame, aber allein zum Ziele führende Weg zur Macht.“

Das Wiener Echo des anslußfeindlichen Westarp-Blattes.

Die anslußfeindlichen Artikel der deutschnationalen „Kreuzzeitung“ des Grafen Westarp haben in Wien großes Aufsehen erregt und auch in bürgerlichen Kreisen Empörung hervorgerufen. So schreibt die seit längerer Zeit weit rechts stehende „Neue Freie Presse“ von „unerbörter Schamlosigkeit“ und bedauert es, daß ein deutsches Blatt solche Worte finden konnte, die dem anslußfeindlichen französischen Nationalismus in die Hände arbeiten. — Den Herren Junkern und Schlotbaronen wird aber deswegen die Scham kaum erwachen. Die Klassenloyalität mit den anslußfeindlichen Kreisen um Seipel in Wien und um Volcarré in Paris ist ihnen viel selbstverständlicher als die nationale Solidarität mit dem deutschen Volksteil in Oesterreich, seit Revolutionsgeruch aus dieser Ecke Deutschlands kommt.

Vorstoß englischer Konservativer für Horthy-Ungarn.

Während der blutigen Wiener Ereignisse ist im Budapest. Blatt „Magyar Hírlap“ ein offener Brief des exzentrischen englischen Zeitungsmagnaten Lord Rothermers an den tschechoslowakischen Außenminister Dr. Beneš erschienen. Der Bruder und Nachfolger Northcliffes, der durch den Besitz mehrerer großer Blätter („Daily Mail“, „Daily Mirror“, „Evening News“ und verschiedene Provinzialzeitungen) auf die englische öffentliche Meinung zweifellos einen nicht unbedeutenden Einfluß auszuüben vermag, hat sich in diesem offenen Brief unter heftigen Vorwürfen gegen die schlechte Behandlung der magyarischen Bevölkerung in der Tschechoslowakei sehr deutlich für eine Revision der territorialen Bestimmungen des Trianon-Vertrages ausgesprochen.

Die Gründe dieses sensationellen Vorstoßes Rothermers sind nicht schwer zu erkennen. Es handelt sich, so schreibt der „Vorwärts“, in der Hauptsache um eine Rundgebung der internationalen Klassenloyalität: die feudalen Großgrundbesitzer Ungarns erstreben sich der Gunst der englischen Aristokratie. Ungarische Adlige sind schon seit Jahren sehr lebhaft und erfolgreich in London tätig. Sie haben bereits durchgesetzt, daß Ungarns Abstützung nicht nur sehr milde kontrolliert, sondern daß sogar über die offensichtliche Aufrüstung des ungarischen Staates beide Augen zugeblinzt wurden, obwohl die Tschechoslowakei immer wieder verurteilt die Aufmerksamkeit der Westmächte darauf zu lenken. Rothermers wachsende Sympathie für den italienischen Faschismus erstreckt sich auf das Ungarn Horthys und Beisens. Die Behandlung der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei ist für ihn natürlich nur ein Vorwand. Denn gegen die Unterdrückung der deutschen Minderheiten in verschiedenen Ländern, insbesondere in Südtirol durch die tschechischen Behörden, hat er nie einen Finger gerührt.

Gegen das Prinzip der Revisionsbedürftigkeit der verschiedenen Friedensverträge, einschließlich des Vertrages von Trianon, läßt sich vom sozialdemokratischen Standpunkt aus um so weniger etwas einwenden, als die Internationale seit 1919, also lange vor Rothermers, unablässig für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für die friedliche Revision der ungleichen Friedensbestimmungen eingetreten ist. Es hieße aber, eine gefährliche Prämie für den Faschismus und den Militarismus zu schaffen, wollte man mit einer solchen Revision gerade bei Horthy-Ungarn von Anfang machen, zumal aus der rein reaktionären Motiven heraus, die Rothermers Vorstoß veranlaßt haben.

Dr. Beneš hat dem neuen „ungarischen Nationalheiligen“, der in der Budapest. Presse seit Tagen in den höchsten Tönen gefeiert wird, mit einem Telegramm erwidert, in dem er einerseits die Richtigkeit der Angaben Rothermers bekräftigt und andererseits betont, daß es ihm als Außenminister unmöglich sei, ohne diplomatische Komplikationen hervorzutreten, öffentlich und eingehend den offenen Brief zu beantworten.

In demselben Maße, wie die ungarische Presse Rothermers Vorstoß feiert, ist die tschechoslowakische Presse darüber empört. Insbesondere sollte dieser Zwischenfall der Wiener Regierung zu denken geben, daß der bürgerliche Kurs, der gegenüber den Minderheiten im tschechoslowakischen Nationalitätenrat seit dem 15. Juli in der Dauer angesetzt hat. Das gilt übrigens für die Deutschen in der Tschechoslowakei mindestens ebenso sehr wie für die Magyaren.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der Konflikt zwischen dem polnischen Eisenbahnminister und den Eisenbahnern, der seine Ursache in dem beleidigenden Verhalten des Ministers gegenüber den Mitgliedern einer Eisenbahner-Vereinigung hatte, ist nunmehr beigelegt worden. Der Eisenbahnminister hat die Delegation in gleicher Zusammenfassung zu sich gebeten und sich bei ihren Mitgliedern in aller Form entschuldigt.

Eine politische Verhaftung in Warschau. Am Freitag nachmittag ist der Redakteur des in Warschau erscheinenden Organs „Nacis“ verhaftet worden, nachdem vorher eine Hausdurchsuchung in seiner Privatwohnung sowie in der Redaktionsräume vorgenommen wurde. Mehrere Zeitungen und Anschläge wurden beschlagnahmt. Ueber die Ursache der Verhaftung ist bisher nichts bekannt geworden. Das Blatt versucht, die Interessen der nationalen Minderheiten in Polen einheitlich zusammenzufassen.

Eine moderne Völkerverwanderung. Die Sowjetregierung trägt sich, zussätzlichen Zeitungsmeldungen zufolge, mit dem Plan, im Laufe der nächsten zehn Jahre fünf Millionen Ukrainer in Sibirien anzusiedeln. Durch diese Maßnahme hofft die Sowjetregierung die separatistische Bewegung in der Ukraine zu brechen. An die Stelle der Ukrainer sollen Juden angesiedelt werden, vorwiegend Rückwanderer aus Palästina.

Der bisherige Berichterstatter der „Römisches Zeitung“ in Genf, Dr. Max Beer, der vor wenigen Wochen noch eifriger Gegner des Völkerverbundes, hat den an ihn ergangenen Ruf, ein höheres Amt in der Informationsabteilung des Völkerverbundes zu bekleiden, angenommen. Dieser Ruf steht im Zusammenhang mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund, der seinerzeit von Beer geradezu fanatisch bekämpft worden ist. Beer ist Völkerverteiler.

Immer neue Putschversuche in Diktatorländern. Aus Madrid wird gemeldet, daß in der spanischen Artillerieschule in Segovia eine Meuterei ausgebrochen ist. Ihren Ausgang hat die Bewegung angeblich in einem Protest gegen die Artillerieschüler gegen eine von der Regierung befohlene Wohlfühltagveranstaltung zugunsten des Marokko-Feldzuges erhoben. Der spanische Kriegsminister hat, wie gemeldet wird, sofort die strengsten Maßnahmen ergriffen, um die Meuterei im Keime zu ersticken. Die neue Bewegung unter den spanischen Artillerie-Offizieren scheint jedoch ein Zeichen dafür zu sein, daß die Unzufriedenheit der Offiziere trotz der Beilegung der letzten großen Meuterei noch lange nicht behoben ist.

Soziales.

Die soziale Reaktion in Irland.

Die irische Regierung, welche aus den jüngst stattgefundenen Parlamentswahlen sehr geschwächt hervorging, veranlaßt diesen Mißerfolg ihrer Unbeliebigkeit im breiten Volkstreifen. Diese besteht nun zu einem Teil auf dem politischen Gegensatz gegenüber den Unabhängigen, welche die vollständige Loslösung Irlands von England fordern, zum Teil aber auf ihrer Wirtschaft- und Sozialpolitik. Wirtschaftspolitisch hat die Regierung zwar einige Maßnahmen durchgeführt, welche Anerkennung verdienen, so die Schaffung von Arbeitergenossenschaften durch Entlohnung und Zutritt von Privatbesitz und die Zusammenfassung der Elektrizitätserzeugung durch eine Zentralfabrik, welche die Kraftverteilung ohne Gewinnerzielung vornehmen will. Dagegen war die Sozialpolitik der Regierung stark rückwärtlich. Der von Armut und Arbeitslosigkeit heimgesuchten Bevölkerung wurde keine sozialpolitische Hilfe zuteil. Wichtige sozialpolitische Gesetze, die während der englischen Herrschaft entstanden, wurden vom irischen Parlament zurückgezogen. Die Altersrente wurde um einen Schilling wesentlich herabgesetzt und die Zahl der Rentberechtigten durch verschiedene Maßnahmen eingeschränkt. Die Gehälter der Lehrer wurden um 10 Prozent gekürzt. Die Gemeinden wurden verhalten, die Löhne für die Straßenarbeiter herabzusetzen. Bei der von den deutschen Siemenswerken geleiteten Elektrifizierung des Shannon-Flusses wurde der außerordentlich niedrige Lohn von durchschnittlich 32 Schilling festgelegt mit der Begründung, daß auch der Bauer von Westirland nicht mehr als 32 Schilling verdiene. Die Regierung bewog die Gemeinden zu einer Verhäufung der Vorarbeiten über die Armenfürsorge. Unter solchen Umständen fand die Wahlpropaganda der Arbeiterpartei einen guten Boden. 29,2 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen diesmal auf die Kandidaten der Arbeiterpartei, gegenüber 27,5 Prozent bei den letzten Wahlen 1922. 22 Vertreter der Arbeiterpartei (von einer Gesamtzahl von 152 Abgeordneten, von denen aber 51 Abgeordnete bei den Beratungen des Parlaments bauernd fernblieben) sind ins Parlament gewählt worden. Falls ihr die Mittel für die Wahlpropaganda nicht gefehlt hätten, wäre die Arbeiterpartei ohne Zweifel stärker ins Parlament zurückgekehrt.

Die Altersversicherung in Dänemark und Australien.

Auf dem jüngst abgehaltenen internationalen Kongress der Versicherungsangestellten in London berichtete der Vertreter Dänemarks über die in diesem Lande bestehende Altersversicherung. Dänemark hat als erstes Land in der Welt bereits im Jahre 1891 die Altersversicherung eingeführt, und zwar ausschließlich aus staatlichen Mitteln, ohne Beitragsleistungen der Rentberechtigten und vollkommen unabhängig von der Armenfürsorge. Die Altersrente wird unter Berücksichtigung des Wohnortes, Geschlechts und der Familienverhältnisse der Rentempfänger in verschiedenem Maße festgesetzt. Die Rente wird beim Erreichen des 60. Lebensjahres gewährt. Derzeitiger Betrag für das männliche Geschlecht auf den Bezug der Rente, so wird ihm für ein jedes nachfolgende Jahr ein um 10 Prozent erhöhter Rentebetrag ausbezahlt. Die gegenwärtige Altersrente eines Ehepaars in Kopenhagen, das die Rente erst in Anspruch nimmt, wenn der eine 60 und der andere mindestens 55 Jahre alt ist, beträgt 1800 Kronen. Die niedrige Rente für 65-jährige alleinlebende Frauen in der Provinz beträgt 842 Kronen. Die Renten werden gewährt, wenn das Privatvermögen des Empfängers die Hälfte der Altersrente zuzüglich 100 Kronen nicht übersteigt. — Dem Bericht des Berichters des australischen Staatendruckes zufolge wird die in Australien seit 1909 bestehende Altersversicherung ebenfalls aus staatlichen Mitteln ohne Beitragsleistung der Rentberechtigten gewährt. Männer im Alter von 65 Jahren, Frauen im Alter von 60 Jahren haben einen Anspruch auf eine Altersrente von monatlich einem Pfund. Die Rente wird gewährt, wenn der Rentempfänger mindestens zwanzig Jahre lang in Australien gewohnt und ihr jährliches Einkommen 87 Pfund 10 Schilling (1000 Mk.) nicht übersteigt. Die im Jahre 1920 betrug die Zahl der Empfänger von Altersrente 120.918, darunter 51.458 männliche und 69.460 weibliche Personen, das ist 38 Prozent der gesamten Bevölkerung in dem pensionsberechtigten Alter und 21 Prozent der gesamten Bevölkerung. Die Altersrente für arbeitstätige Personen von über 16 Jahren beträgt in Australien ebenfalls monatlich ein Pfund.

Chlorodont Die herrlich erfrischende Pfefferminz-Zahnpasta von höchster Qualität beseitigt unangenehmen Mundgeruch 60 Pfg. (Vorkriegspreise) 1 Mk. Achten Sie bitte bei billigen Zahnpasten auf die gelbe Verpackung!

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 25. Juli.

In der Straßenbahn.

In der vierten Nachmittagsstunde sind die Wagen der Linien 18 und 21 immer gedrängt voll. Die Notstandsarbeiter kommen vom Straßen- und Häuserbau, und da viele von ihnen in weit entfernten Stadtteilen wohnen, müssen sie natürlich die Straßenbahn benutzen. Da sitzen sie nun, gedrängt, die leeren Kaffeekannen zwischen die Beine gestellt. Die Sonne hat auf die Gesichter einen trügerischen Schein von Gesundheit gebräunt, doch die müde, gedrückte und gebückte Haltung, das eingefallene zungenlose und faltige Antlitz, sowie die oft zerrissenen und zerschissenen, über und über mit Flicken besäten Kleidungsreste wissen von jahrelanger Arbeitslosigkeit, das heißt von Hunger, Not und Elend übergenug zu erzählen. Sitter gleitet der Blick über die dreizehn, längst ausgedienten Militärstiefel. — Da drüben auf der Bank sitzen zwei Damen aus Leerbeutel. Denen ist nicht wohl zumute, denn es sind keine Damen, deren aufdringlicher Parfümgestank durchdringend die Luft verpestet, und hier nur Arbeiter. Nur Arbeiter?? Immer enger rücken die beiden zusammen, damit auch nicht ein Zipfelchen ihres seidnen Kleides etwa einen Arbeiter berühre! Wispelnd und geheimnisvoll luschelnd zwingen sie ihr Gesicht in diese unsagbar überlegen-nach-sichtig sein sollenden Ecken und Falten, lebendige Dokumente eines lächerlichen aufgeblasenen Kleinbürgerhochmuts und Besamtenbünkels, der seine Apotheose in einem neuen Sommerkleide und dem festen Einkommen des Mannes in sicherer Position feiert.

Der Wagen ist schon — wie der Breslauer so schön sagt — „gedrämmt“ voll, doch immer neue Passagiere strömen herein. Unter ihnen ein schwer unter ihrer Last leuchtendes Mütterchen. Wäsluchend schweift der Blick umher. Doch vergeblich, alles befehl! Die beiden vor ihr sitzenden Herren, an Einglas, Haltung und der raselnden Gesprächsform unschwer als frühere Offiziere zu erkennen, sind so eifrig ins Gespräch vertieft, daß sie natürlich das graue, zerfurchte Antlitz der Greisin übersehen. Die nächste Haltestelle bringt neue Passagiere. Zuerst erscheint, kolott mit den Abhängen kippend und wippend, eine Dame. Elegant, vornehm, gepflegt. Sie ist noch gar nicht bei den beiden eifrig im Gespräch vertieften Herren angelangt, als sich schon gedanken-schnell zwei Körper emporheben, zwei Köpfe taschenmesserartig zusammenklappen und zwei Stimmen vornehm näselnd rasseln: „Bergleichung. Grädigte, gestatten, Platz zur Verfügung stellen.“ Das folgende ist ein undeutliches Gemurmel. Ich glaube, der eine faßelt etwas von großer Ehre usw. Die Dame nickt höflich-voll, sagt kein Wort und nimmt ganz selbstverständlich Platz. Doch, wie gnädig, der eine wirft dem Mütterchen ein paar unzusammenhängende Worte hin, aus denen sie entnehmen soll, daß sie sich auf den frei gewordenen Platz nunmehr setzen darf. Ja, es geht doch nichts über eine gute Kinderstube.

Es war am 1. Mai. Ich kehrte von der machtloosen Demonstration per Straßenbahn zurück, und mein ganzes Innere stand noch unter den gewaltigen Eindrücken des wuchtigen Aufmarsches der Breslauer Arbeiterkraft. Im selben Wagen fuhren auch noch andere Teilnehmer, gleichfalls wie ich mit dem Maiabzeichen versehen. — Bänglich murmelt mein Gegenüber etwas von arbeitslosem Gemüde, faulem Pöbel und dergleichen. Ich sage nichts, fasse ihn nur etwas näher ins Auge. Mein Blick schweift von seiner statischen Bauweise, die zu einem nahegelegenen Berg gleich mit dem Jobten oder einem anderen Berge drängt, zu seinen heiden gewaltigen Unterleibern und dem brutal vor-geschobenem Kinn, das ohne Halsfortsetzung beinahe direkt auf den Schultern endet. Dem Herrn wurde unter meinem forschenden Blicke zusehends ungemütlich. Unschlüssig auf der Bank hin- und herrutschend, flatterte er mir zu: „Sie halten mich wohl für 'n Kaffe oder so 'n ähnlichen Schieber, ha?“

Vor auf ich ihm sehr, sehr freundlich erwiderte: „Das nun gerade nicht, mein Herr. Wohl halte ich Sie aber für einen Gedankenleser!“ Er schmunzelte zufrieden. Das verstand er nicht. So lange nicht, bis ihn das schallende Gelächter der Umstehenden vermuten ließ, daß er sich wohl ziemlich lächerlich gemacht haben mußte. An der nächsten Haltestelle verschwand er dann auch mit auffallender Eile.

Die Arbeiterjäger und die politischen Parteien.

Da die Arbeiterjäger in Personalunion mit den politischen Arbeiterparteien stehen, ist es selbstverständlich, daß Vorgänge, Bewegungen oder Kämpfe, welche diese gegen den gemeinsamen Feind, so ist bekannt, daß auch die Arbeiterjäger ausgerufen werden, politischen Gegner oder zwischen sich selbst führen, auch die Arbeiter-Organisationen betreffend berühren. Gehen die politischen Wogen um besonders groß angelegte politische Agitationsveranstaltungen mit einem wuchtigen Freiheitschor einzuweisen. Werden von den politischen Parteien große Festessen veranstaltet, so sind immer die Arbeiterjäger die anerkannten Verkünder dieser Festgedanken und bringen mit ihren Chören die Massen erst in die richtige Feststimmung. Bei diesem engen Verbundensein der Arbeiterjäger mit ihren politischen Parteien ist es nicht zu verwundern, daß die Arbeiter-Organisationen eine Belastungsprobe bei den in den letzten Jahren geführten Kämpfen zwischen der kommunistischen und der sozialistischen Arbeiterpartei aushalten mußten. Diese Probe haben die Arbeiterorganisationen glänzend bestanden. Auch in den erregtesten Zeiten haben sich die Arbeiterjäger nur in den seltensten Fällen verhalten können, sich gegenseitig wegen ihrer politischen Meinung zu bekämpfen. Die immer hart wirkende Gemeinsamkeit der politischen Interessen in Verbindung mit der neutral wirkenden gesamtlichen und künstlerischen gemeinsamen Betätigung hat es den Führern der Arbeiterjägerbewegung stets leicht gemacht, jede Spaltung der singenden Massen und Arbeitsgenossen zu verhindern. Es liegt noch immer die Erkenntnis, daß wir ein gemeinsames Arbeiterampflicht und eine solche Literatur haben, nicht aber eine kommunistische und eine sozialdemokratische Arbeiterjägerzeitung. Unsere Arbeiterjäger haben immer gewußt, daß es bitter notwendig ist, die mit den schwersten gemeinsamen proletarischen Interessen zu erhalten. Diese vernünftigen Erwägungen haben fast allerorts geführt. Der Deutsche Arbeiter-bund kann von sich behaupten, daß er in seinen Reihen keine zwei Arbeiterpartei kennt. Das künstlerische Bedürfnis der proletarischen Massen ist für unsere Einstellung maßgebend, weshalb sich die Arbeiterjäger auf

Zehn Fragen und Antworten für Erwerbslose!

1. Wird der Nebenverdienst des Erwerbslosen aus Sonntagsarbeit auf die Unterstützung angerechnet?

Nebenverdienst aus Sonntagsarbeit, wird wie Nebenverdienst aus Wochentagen behandelt und entsprechend auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet. Bei der Berechnung selbst werden 10 v. Hundert der Unterstützungssumme einschließlich der Familienzuschläge außer Betracht gelassen, der nach Abzug der 10 v. H. verbleibende Nebenverdienst wird darauf mit 80 Prozent auf die Erwerbslosenunterstützung in Anrechnung gebracht.

Berechnungsbeispiel: Ein verheirateter Erwerbsloser bezieht mit einem Kind nach Ablauf der achten Unter-stützungswoche 14,90 Mark Erwerbslosenunterstützung. Er verdient durch Sonntagsbeschäftigung 6 Mk. Die Berechnung der zu zahlenden Unterstützung geschieht wie folgt:

10 Prozent der Unterstützung: abgerundet 1,50 Mk. 6 Mk. weniger 1,50 Mk. verbleiben 4,50 Mk. Von diesen sind 80 Prozent = 2,70 Mk. Um diese 2,70 Mk. wird die Wochenunterstützung von 14,90 Mk. gekürzt. Also 14,90 - 2,70 = 12,20 Mk. kommen zur Auszahlung.

2. Wo sind Sonderunterstützungen zu beantragen?

Sonderunterstützungen werden nur in besonderen Notfällen, wie schwere Erkrankungen, Todesfälle und evtl. Entbindungen der nächsten Familienangehörigen gezahlt. Diese Sonderunterstützungen, müssen von Erwerbslosen, die auf Stempelkarten Unterstützung erhalten, bei den für die einzelnen Stadtteile zuständigen Poststellen des Büros I a E w, gestellt werden. Es empfiehlt sich, derartige Gesuche schriftlich und nur an vorgenannter Stelle einzureichen, weil sonst unliebsame Verzögerungen entstehen.

3. Wo beantragt der Erwerbslose Unterstützung, dem die Erwerbslosenunterstützung entzogen wurde?

Ist die Erwerbslosenunterstützung entzogen worden, weil Arbeitsunfähigkeit, bzw. hohes Alter vorhanden ist, letzteres schließt bei der augenblicklichen Lage des Arbeitsmarktes, Vermittlungsmöglichkeiten aus, so ist die Unterstützung, eine bedürftige Lage vorausgesetzt, bei der für den Stadtteil zuständigen Kreisstelle des städtischen Wohlfahrtsamtes zu beantragen. Dabei ist der Absehungsbefehl der Erwerbslosenfürsorge vorzulegen. Wird die Erwerbslosenunterstützung aus besonderen Gründen entzogen, wie Arbeitsverweigerung usw. so muß bei erwerbsfähigen Erwerbslosen, der Antrag auf Unterstützung bei dem Büro I a E w gestellt werden.

4. Muß der Erwerbslose jede nachgewiesene Arbeit annehmen?

Nach den Bestimmungen der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge, muß dann die zugewiesene Arbeit von dem Erwerbslosen angenommen werden, wenn für diese Arbeit der tarifmäßige Lohn gezahlt wird, der Erwerbslose zu dieser Arbeit die körperliche Eignung besitzt und die Versorgung der Familie verheirateter Erwerbsloser möglich ist. Unverheiratet ist, daß die Arbeit außerhalb des Wohnortes und des Berufes liegt. Arbeitsverweigerung in solchen Fällen, zieht den Entzug der Unterstützung nach sich.

5. Wann erhält der Erwerbslose Reisekosten und Reisezuschuß?

Reisekosten, bzw. einen Gutschein für freie Bahnfahrt und einen Zuschuß als Reisehilfe erhält der Erwerbslose erst dann, wenn der sichere Nachweis erbracht wird, daß an dem angegebenen Ort, die Arbeitsaufnahme gesichert ist. In solchen Fällen wird die Reisekosten des neuen Arbeitgebers genügen. Anträge sind vor der Arbeitsaufnahme bei dem zuständigen Sachbearbeiter der Erwerbslosenfürsorge zu stellen.

6. Werden die Reisekosten für Familienangehörige und auch Umzugskosten gewährt?

Ist die Mitreise von Familienangehörigen an den neuen Arbeitsort zur Weiterführung des Haushaltes notwendig, so wird auch diesen freie Fahrt gewährt. Ist die Beförderung von Umzugsgut, z. B. der Möbel notwendig, dann kann auch zur Mitreise der Umzugskosten eine angemessene Beihilfe aus den Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gewährt werden. Köhlt sich vorläufig die Mitreise der Familienangehörigen nicht ermöglichen, so können ihnen weiter die Familienzuschläge, wie Ehefrauen- und Kinderzulagen gezahlt werden.

7. Kann die Weiterzahlung von Kinderzuschlägen über das 14. Lebensjahr hinaus beantragt werden?

Kinderzuschläge können weiter beantragt werden, wenn der Nachweis geführt wird, daß das betreffende Kind entweder arbeitsunfähig oder aber vorläufig noch ohne Beschäftigung ist. Trifft das letztere zu, so muß das Kind, dem städtischen Arbeitsamt zur Vermittlung angemeldet werden. Diese Meldung ist dann bei Stellung des Antrages mit vorzulegen.

8. Wo kann für das fünfte und sechste Kind eines Erwerbslosen Zusatzunterstützung beantragt werden?

Die Kinderzuschläge der Erwerbslosenfürsorge werden nur bis zur Höchstzahl von vier Kindern geleistet. Darüber hinaus tritt, eine besondere Notlage vorausgesetzt, das schon erwähnte Büro I a E w, bzw. die zuständigen Poststellen ein, bei denen die entsprechenden Anträge zu stellen sind. Die etwa bewilligten Beträge werden getrennt von der Erwerbslosenunterstützung zur Auszahlung gebracht.

9. Wo bestehen kostenlose Fortbildungsmöglichkeiten für den Erwerbslosen?

Der erwerbslose Handwerker, welcher sich mit den Fortschritten seines Faches vertraut machen will, bzw. die Vertiefung seines fachlichen Wissens wünscht, kann die Stunden erzwungener Muße durch die Teilnahme an den für jeden Beruf eingerichteten Kursen der Stadt, Handwerker- und Kunstgewerbeschule, Willmannstraße ausfüllen. Für geistig Vorwärtsstrebende bildet der Besuch der Volkshochschule die geeignetste Möglichkeit.

10. Wo erhält der Erwerbslose kostenlose Rat und Hilfe?

In allen Angelegenheiten der Erwerbslosenfürsorge, der Wohlfahrtsfürsorge für Erwerbslose und das Arbeitsverhältnis der Notstandsarbeiter betreffend, werden völlig kostenlos Rat und Hilfe gewährt. Gesuche angefertigt, und zwar durch die Erwerbslosen-Kommission, Gewerkschaftshaus, Zimmer 13.

Sprechstunden: wöchentlich Montag bis Freitag von 9-11 vormittags und für Notstandsarbeiter Dienstag und Freitag von 5 bis 7 Uhr nachmittags.

Die Sprechstunden sind für alle Erwerbslose offen.

der gemeinsamen neutralen Plattform der gesamtlichen künstlerischen Betätigung nach wie vor zusammenfinden werden. Die Arbeiterjäger halten ihre Pforten für alle Klassengenossen offen, ohne Ansehen der Zugehörigkeit zu einer der beiden politischen Arbeiterparteien!

Das Poseidonbad wieder im Betriebe.

Wie bereits berichtet, hat das Poseidon-Schwimmbad in Wilhelmruh unter den Folgen des schweren Unwetters am 13. Juli stark gelitten und ist teilweise zerstört worden. Die Mitglieder des „Poseidon“, alte und junge, haben sich aber sofort ans Werk gemacht, um das Schwimmbad einigermaßen aufzubauen, so daß der Bade- und Schwimmbetrieb bereits wieder in vollem Gange ist.

Das Unwetter am genannten Tage hat sich außerhalb der Stadt viel schwerer ausgewirkt, als in der Stadt selbst. Die im Poseidonbad bediensteten Genossen erklären, es habe ein förmlicher Orkan gewüet und eine Windstöße zertrümmerte dort mit unheimlicher Schnelligkeit erhebliche Zerstörungen.

Der Schaden läßt sich erst jetzt voll übersehen. Es sind vom Sturm und Unwetter vernichtet worden: 50 Auskleidezellen, 80 Auskleidebänke der Mitglieder, wobei auch Sachen und Kleidungsstücke teilweise zerstört oder sonstwie partiell beschädigt wurden. Ebenso wurde auch der Zeltragum partiell zerstört, wo Wasserbälle, Badelappen und sonstiges Schwimmgerät lagerte. Stark in Mitleidenschaft gezogen wurde schließlich auch der Verwaltungszentrum. Viele Briefkästen, Quittungen, Zeitungen sind vernichtet. Es fehlen auch Wertgegenstände. Es ist also immerhin ein Glück, daß in keiner Weise Menschen zu Schaden gekommen sind.

Im Anschluß daran sei noch einiges über das Poseidonbad selbst gesagt, das leider immer noch nicht in dem Maße von der Breslauer Arbeiterkraft benutzt wird, wie dies eigentlich nötig wäre.

Das Poseidonbad hat zurzeit 20 benutzbare Einzelzellen (à 40 Pfennige) und außerdem können 2000 Garberoben, sowohl von männlichen als auch von weiblichen Besuchern bequem verwahrt werden. Bis 5000 Besucher können trotz der Zerstörungen das Bad bequem benutzen.

Kinder zahlen einschließlich Garderobe 10 Pfennige, Erwachsene 25 Pfennige.

Ein Fahrradband nimmt Fahrräder mit Haftpflicht in Verwahrung. Hierfür zahlen Erwachsene 10, Kinder und Erwerbslose 5 Pfennige Gebühr.

Eine Kantine ist auch da, wo Milch und andere Getränke sowie „Vorwärts“-ware für billiges Geld ohne Zuschlag abgegeben wird.

Am letzten Mittwoch hatte das Poseidonbad Massenbetrieb. Nicht weniger als 400 Kinder, die trotz strömenden Regens am Oderdamm entlang und dann über Schwoiß nach dem

Poseidonbad kamen, wurden hier von den Naturfreunden mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Infolge des schlechten Wetters konnten sich die kleinen Gäste leider nicht in Luft und Wasser nach Herzenslust tummeln, wie man es sich vorgenommen hatte. Gegen 5 Uhr rückten die Kinder, die trotz alledem vergnügliche Gesichter machten, wieder ab.

Am 6. und 7. August soll im Poseidonbad ein großes Schwimmfest (à la Venedig mit venezianischer Nacht) stattfinden, worauf schon heute hingewiesen sei. Auch die Kantine wird anlässlich dieses Festes einige besondere Ueberraschungen bieten.

Schießliche Wertschau.

Ausstellung moderner Textilien.

Aus dem Rufe romantischer Erinnerungen an fast sämtliche europäische Stilepochen hat sich die Gegenwart in eine eigene und einseitige Formgebung gerettet. Der Stil unserer Zeit ist der Stil unserer Zeit, und der Jugendstil war kein Prolog. Der historische Wert des Jugendstils liegt nicht in dem, was er geschaffen, sondern darin, daß er mit den falsch verstandenen Historizismen der mit Recht willkürlich genannten Epoche auf-räumte. Der in unserer Ausstellung gezeigte edmanische Teppich mit den Schwänen (1900) zeigt deutlich den Weg, der zu der Selbstständigkeit des heutigen Formausdrucks führt.

Die von Prof. Jutz geleitete Ostdeutschen Werkstätten in Reife zeigen als einzige unter den modernen Ausstellern Arbeiten für sakrale Zwecke. Die in Farbe und Formgebung hervorragenden Stolen und Regengewänder tragen den Stempel der modernen Malerei und es ist nicht verwunderlich, daß die ältere Generation ihnen verständnislos gegenübersteht. Aber sie werden sich sicher durchsetzen, da die katholische Kirche es immer verstanden hat, in nicht dogmatischen Dingen mit der Zeit zu gehen.

Die Arbeiten der Deutschen Werkstätten in Heiligenstadt zeigen farbig anregende Muster, deren hart spielerischer Charakter an das Wiener Kunstgewerbe der Vorkriegszeit erinnert. Das Wien von heute hat einen kräftigeren Ton, wie die ausgestellten Stücke des Wiener Werkstätten, unter denen besonders zwei Teppiche (grün-blau und braun) auffallen, beweisen.

Die Deteln (soll wohl Deutsche Textil-Kunst bedeuten) zeigt Arbeiten, die bedeutend schöner sind, als ihr Name. Hier inter-essieren besonders Teppiche aus einfachem aber haltbarem Material, deren Kunstwert nicht darunter leidet, daß sie billig sind.

Es beweist eine gute und gesunde Entwicklung, daß die kunstgewerblichen Abteilungen unserer Kunstschulen heute mehr als früher handwerklich basieren. Die Arbeiten, die die Breslauer Akademie, die Kunstgewerbeschulen von Weimar und Stuttgart, und schließlich das Dessauer Bauhaus, der Pionier dieser Bewegung, ausstellen, zeigen ein hervorragendes technisches Niveau.

Von Einzelausstellern müssen erwähnt werden: Prof. Wolf Breslau, mit einem Teppich von ganz raffinierter Farbenverteilung, der Schwede Gerhard Kunte, der altmodischen Grundformen gefällig das Gepräge unserer Zeit gibt. Prof. Kauen, dessen Kaffee hier sehr glücklich auf die Technik der Weberei übertragen ist. Ferner Prof. Wislicenus, der gleichfalls durch seine dekorative Art für die Textilkunst prädestiniert ist, und der ihm ähnelnde Bildowicz. In besonderen Räumen haben Privatfirmen, wie Michels-Berlin und die Krefelder Seidenindustrie ihre farbenprächtigsten und materialreichen Ergebnisse ausgestellt. Gelobt werden vielen Textilen werden historische und moderne Stoffe gezeigt, unter welchen besonders von Prof. Kautner-Eger (Wormen) eine Spitzenstickerei hervorsticht.

Das Erfreuliche an dieser Ausstellung ist weniger die künstlerischen Leistungen als die Geschlossenheit des künstlerischen Gesamtbildes.

Parteien! Genossen! Alles halte sich bereit für die morgen Abend 8 Uhr im Gewerkschaftshaus, großer Saal, stattfindende Parteimitglieder-Versammlung in der Gesoffe M a r t a s. Die Lehren des 15. Juli in Wien spricht. Genosse M a r t a hat die revolutionäre Erhebung des Wiener Proletariats mit erlebt.

Kinderwanderung der Naturreisende.

Unsere Wanderung findet am Mittwoch, den 27. Juli, statt. Treffpunkt früh 8 1/2 Uhr am Kleinbahnhof. Erwachsene können an dieser Fahrt nicht teilnehmen. Babysitze und Lieberhölzer sind zu besorgen. Da wir abends gegen 9 Uhr erst wieder am Kleinbahnhof eintrafen, bitten wir die Eltern, die Kinder dort abzuholen. Ohne Wandertaste kann kein Kind teilnehmen.

Achtung, Radfahrer! Mit Genehmigung des Polizeipräsidenten und des Magistrats wird ab Dienstag, den 26. Juli, auf dem Neumarkt am Oberpräsidium eine öffentliche Fahrradwache eröffnet werden, die gegen geringe Gebühren in der Zeit von 1/2 bis 2 1/2 Uhr Fahrräder in Aufsicht übernimmt.

Direkt 30 und 40. Der wegen Regenwetter ausgefallene Ausflug findet bei schönem Wetter bestimmt am Mittwoch statt. Treffpunkt 1 1/2 Uhr am Konsumverein „Vorwärts“, Lehmgartenstraße, Ecke Hubenstraße.

Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende Mai 1927 auf 502.744 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende Juni 1927 nach der Fortschreibung (zum Anfangsbekand werden die Geborenen und Zugewogenen hinzugezählt, während die Gestorbenen und Fortgezogene davon abgerechnet werden) des Städtischen Statistischen Amtes 502.050. Geborene wurden 690, Gestorbene 688 gemeldet, mithin ergibt sich ein Ueberschuß an Geborenen von 107. Die Zahl der Zugewogenen belief sich auf 3642, die der Fortgezogenen auf 4843, woraus sich ein Wanderungsverlust von 801 errechnet. Zusammen mit dem Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle ergibt sich eine Abnahme der Bevölkerung gegen Ende Juni 1927 um 694 Köpfe.

Ein falscher Rechtsberater. Der Rechtsberater Adolf Gebauer aus Hundsfeld, Kreis Breslau, hat sich einen Arbeiter Karl Reinsch, zurzeit in Dresden, gegenüber als Polizeibeamter ausgegeben und auf raffinierte Art den Betrag von etwa 70 Mark erschwindelt. Gegen den fauberen Rechtsberater ist ein Strafverfahren wegen Betruges und Urkundensäufung im Gange.

Einbruch. Im Geschäftslokal eines Kaufmanns Zwingerplatz 2 ist in der Nacht zum 21. Juli eingebrochen worden. Gestohlen wurden etwa 100 Reichsmark Bargeld aus einer Registrierkasse, Angestelltemarkten im Werte von etwa 92,60 Mark in Höhe von 2, 4, 8, 16 Mark. Ferner für 9,38 Mark Briefmarken und Invalidenmarken im Werte von 5,40 Mark. Zweckdienliche Angaben erbitet die Kriminalpolizei, Zimmer 57.

Deutsche Gesellschaft für Pilzkunde. Der diesjährige Kongress der Deutschen Gesellschaft für Pilzkunde (Sitz Darmstadt) findet vom 3. bis 5. September 1927 in München statt. Zweck und Ziel der D.G.P.K. sind die Verbreitung volkstümlicher und wissenschaftlicher Pilzkenntnisse, die Erforschung unserer heimischen Pilzwelt, ein sehr umfangreiches und größenteils noch ungeklärtes Gebiet. Zum wirksamen Kampf gegen die fürchtbaren Pilzergiftungen hat die D.G.P.K. eine Kommission von Aerzten und Pilzschamännern gebildet. Ausführliche und sofortige Mitteilung über vorkommende Vergiftungen werden an Sanitätsrat Prof. Dr. Weismann in Peltum bei Hamm (Westfalen) erbeten. Insbesondere werden die behandelnden Ärzte und Krankenhäuser um Bericht ersucht.

Sozialdemokratische Partei
Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 26
Telefon: 646 502

Voransatz. Sonntag, den 31. Juli, findet um 10 Uhr vormittags im Gewerkschaftshaus eine große Anti-Kriegs-Stunde statt, in der Genosse Dr. Kurt Rosenfeld spricht.
E.O. Döhrer Tor und Innere Stadt. Der gesamte E.O.-Dienst behält Abteilungen nicht pünktlich 7 Uhr zur morgigen Versammlung bereit.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.
Unser Kamerad Max Heinrich, Banner 10, ist verstorben. Seine Einäscherung findet Dienstag, den 28. Juli, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Griesbach statt. Die Sargaberdungen, das Banner 10 sowie die Kameraden der anderen Banner stehen 10.30 Uhr vor dem Krematorium.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.
Gewerkschafts-Vorstand, heute Punkt 20 Uhr Sitzung in der Fürkerschule. Niemand darf fehlen.
Sprecher, Donnerstag, Punkt 20 Uhr, außerordentliche Probe im Heiligen-Gebirgs-Gymnasium. Alles muß kommen.
Wichtig! Unser Wädelabend muß daher wegen der Sprechstunde, um acht Tage verschoben werden. Alles hält sich also den Donnerstag der nächsten Woche frei.

Von den Arbeiterkinderfreunden.
Das nächste Arbeiterfest der Arbeiterkinder findet in Waldenburg am 1. und 7. August statt. Aus allen Ecken und Orten der Provinz kommen unsere Gruppen zusammen, um einige Stunden freundschaftlich und eng miteinander zu verleben. Das Arbeiterfest soll uns zeigen, wie groß und kraft unsere Bewegung geworden ist. Es soll uns auch den Weg weisen und neue Kraft vermitteln für die vielen Aufgaben, die als Arbeiterkinder für den Kampf des Lebens uns erwachen. Auch die Eltern sollen durch unser Arbeiterfest einbringen erkennen, daß sie tatkräftig mitarbeiten und uns unterstützen müssen, um schließlich allen Arbeiterkindern eine feuchtsolle, sonnige Kindheit vermitteln zu können. Das Arbeiterfest verpflichtet für alle Kinder, die an ihm teilnehmen, zu einem gewissen und schönen Erlebnis zu werden. Der Reichsausschuss ist folgender: Reichsausschuss der einzelnen Gruppen in die Quartiere. Abends 8 1/2 Uhr Abendfeier im Waldenburger Stadion. Neben zwei Sprechern, die die Arbeiterkinder zum Gelingen bringen, wird der Reichsausschuss Führer der Arbeiterkinder und einen Vortag aus Wien namens Reichsausschuss zu uns sprechen. Auch die Waldenburger Bergarbeiterkapelle wird uns die Feier musikalisch schmücken. Nachher geht es in wuchtigem Marsch über die Schillerstraße zur Stadt. Sonntag früh sind für unsere älteren Jungen und Mädchen Besichtigungen der Bergwerke und der Kokereten von den Bergwerken. Die anderen Gruppen machen lange Spaziergänge in die Berge. Mittags geht es in dem geschlossenen Schwarm durch die Straßen auf eine Spielwiese, wo in freier, ununterbrochener Spiele, Gesängen und Tänzen der Gruppen die Zeit bis zum Abend schnell verfliehet. Nach einer kurzen Abkühlung und Erholung auf dem Ring und schon wieder in die Gruppen nach diesen ergebnisreichen Stunden wieder in ihre Heimat. Deshalb, ihr Jungen und Mädchen, in allen Gruppen, bleibe niemand zu Hause, alles soll am Arbeiterfest teilnehmen. Der Teilnehmerbeitrag kostet 30 Pf. Er ist für die Fahrt, Unterkunft und Verpflegung. Die Waldenburger Eltern, welche in großen Mäßen leben, lassen es sich trotzdem nicht nehmen, auch recht gastlich und gut unterzubringen. Es heißt also in allen Gruppen bis zum 8. August die Packkoffer für die Arbeiterkinder betragen 2,00 Mark: Auf nach Waldenburg zum Arbeiterfest!

Gruppe 6 (Strehleiner Tor). Montag, 5 Uhr, Barade, Klettergruppe. Bericht von Prag. Fortsetzung über die roten Fäden. Dienstag, 6 Uhr, Barade, Jüngergruppe. Unterhaltung von Prag und Kletterfest. Alle Jünger sind da und bringen auch noch Freunde mit. Mittwoch, 6 1/2 Uhr, Menschengruppe. Bewegungsspiele. Donnerstag, Barade, von 6-8 Uhr Länge der Jüngergruppe. Von 6-7 Uhr Länge der Klettergruppe. Freitag, 5 Uhr, für alle Kinder Spiel und Tanz. Wer von euch noch nicht die Ferienfahrt gemacht hat, bereite sich vor. Nächster Montag und Dienstag in der Gruppe. Ferner werden auch die Bilder von Montag zu haben; sie werden die Woche bis zum 6. August verlaufen.

Wöchentliches Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Kriern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)
Hinter der Sitzung 30.2 sind maritime Luftmassen in Schichten eingebrochen. Die Temperaturen sind erheblich zurückgegangen. Wir verleben zunächst im Bereich der kalten Luftmassen, die jedoch zusammenzubrechen beginnen und dabei bei teilweise aufsteigendem Wetter mit etwas zunehmenden Temperaturen zu rechnen haben. Nach immer dürfte es zu einzelnen Schauern kommen, die hellenweise von Gewitter begleitet sein können.
Aussichten für das nächste Wochenende und die nächsten Mittelwochen:
Zeitweise anhaltender West-, westliche Bewölkung, einzelne Schauer und Gewitter, etwas kühler.
Aussichten für die nächsten Wochen:
Starker bis stürmischer West-, neblig, wolfig, Regen- und Graupelschauer, kühler.

Sechse Wetternachrichten.

Datum: 26. 7. 27.	Temperatur			Wetter	Wind	Niederschlag mm	Wasserstand cm
	best. fall	Maxim. Min.	leit 24 Stunden				
Grünberg	14	20	18	bedeckt	WS 4	0,6	
Waldenburg	15	18	18	bedeckt	WS 3	1	
Waldenburg	12	16	10	bedeckt	WS 2	1	
Waldenburg	6	12	6	bedeckt	WS 8	15,7	
Waldenburg	18	26	20	-	WS 3	4,5	
Waldenburg	7	9	7	-	WS 4	1	
Waldenburg	5	8	5	-	WS 5	6,8	
Waldenburg	4	8	3	bedeckt Nebel	WS 6	1	
Waldenburg	15	18	12	bedeckt	WS 4	2	
Waldenburg	16	18	12	bedeckt	WS 3	0,8	
Waldenburg	-	-	-	-	-	-	-
Waldenburg	16	18	18	bedeckt	WS 2	4	
Waldenburg	13	16	10	bedeckt	WS 1	1	
Waldenburg	12	16	11	bedeckt	WS 2	7	
Waldenburg	16	17	11	-	WS 4	2	
Waldenburg	15	19	14	-	WS 1	1	
Waldenburg	5	20	18	bedeckt	WS 1	0,2	
Waldenburg	15	19	14	bedeckt	WS 2	8	
Waldenburg	16	-	-	-	WS 1	1	
Waldenburg	14	19	12	bedeckt	WS 2	1,2	
Waldenburg	15	19	12	-	WS 4	6,6	

Vereinstalender.

Baugewerksbund.
Am 4. August findet für die schulpflichtigen Kinder unserer Mitglieder ein Ausflug nach Trebnitz statt. Teilnehmerkarten zu 10 Pf. werden am Freitag, den 29. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, in unserem Büro gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches ausgeben. Karten für Erwachsene kosten 20 Pf., der Fahrpreis für diese beträgt 1/2 Pf. und Rückfahrt 1,50 Pf. Wer nicht bis spätestens Sonnabend mittag Karten gekauft hat, kann später keine erhalten. Nur wer im Besitz einer Karte ist, kann teilnehmen. Die Ortsverwaltung.
Sachgruppe des V.G.W. Mittwoch, den 27. Juli, 19.30 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 13, unsere Monatsversammlung statt. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Sachgruppenleiter.

Briefkasten.

Allen Anträgen muß eine Bezugskartung beiliegen. Bezugskartungen erhalten unsere Leser auf Verlangen von den Volkswacht-Lesern oder Trägern; die Postbehörden haben die Postkartung beizulegen. Sprechstunden der Redaktion montags von 12-1 Uhr mittags.
513. Kirchensteuer ist pflanzbar.

Bühne und Film.

Konzerte.

Orgelkonzert.

Unsere Jahrhunderthallenorgel, die größte der Welt, reizt nicht nur unsere einheimischen Organisten. Professor Hermann Kellner aus Stuttgart gab hier ein Sonntag-Nachmittags-Konzert, das in mehr als einer Hinsicht Interesse erregte und für die warme Jahreszeit verhältnismäßig gut besucht war. Professor Kellner führte sich als ein Finger- und Registerkünstler ersten Ranges ein, der das ihm fremde Instrument mit respektvoller Ueberlegenheit so meisterte, daß viele uns noch verborgene Klangliche Schönheiten offenbar wurden, und zeigte sich dabei als ein ernster, durchgezeigter, künstlerisch erfahrener Künstler. Außerdem aber hat er ein Programm gewählt, das im besten Sinne volkstümlich genannt werden darf, da es allzu schwere Kost mied und dabei abwechslungsreich und belehrend blieb. Es schöpft aus zwei extremen Epochen, der barockischen und der modernen, und brachte unter anderem aus beiden Neuheiten zum Vorschein. Das gleich zu Anfang vorgetragene Orgelkonzert in G-dur des längst verstorbenen Joh. Gottfr. Walther (1684-1748) hat aber nicht viel mehr als musikhistorisches Wert, da sein Schöpfer allzu sparsam in seinen Ausdrucksmitteln blieb, thematisch nicht Bedeutendes erfand und es an Steigerungen und somit an Leben fehlen ließ. Welt anziehender steht die Sonate in F-dur, op. 66, des 1841 verstorbenen Pariser Organisten Alex Guilmant aus. Guilmant bedient sich einer etwa dem Stile Couperins verwandten freudigen, geistreichen, fast melodischen, mitunter aber gar zu süßlichen Sprache. Das fünfstimmige Stück benutzte Kellner zu äußerst differenzierter Registrierung, die für das ansprechende Adagio die Fernorgel zu Hilfe nahm und damit hübsche Echowirkungen schuf. Den Höhepunkt des Konzerts bildete Rogers 1915 verfasste D-moll-Phantasia und Fuge, ein kontrapunktisch und dramatisch höchst bedeutungsvolles Werk, in dem ein schwerwichtig einheitsstrebendes einem leichtbewegten Thema gegenübersteht und efflatisch einem triumphalen Schluß zueilt. Vor allem technisch bewundernswert war die Wiederkehr von Bachs Chromatischer Phantasia und Fuge. Sämtliche Orgelvorzüge fanden aufwichtigen Beifall. — Zwischen durch lang die Berliner Sopranistin Hanna Wolff. Ihr süßes, besonders oberhalb der gut fundierten Mittellage sehr elastisches Organ unterliegt einer so umfangreichen Behandlung, daß die Beethovenschen Geselliedner ebenso zu ihrem Recht kamen wie drei Gesänge Hugo Wolfs, die allerdings ihrer vorantaglichen Eigenart noch besser liegen. Auch sie wurde mit Applaus bedacht.
R. S.-der.

Viktoria-theater.

„Kaspatis und der Riesenbau“
Schon der Titel dieses Schauspiel in fünf Akten von Dr. Eugen Kesz beweist, daß hier kein Dramatiker von Qualität am Werke war. Für diesen gewöhnlichen Stoff wäre einer vor allen Dingen gewesen: Franz Wedekind! Der hätte uns ein an Fortschritt reicheres und kräftigeres Bild gewalt; der wäre vor witzigen Ueberschneidungen, wie sie ja im Sinn dieses Themas reichlich enthalten sind, gewiß nicht zurückgeblieben. Und eine Eindringlichkeit der Darstellung wäre uns gegeben worden, die aus den frommen Scharen Kaspatis zu einem ganz neuen Erlebnis gemacht hätte.
So aber ist ein Drama entstanden, das nicht gehalten und gestochen ist. Mit Konventionen an die Reizen der Zuschauer, die gar nicht notwendig waren, weil des Publikums trotz der letzten Handlung gern mitging und manchmal besser als der Autor selbst wußte, was damals in Kaspatis geschah wurde. Die Vorzüge ist also dem Autor zum Vergnügen geworden.
Er beginnt uns zunächst eine Serie aus Kaspatis Privatleben. Ein Mädchen verlobt als Witwe und wird von dem Kapitan der ein beherrschender Schicksal des Jaren ist, auf gemeine Weise mißbraucht, ohne daß ihr, Witte die geringste Gerechtigkeit zuteil wird. Dieses Erlebnis legt das Mädchen ins feindliche Lager. Einmalig, einmalig, und schließlich wird hier der Dummheit als einer geistlich, werden sie ihrer an. In einer Szene wird der ihm anvertraute Jahn gut gelehrt, der unter dem spanischen Einfluß des Wandersmannes von einem eben geborenen Kasperer als einer geistlich, werden sie ihrer an. In einer Szene wird der ihm anvertraute Jahn gut gelehrt, der unter dem spanischen Einfluß des Wandersmannes von einem eben geborenen Kasperer als einer geistlich, werden sie ihrer an. In einer Szene wird der ihm anvertraute Jahn gut gelehrt, der unter dem spanischen Einfluß des Wandersmannes von einem eben geborenen Kasperer als einer geistlich, werden sie ihrer an.

Romanows. Der Jar, müde von den Misserfolgen an der Front, ist anscheinend lammfromm. Dafür hat es das Volk endlich satt bekommen und ist entschlossen, dem Knutentum ein Ende zu machen. Der letzte Romanow wird gefangen gesetzt. Und bei dieser Gelegenheit läßt ihn der Autor, völlig unhistorisch, eine Menge schöner Redensarten fallen, die seine Unschuld beweisen sollen. Aus welchem Grunde war Mut nicht aufzubringen, aus dem Jaren die hochtrabende Bestie zu machen, die er war?

Die Regie Fritz Sälens ließ diesmal manches vermissen. War immerhin Tempo in der Darstellung, so liefen doch manche Stellen völlig leer. Wo es russische Namen auszusprechen gab, verlagten in der Betonung alle. Das Klang unter lornisch in den Ernst der Darstellung. Aus dem Kasputin hatte Sälensbach mehr das Kauderwelsch gemacht, als den schleimig-süßlichen Heuchler, der mit ölgigen Worten seine Opfer umgarnte. Dafür war die dankbare Rolle des Dumapresidenten recht gut besetzt und Fritz Leyden, wenn auch manchmal zu stark im Ton, gab eine jamose Figur ab. Ebenfalls hatte Fritz Kaff als Jar die Maske gut getroffen. Fehl am Platze war Käthe Rosen als Sonja. Aus der jungen Studentin gestaltete sie ein zu reifes, beherrschtes Weib.
Das Publikum, das den Stoff begriffen hatte, spendete langen und ehrlichen Beifall.

Filmschau.

Die Weber.

Aufführungen im Krippenpalast, Palasttheater und Weltbühne.
Als Gerhart Hauptmann noch nicht offizieller deutscher Dichter, noch nicht den Goethe-Stil seines Neupeters gefunden hatte und noch nicht aus den Tiefen der deutschen Seele zur Jugend bürgerlicher Angeklagterverbände sprach, schrieb er ein Schauspiel, das — ein Stück revolutionären Denkens — den Uebergang des vierten Standes aus dem geschichtslosen Dunkel in das Licht des bewußten Kampfes der Ausgebeuteten gegen die Ausbeuter künstlerisch gestaltete. Die Weber ist auch als Film, im Verleib des gegen die Diktatur des Finanzkapitals in der Filmindustrie gebildeten Syndikats der Kinobesitzer, eine revolutionäre Tat, deren Bedeutung über „Potemkin“ und die anderen Kientime deshalb hinausgeht, weil es mehr bedeutet, in Deutschland, im deutschen Kino das Problem Kapital und Arbeit in historisch realistischen, von bürgerlicher Sentimentalität und Verlogenheit freien Form auf die Leinwand zu bringen, als in Russland unter dem Schlag und Mitwirkung des Staatsapparats die Revolte gegen den Zarismus zu verfilmen. Künstlerisch ist das große Problem der Verfilmung eines für das Schauspieltheater geschriebenen und gedachten Stückes im großen und ganzen gelungen. Schauspiel wie Regie, Photographie wie die inszenierung sein einzigartig gelungen und Folge der Texttitel zeigen ein Meisterwerk der spezifisch denkinen Filmgestaltung. In einem stehen „Die Weber“ gegen die Russentime zurück — in der Gestaltung und Wirkung der Regie. Die schillernden Himmelsweber, die Färberweber, der zur Revolte aufzufende Kasperer und gutes, teilweise sehr gutes Schauspiel in guten Mäßen. Aber es fehlt das reifste Einfühlvermögen der Darsteller in das Empfinden der aus leuchtender Gleichgültigkeit zur explodieren Revolte erwachenden Arbeitstendenzen. Die Darsteller geben lediglich den Weg, den der Dichter vorgezeichnet hat. Ihnen fehlt die Natürlichkeit, mit der der russische Schauspieler im Gleichklang der russischen Seele den russischen Arbeiter gibt. Dagegen ist — Bilder von Georg Grosz — das Gefühl der herrschenden Klasse: Wegener als Fabrikant, seine Frau, der Pastor, der Polizeikommissar, das Militär, unaufrichtig und unbarmherzig in ihrem Weiserten ersicht. Aus, die wir als geschickliche Nachfolger dieser Entwertung des organisierten Kampfes gegen die kapitalistische Ausbeutung im Zeitalter weltumspannender Karielle führen, ist dieser Film ein Stück lebendige, durchaus nicht reiflos überarbeitete, Geschichte, die Geschichte des aus der Bewegung, nicht aus der Erkenntnis erwachenden, primitiv gegen die Person hat gegen das System gerichteten Klassenbewußtseins, die Geschichte der ersten Höhe der kapitalen Revolution. So sind „Die Weber“ trotz ihres ausgeprägten, geschicklich geschriebenen schillernden Potentials, weil nicht ein Film der Arbeiterbewegung, des russischen Begriffs — „Schleichen Gottes“, ein Erlebnis, das kein organisierter Arbeiter verläugern sollte.

„Die Falle am Cromton-Park“, ein Film von schönen Tieren und bösen Menschen. Krähen in Wildheit, Herden wilder Pferde, Indianer, Anführer, Pferdehiebe, das sind die Requisiten, die dieser Film benötigt, der wie eine echte Karl-May-Geschichte anmutet. Die Handlung geht sehr flott vor sich, hat viel spannende Momente; ihre Wirkung wird erhöht durch gute Bilder und das gute Spiel aller Mitwirkenden. „Lord Satanas“. Eine moderne Faustgeschichte, mit Geschick aufgebaut. Ein junger Dichter hungert in seiner Manjarda. In einem Augenblick der größten Verzweiflung, als er Geld und die Welt verflucht, erscheint bei Sturm und Regen (die Szene ist sehr geschickt gemacht), Lord Satanas, der Weltkämpfer und bringt dem Poeten die Nachricht, daß er Millionenerbe geworden. Nun beginnt ein Leben in Saus und Braus. Der Poet heiratet eine Prinzessin, die ihn hintergeht und Gift nimmt, als sie ertrapt wird. Um ihn zu zerstreuen, veranstaltet Lord Satanas rauschende Feste, Orgien werden gefeiert, aber George kann keine erste, verlassene Braut nicht vergessen. Seine Gewissensbisse lassen ihn nicht zur Ruhe kommen. Er flieht schließlich zu Mabel zurück, der kleinen Novellenschreiberin, die noch immer in ihrer Manjarda hauste, und so gibt es wieder das obligate, glückliche Paar. Schade, daß der Ausgang wieder ein happy end ist; das sieht manchmal sehr erzwungen aus, und die Realistik des Lebens kennt es auch meist nicht. Aber dieser kleine Schönheitsfehler, der ja den meisten Filmen amerikanischer Herkunft anhaftet, soll uns nicht die Freude an dem sonst interessanten Film verherben, zumal die Rolle des Lord Satanas von Adolphe Menjou verkörpert wird, diesem besten Gentleman-Schauspieler, den die Filmwelt heute hat. Neben ihm fällt Olga de Patti in ihrer Rolle als Prinzessin etwas ab. Sie hat in dieser Rolle ihr Geschick nicht glücklich maskiert. Es gibt Momente, wo sie etwas aus der Rolle fällt, und man denkt dann an Berlin-Ackerstraße. Die Ufa-Wochenchau wird vom Lustschiff beherrscht. Außerdem gibt es Bilder von der neuen Schwebbahn bei Ebnjee, die in 16 Minuten auf 2000 Meter hohe Bergspitzen führt, dann weiter Bilder von dem Erdbeben in Jerusalem, von dem Wiederaufbau in Gottleuda usw.

Theater des Nordens. Musterbeispiele zweier weltentlicher Richtungen der Filmproduktion und psychologischer Differenzierungen der Lebensform zweier Völker sind die beiden Filme des diesmaligen Programms. Die amerikanische, um Faby Peggy herumgeschriebene, rührlig-unwahrscheinliche, ganz aufs Augenliche abgestellte Ehegeschichte, die mit einer Scheidungsverhandlung beginnt, von dem weisen Richter, sozusagen zwecks Besserung der streitenden Gatten verurteilt wird und selbstverständlich im wiederhergestellten Wohl endigt, nachdem das Baby durch zeitweilige Scheidung den Ehemann gnort, der reuiglichen Verjudung in Gestalt einer Schauspielerin zum Opfer zu fallen (Männer fallen Verjudungen bekanntlich immer zum Opfer) mulet wie ein Roman von Hedwig Courts-Mahler an. In wohlkullendem Gegenlag zu diesem Risch steht das Lustspiel „Die letzte Isabella“, in dem neuzeitliche Reformmethoden mit viel Witz und gut gespielt verulkt werden. Die „Leichte Isabella“ ist eigentlich eine Fiktion, in deren 7ten Zempelar ein Gustav auf eine Frau, ein Haus und 10.000 Mark zu finden ist. Die Frau, das Mädchen Isabella, wird natürlich nach einigen Komplifikationen von dem Erfinder dieser zugkräftigen Methode „gekommen“, der gleichgültig von einem amerikanischen Autokratig ein sympathisches Engagement mit 2000 Dollars pro Woche angeboten bekommt.
Kw.

Siegfried-Dichtspiele. „Marcos tollte Wette“. Diesem im Grunde humoristischen Abenteuerfilm unterliegt eine zum mindest originalen Idee. Eine Wette zwingt den Kraftmenschen Marco, der hier einen eleganten Weltbummler verkörpert, zu einer Westeuropareise mit zehn Clappen, aus denen er tausenden Pfund in Gold erhält, um die Last der ganzen zehntausend schicklich am Ziele seinen Wettgegnern zu übergeben. Es leuchtet ein, daß die zehn ihm in den Weg gelegten Hindernisse aus geschicklicher Natur sind, da eine schöne, aber listige Frau ihre Hand im Spiele hat. Mit überlegenem Humor parterri jedoch Marcos alle Schläge. Er geht durch dick und dünn. Speziell zwei härteste Einträge in einem Schranke ein, löst einen ganzen Menschenauflauf meterweise von sich, widelt drei Schachfüßen in einen Teppich und schließlich noch allerlei, was eines modernen Hercules würdig ist. — Außerdem stehen wieder amerikanische Gestalten auf dem Programm.
Kw.

Gibt eure Anzeigen der Volkswacht.

Polizeiterrror in Hagnau.

Standalöse Behandlung von Arbeitern.

Wie die „Niegninger Volkszeitung“ berichtet, ist es bei der Feststellung einer angeblichen Mißhandlung des Hagnauer Kapellmeisters zu ganz unehrlichen Szenen polizeilicher Gewaltanwendung gekommen.

Die Arbeiter und Zimmerleute der Papierfabrik, die an der Feststellung eines Baues von früh 6 Uhr bis abends 8 Uhr gearbeitet haben und in einem Massenquartier im Restaurant „Schlachthaus“ in einem Raum mit 17 Mann zusammenschlafen, wurden, ohne daß sie eine Ahnung von den vorangegangenen Vorgängen hatten, von der Polizei mit vorgehaltenen Revolver und Gummiknüppel mit den Worten:

„Mass, ihr Schweinehunde, ihr Stroiche, ihr Bagabunden“, aus dem Schlafe geweckt. Wer der Aufforderung nicht sofort nachkam oder fragte, was los sei, oder eine Bemerkung machte, wurde sofort mit dem Gummiknüppel aus dem Bett geschlagen.

Alle Mann mußten, nur mit Hemd bekleidet, barfuß auf den Hof. Im Hof erfolgte die Gegenüberstellung mit dem Kapellmeister. Der Polizeikommissar leuchtete jedem ins Gesicht und suchte dabei jedem Arbeiter mit dem Gummiknüppel vor dem Gesicht herum, wobei sie von ihm mit Worten, wie: „Euch Schweinehunden werde ich es schon anstreichen“, bedacht wurden.

Einer der Arbeiter, der an dem Vorfall ebenfalls nicht beteiligt war, aber auf dem Hof einmal das Bedürfnis hatte, auszutreten, wurde von einem Polizisten zurückgehalten mit den Worten: „Zurück du Dumpe, oder ich schütze die eine Kugel mitten durch die Stirn“, wobei ihm auch gleich der Revolver vor das Gesicht gehalten wurde. Fest steht, daß sich von den Arbeitern, die alle im Schlaf waren, was man bei einer 15 stündigen Arbeitszeit schon vorher annehmen konnte, niemand zur Wehr gesetzt hat.

Alle Arbeiter sind vielmehr mit den wüsten Beschimpfungen aus dem Schlaf geweckt und zum größten Teil mit dem Gummiknüppel in die Luft geschlagen worden. Einem Arbeiter aus Niegning, der fragte, was ist denn los hier, wurde sofort die Bettdecke weggerissen, aus dem Bett geschleift und mit dem Gummiknüppel auf den Hof geprügelt.

Mit welcher Unmenschlichkeit die Leute geschlagen worden sind, geht daraus hervor, daß fast sämtliche Geschlagenen sich in ärztliche Behandlung begeben mußten. Aus den ärztlichen Akten sind die Verletzungen durch Schläge und Stöße festzustellen. Noch schlimmer in der Behandlung erging es den in einem Pferdestall schlafenden oberösterreichischen Zimmerleuten. Sie wurden derartig geschlagen und geprügelt, daß eine Anzahl von ihnen große Lacerationen und Wunden und stark blutende Wunden davontrugen. Dabei wurden sie mit Worten, wie: „Ihr polnischen Schweine“ beschimpft.

Es handelt sich nicht einmal um Polen, sondern um deutsche Arbeiter aus Oppeln. (Selbst wenn es sich um Polen gehandelt hätte, sind derartige Ausdrücke im Munde preussischer Staatsbeamter unerhört. Red.) Da die Krankenkasse sich weigert, die Arztkosten für die in ärztlicher Behandlung befindlichen Arbeiter zu bezahlen, ist die Angelegenheit bei der hiesigen Regierung gemeldet. Herr Regierungsassessor Dr. Parsius hat sich am Dienstag mittag zur Untersuchung der Vorgänge bereits nach Hagnau begeben.

Auch die angeblich schuldigen Zimmerleute sind nach ihrer Verhaftung und Fesselung (!) weiterhin mit dem Gummiknüppel fürchterlich geschlagen worden. Ein anderer Zimmermann, der nicht im Quartier war und von der ganzen Sache nichts wusste, wurde an anderem Orte ebenfalls verhaftet und auf der Wache verprügelt.

Wir wollen uns nicht lange in juristische Erwägungen über die Rechte der Ermittlungsbehörde verlieren. Fest steht ohne Zweifel, daß diese Rechte hier in ganz unglaublicher Weise überschritten wurden und daher von den übergeordneten Organen eine gründliche Untersuchung und Ahndung dieser empörenden Mißachtung staatsbürgerlicher Freiheiten verlangt werden muß.

Die Polizeibeamten haben auch mit angeblich Schuldigen, zu deren Aburteilung allein das Gericht befugt ist, anständig umzugehen. Die Gefinnung, die aus Ausdrücken, wie den oben wiedergegebenen spricht, zeigt, daß sich in der Polizei bedauerlicherweise noch viele für diese verantwortungsvolle Tätigkeit gänzlich ungeeignete Elemente befinden.

Vorstandsitzung

des Niederschlesischen Landgemeindevorstandes.

Der Vorstand des Provinzialverbandes Niederschlesien im Verbands der preussischen Landgemeinden, E. W., hielt am vergangenen Donnerstag eine Sitzung in Niegning ab. Die Versammlung bezog sich die von dem Herrn Landesoberhauptmann der Provinz Niederschlesien den kommunalen Spitzenverbänden zugeleitete Entschliessung über die Nöte Niederschlesiens, hielt sie aber in einigen Punkten für ergänzungsbedürftig und beauftragte den geschäftsführenden Vorstand, entsprechende Verhandlungen mit dem Herrn Landesoberhauptmann einzuleiten. Nach den Feststellungen des Verbandes hat die Neuregelung des Finanzausgleichs die dauerliche Folge, daß die Landgemeinden an Steuerüberweisungen im laufenden Rechnungsjahre erheblich weniger erhalten werden als im Vorjahre. Diese wesentlichen Wiedereinnahmen können die Gemeinden durch weitere Anspannung ihrer eigenen Steuerquellen unter keinen Umständen ausgleichen. Es muß daher versucht werden, eine Milderung dieser Ausfälle zu erreichen, etwa durch Einführung einer Härteklause in das Finanzausgleichsgesetz. Der Verband der preussischen Landgemeinden in Berlin soll um entsprechende Maßnahmen ersucht werden. Die Bemühungen des Verbandes, die Luftkatasterbeiträge den Anliegern abzunehmen, haben dazu geführt, daß im Landtage das Staatsministerium ersucht worden ist, in eine Prüfung darüber einzutreten, ob die Haupterhaltungskosten in anderer Weise als bisher aufgebracht werden können. Ferner wurde noch erörtert, die Gaserversorgung, die Errichtung einer Beamtenfachschule in Breslau, die Lage der Verwaltungsgewerksamter u. a. m. Die Versammlung beschloß, die nächste Bezirksversammlung für die Kreise des nördlichen Niederschlesiens Ende September in Glogau-Jarawa abzuhalten. Es wurde ferner beschlossen, sich von Verbands wegen an der Hindenburg-Spende und an der von dem Provinzialauschuss Niederschlesiens der Deutschen Rothkreuz-Gesellschaften Sammlung für Hochwasserbeschädigte zu beteiligen. Der Versammlung folgte ein mehrtündiger Rundgang durch die Gogali.

Zweiterlei Maß in der Steuereintreibung.

In Obersdorf, Kreis Reichenbach, wollte der Gemeindevorsteher kürzlich wegen 56 Mark rückständiger Gemeindefiscalen einem armen Maurer sein Hausgrundstück verpfänden lassen! Dieser Gemeindevorsteher ist größter Gutbesitzer. In demselben Obersdorf sitzt der albekannte Graf Seidlitz-Sandzeczki, Ehren doktor der Theologie, Vorstand der Deutschen Konservativen Partei und Führer des rechten Flügelns auf der preussischen Synode. Dieser Herr schuldet dem hiesigen Finanzamt Tausende und Aber-tausende von Steuern jeder Art. Auch der evangelischen Kirche in Reichenbach schuldet er im Herbst v. J. mehrere Tausend Mark Kirchensteuern. Er verlangt damals in ziemlich ultimativer Form vom Gemeindevorsteher Erlass oder Niederlegung dieser Summen, was wohl aber doch abgelehnt worden ist. Warum geht das Finanzamt nicht gegen den Herrn Grafen vor, während dem kleinen Manne kurzer Hand sein einziges Hab

und Gut verpfändet werden soll, wodurch er mit Weib und Kind auf die Straße gesetzt würde? — Dieses empörende Messen mit zweierlei Maß zeigt, wie in Deutschland die Erhebung der jüdischen Steuern im wesentlichen den breiten Volksmassen aufgebürdeten

Waldburg. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Am Sonnabend führte auf der Fuchgrube in Weichseln der Schlepper Kuhn mit einem vollbeladenen Kohlenwagen in den dreißig Meter tiefen Schacht. A. wollte den Wagen in den Förderkorb schieben, aber unverständlicherweise wurde vorzeitig hochgezogen war. Nun ist vor der Einfahrt zum Schacht laut Vorbericht ein Sicherheitsriegel angebracht, der sich selbsttätig schließt. In diesem Falle funktionierte der Sicherheitsriegel jedoch nicht und nur so war es möglich, daß der Wagen durchfuhr und mit A. in die Tiefe stürzte. Der junge Bergmann wurde vollständig erstickt. Erst nachdem das Unglück geschehen war, ist die Schutzvorrichtung in Ordnung gebracht worden.

Fellhammer, Kreis Waldburg. Schauriger Fund. Pflücker fanden im Walde am Breitenhau eine Karle in Ver-welung übergegangene männliche Leiche. Es handelt sich um den seit dem 4. Januar vermißten Invaliden Karl Prätzel aus Fellhammer, der aus Nahrungslorven den Freitod suchte.

Niegning. Warmwasserpflanzen, Kaktus- und Liebhäberbau auf der Gogali. Mit der ersten Schließung des Gartens, die vom 31. Juli bis 5. August in Niegning abgehalten wird, findet die Warmwasserpflanzen-, Kaktus- und Liebhäberbau auf der Gogali, die am 30. Juli eröffnet und am 3. August beendet werden wird.

Bunzlau. Eine kümmerliche Stadtverordneten-sitzung gab es am vergangenen Donnerstag. Ursache war die Klagenfrage und ein diesertag zu Wasser gewordenes Reiterfest, über das wir schon berichteten. Der Erste Bürgermeister hatte auf Grund eines fast einstimmig gefaßten Stadterordnetenbeschlusses darauf bestanden, daß bei diesem Fest nur verfassungsmäßige Klagen aufgezogen werden sollten. In der Sitzung bezeichnete nun der Kaufmann Stadtverordnete in verächtlicher Weise die Reichsflagge als Schwarz-Rot-Gelb. Das rief naturgemäß auf der Linken einen Sturm der Entrüstung, der sich auch auf den Zuschauerraum erstreckte, hervor. Zurufe wie „Unverschämtheit“, „Freiheit“ usw. hagelten auf Wende ein. Der Vorsitzende schwang ununterbrochen die Glode. Als wieder Ruhe eingeetreten, macht Stadtverordnete Herr Wende klar, daß die Bezeichnung der Reichsflagge als Schwarz-Rot-Gelb eine Beleidigung darstelle. Erster Bürgermeister B. u. m. erklärt: „Wenn Herr Wende diese Bezeichnung noch einmal anwende, werde er ihn durch die Polizei aus dem Saal führen lassen.“ (Starker Beifall auf der Linken und im Zuschauerraum.) Die Stadtverordnete Wende, Lepski, Holland, Adolf Flechner, Schirmer, Hoffmann und Redsch verließen daraufhin den Saal. Von der Linken wurde ihnen „Auf Wiedersehen!“ zugerufen.

Görlitz. Der Hauswirt springt aus dem Fenster. Eine große Schlägerei entstand am Donnerstag nachmittag in einem Hause der Büttnerstraße. Die Hausbewohner gingen wegen Mietstreitigkeiten geschlossen gegen den Hauswirt vor. Als die Mieter versuchten, den Hauswirt aus seiner Wohnung herauszuholen, sprang dieser aus dem Fenster des 1. Stockwerkes auf die Straße. Zum Glück trug er nur leichtere Verletzungen davon. Die herbeigeholte Polizei stellte die Ordnung wieder her.

Görlitz. Massenprozeß wegen Vergehen gegen § 218. Nicht weniger wie zwölf Angeklagte standen zusammen vor dem hiesigen Schöffengericht wegen Vergehen gegen den Abtreibungsparagrafen. Das Gericht machte von der Möglichkeit niedriger Strafbemessung und Bewährungsfrist, soweit nicht Freispruch erfolgte, weitgehenden Gebrauch. Nur ein Angeklagter H. wurde, da er die Abtreibungen gewerbmäßig vornahm, zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. — Bestände dieser unsinnigen Paragrafen nicht, so würde sicher niemand einen Schmeißer (!) für solche Dienste in Anspruch nehmen.

Bismarckhütte (Oberschlesien). Ein Kind vom Feuer-tod gerettet. Während der Abwesenheit der Inhaber brach in einer Wohnung in der ul. Kratowska Feuer aus. Der Arbeiter Kusch, der das Feuer rechtzeitig bemerkte, drang in den brennenden Wohnraum ein und rettete ein unbeaufsichtigt zurückgelassenes Kind vor dem sicheren Feuer-tod.

Mitalksch. Konflikt zwischen Stahlhelml-euten und Kommunisten. Anlässlich der gestern vorgenommenen Fahnenweihe der hiesigen Ortsgruppe des Stahlhelms kam es zu Zusammenstößen mit Kommunisten, die angeblich Feuer auf einzelne Stahlhelmlaute eröffnet haben sollen. Es gab verschiedene Verletzte und Verhaftete. Ein unbeteiligter Zuschauer soll Mißhandlungen zufolge durch die Schüsse der Kommunisten getötet worden sein.

Amorientierung in der Landwirtschaft. In dem loben erschienenen Geschäftsbericht der Deutschen Domänenbank (Zentralbank landwirtschaftlicher Wirtschaftsbetriebe) finden sich interessante Bemerkungen über die Wirtschaftssituation der Landwirtschaft. Es wird da u. a. dargelegt, wie am Ende der Inflation von der Landwirtschaft plan- und ziellos Kredite aufgenommen wurden, wie dann später unter der Parole einer Intensivierung der Landwirtschaft ebenfalls eine Reigung zur Ueberschuldung in der Landwirtschaft bestand. Seit dem Scheitern dieses Intensivierungsprogramms erst letzte das Streben ein, bestehende Schuldverpflichtungen zu konsolidieren und die Kredite systematisch zu geben. Der Bericht fährt dann fort:

„Der Vereinigung der Finanzgebarung entspricht die neuerliche betriebswirtschaftliche Einsteilung. Der fortschrittliche Teil der Landwirtschaft rationalisiert. Man hat die Erfahrung des Intensivierungsabstufes verstanden und sucht den Produktionsgang lediglich nach Gesichtspunkten der Rentabilität zu gestalten. Es lohnt deshalb zu erwarten, daß die Landwirtschaft es vermöge, den neuerdings wiederum wirtschaftspolitisch mit dem Urtaxiergefahren verknüpften allgemeinen Wirtschaftsparolen zu folgen, die ihr Erleichterung verhessen, deren Verwirklichung sich aber — insbesondere auch deshalb, weil die Bildung übernationaler Wirtschaftsgebiete auch den landwirtschaftlichen Produktionsgang beeinflussen wird — als erneute Fehldisposition erweisen würde.“

Diese etwas schwerfällige niedergelegten Gedanken verraten dem Kundigen, daß innerhalb der schaffenden Landwirtschaft sich ein hemerterwertiger Wandel der Meinungen vollzieht. Lange Zeit hindurch waren die Wächter der großen Domänenbetriebe wirtschaftspolitisch im Jahrmasser des Großgrundbesitzes, der mit seinen Schutzparolen die gesamte deutsche Agrarpolitik beeinflusst. Autarkie, Selbstgenügsamkeit heißt die Parole, unter der noch heute der Landbund die Fernhaltung aller fremden Konkurrenz auf dem deutschen Nahrungsmittelmarkt propagiert. Unter der Vorpiegelung, daß das deutsche Volk bei ausreichenden Fällen vollkommen von der Einfuhr ausländischer Ackerfrüchte und Viehprodukte frei werden könne, hat man erst wieder die wichtigsten Nahrungs-mittelzölle heraufgesetzt. Die Ideologie des Reichsland-hundes war maßgebend für die Wirtschaftsführung der Regierung. Es ist daher um so beachtlicher, daß jetzt bereits die Domänenpächter den großen volkswirtschaftlichen Irrtum begreifen, der in der agrarischen Politik Deutschlands liegt und der bisher in der Landwirtschaft selbst längst noch nicht genügend erkannt worden ist.

Wahrings gegen sich auch noch im Jahre 1933. Gegen-träfte, die die Vorkraft des Landhundes erschlärten. Die Gründung der Deutschen Bauernschaft, die vor einigen Monaten erfolgte, wurde mit Recht von den Großgrundbesitzern als eine Reaktion dagegen angesehen, daß die bisherige Landwirtschaftspolitik vorwiegend, wenn nicht ausschließlich, von der Rücksicht auf die Großagrarien getrieben wurde. Der schaffende

Bauernstand tat zu kurz. Noch taftet er nach einem eigenen Programm. Noch befindet sich die Bewegung erst in den Anfängen. Gleichwohl bedeutete es viel, daß sich die zahlreichen zerstückelten und zum Teil gegenseitig bekämpfenden Bauernorganisationen zusammenschlossen unter Führung des Staates, der von den deutschen nationalen Großgrundbesitzern bekämpft wird und unter Hervorhebung derjenigen wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die der bäuerlichen Tätigkeit besonders eigentümlich sind. Ueberall schlossen sich Organisationen zusammen, die jetzt in dem großen Verband eine ganz andere Stofkraft als bisher besitzen und die Bewegung wurde hinausgetragen in Gebiete, die bisher das unbedrückte Herzschmerzgebiet des Reichslandhundes waren. So sind jetzt Gruppen der Bauernschaft in Pommern, Mitteldeutschland, ja selbst in Brandenburg und Ostpreußen gegründet worden, die im Gegensatz zu den Landbündelparolen das Hauptgewicht auf die Siedlungstätigkeit und auf die Förderung der Interessen der wertvollen Landwirte legen. Es ist interessant zu beobachten, wie in der Deutschen Bauernzeitung die Ernennung des Genossen Krüger zum Staatssekretär im Reichlichen Landwirtschaftsministerium mit großer Begeisterung begrüßt wird, während die Herren von Ur und Halm diese Nachricht mit einer Heißkampagne aufnahmen. Die Bauernbewegung marschiert und schon in den Anfängen ihrer Neuorganisation zeigt sie die deutliche Tendenz einer Opposition gegen die bisherigen Führer der Landwirtschaft, die sich als die allein maßgeblichen bezeichneten und den Vorrang im Staate beanspruchten.

Diese Bauernbewegung ist politisch neutral. Sie kann gar nichts anderes sein, wenn sie das Ziel erreichen will, die gesamte wertvolle Bauernschaft zu sammeln und zur Wahrung ihres eigenen Interesses aufzurufen. Je mehr sie aber danach strebt, desto deutlicher wird auch der Gegensatz zu Tage treten, der sich zwischen dem Bauerntum und dem Großbesitz schon anlässlich der Festschickung gezeigt hat. Die bäuerliche Wirtschaft braucht billige Futtermittel — die Großlandwirtschaft aber verteuert sie durch Schutzzölle. Letztere war es auch, die mit aller Gewalt auf der Erhöhung der Kartoffelzölle bestand, während die eigentümlich bäuerlichen Kreise gar kein so großes Interesse an der Vertierung dieses Brotes der armen Leute hatten. Der Gegensatz zwischen Großgrundbesitz und Bauerntum wird aber noch härter in den Vordergrund treten, wenn erst einmal die Kleinbauernschaft begriffen, daß es die Großlandwirtschaft ist, die durch ihr Verhältnis mit den großindustriellen Schutzländern gerade die Arbeitsbedingungen der kleineren und mittleren Landwirtschaftsbetriebe sorgfältig erschwert hat. Die hohen Zölle auf Industrie-fabrikate, über die bisweilen aus der Landwirtschaft Klage, sind allein ein wesentlicher Teil dieses Schadens, das auf dem Rücken der übrigen Landwirtschaft und auf dem der Bauernschaft lastet. Sobald die kleinen Bauern erkennen, daß im Kampfe gegen eine protektionistische Politik ihre Interessen mit denen der großindustriellen Bauern nicht zusammengehen, dann wird auch in ihren Kreisen die Zeit einer wirtschaftlichen Neuorientierung gekommen sein, die der Landbau mit gutem Grunde fürchtet.

Barthels-Verclammlungen in Kleitendorf und Canth.

Zu einem vollen Erfolg für unsere sehr gut organisierte Ortsgruppe Kleitendorf gestaltete sich die öffentliche Verclammlung am vergangenen Sonnabend, in der Landtagspräsident Genosse Barthels vor überfülltem Saal über die volkseigentliche Politik des Bürgerblocks im Reich sprach. Die Gelegenheit, den Präsidenten des Landtages zu hören, hatte trotz des regnerischen Wetters auch einen großen Teil Interessierter aus den Nachbarorten mobil gemacht, deren Erwartungen dann auch in volstem Maße entprochen wurde.

Getreu der geschichtlichen Entwicklung der Republik zeichnete Genosse Barthels deren demokratische Tendenzen, die das deutsche Volk in überwältigender Mehrzahl bejahend fördert und zu festigen sich bemüht. Eine wahrhaft republikanische Tätigkeit, die um so eher ihren Niederschlag in der Zusammensetzung der gegebenden Körperkassen finden wird je stärker sich der republikanische, mehr noch der sozialistische Gedanke, im deutschen Volke durchzusetzen vermag. Viele Millionen noch sind es, die von der elisastischen aber wirkungsvollen Waffe, dem Stimmgabel bei Wahlen, keinen oder den falschen Gebrauch machen und sich naher wundern wenn sie politisch betrogen wie wirtschaftlich geschädigt werden. Vielen Millionen ist diese Enttäufung durch die Bildung des Rechtsblocks im Reich vornehmlich durch den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung bereitet worden. Was die Deutschnationalen ihren Wählern versprochen, haben sie bis zur Stunde nicht nur nicht eingelöst, sondern darüber hinaus durch ihren Zollraub am Volke, diesem die schwersten wirtschaftlichen Schädigungen zugefügt. Wenn politische Grundzüge jemals verschärft wurden, dann durch diesen Rechtsblock, deren deutschnationale Angehörige der Außenpolitik Stresemanns beifollichten. Die als Antirepublikaner das Republikanischgesetz geschworen haben. Prinzipienverrat von Anfang bis Ende, das ist das Fazit der deutschnationalen Politik, wohin man auch sieht. Freilich haben sie sich dieses Opfer vom Zentrum bezahlen lassen. Zur agrarischen Steuerbrüdergerei kommt nun das Geschäft, das den Deutschnationalen die Zollserhöhlungen bringen. Und dem Zentrum wiederum hollen Hilfreich die Hand die Deutschnationalen zu jenem Reichsschuldengesetz, der den Rücktritt um Jahrhunderte bedeutet. So befindet der Bürgerblock den Willen zu einer Interessenspolitik rückwärtsloser Art, die nur noch übertrifft wird durch die Strupplosigkeit der Deutschnationalen gegenüber ihren allzu vertrauensseligen Wählern in der Aufwerfungsfrage deren Erlebigung durch die Deutschnationalen gewöhnlichsten Vorbruch bedeutet. Noch immer freit die Rechtspreffe gegenüber uns Sozialdemokraten von Futtertrippenspolitik. Sie läte klüger zu schweigen, denn wie Futtertrippenspolitik gemacht wird, hat uns der Bürgerblock sehr anschaulich gezeigt. So wie im Reich, ist es auch das Bestreben der Deutschnationalen in Preußen in die Regierung zu gelangen. Dagegen werden wir kämpfen, wissen wir doch so gut wie die Deutschnationalen, daß mit der Auslieferung Preußens an die Reaktion das stärkste Bollwerk der Republik fielen. Koalition oder nicht, wird oft gefragt. Eine Koalition wie zurzeit im Reich, könnte uns nie als Beileitige sehen. Das darf uns aber nicht abhalten, zu gegebener Zeit mit republikanischen Parteien in die Regierung zu gehen, wollen wir verhindern, daß, wie augenblicklich die Todfeinde der Republik betrunken sitzen, wir aber draußen stehen.

Genosse Barthels wandte sich nach diesen äußerst populär gehaltenen Ausführungen zur Frage der Justizreform und zeichnete im Anschluß daran ein eindringliches Bild der Wirtschaftslage im Reich, dabei den Ursachen nachgehend, die ihre katastrophalen Hemmungen bewirkten, die nur allmählich überwunden werden können, wobei der Kapitalismus die wertigsten Opfer bringt. Aber auch dessen Entwicklung geht den Weg, den schon Karl Marx gezeichnet habe. Eines Tages wird er zwangsläufig unserer Idee dienlich sein. Unsere Aufgabe ist, die Zukunft vorzubereiten und in der Gegenwart entschlossen zu kämpfen. Vor allem gegen den volkseigentlichen Bürgerblock, dessen Sturz wir beschleunigen müssen, um seinem unheilvollen Wirken ein Ziel zu setzen.

Die Ausführungen Barthels wurden mit stürmischem Beifall aufgenommen. Eine Aussprache fand nicht statt. Die Arbeiter-sänger verschönten die Verclammlung mit kühnen Kampfliedern.

Auch in Canth fand am Sonntag ebenfalls eine Verclammlung statt, in der Genosse Barthels über das gleiche Thema sprach.

Berücksichtigt beim Einkauf unsere Inserenten!

Bauernstand tat zu kurz. Noch taftet er nach einem eigenen Programm. Noch befindet sich die Bewegung erst in den Anfängen. Gleichwohl bedeutete es viel, daß sich die zahlreichen zerstückelten und zum Teil gegenseitig bekämpfenden Bauernorganisationen zusammenschlossen unter Führung des Staates, der von den deutschen nationalen Großgrundbesitzern bekämpft wird und unter Hervorhebung derjenigen wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die der bäuerlichen Tätigkeit besonders eigentümlich sind. Ueberall schlossen sich Organisationen zusammen, die jetzt in dem großen Verband eine ganz andere Stofkraft als bisher besitzen und die Bewegung wurde hinausgetragen in Gebiete, die bisher das unbedrückte Herzschmerzgebiet des Reichslandhundes waren. So sind jetzt Gruppen der Bauernschaft in Pommern, Mitteldeutschland, ja selbst in Brandenburg und Ostpreußen gegründet worden, die im Gegensatz zu den Landbündelparolen das Hauptgewicht auf die Siedlungstätigkeit und auf die Förderung der Interessen der wertvollen Landwirte legen. Es ist interessant zu beobachten, wie in der Deutschen Bauernzeitung die Ernennung des Genossen Krüger zum Staatssekretär im Reichlichen Landwirtschaftsministerium mit großer Begeisterung begrüßt wird, während die Herren von Ur und Halm diese Nachricht mit einer Heißkampagne aufnahmen. Die Bauernbewegung marschiert und schon in den Anfängen ihrer Neuorganisation zeigt sie die deutliche Tendenz einer Opposition gegen die bisherigen Führer der Landwirtschaft, die sich als die allein maßgeblichen bezeichneten und den Vorrang im Staate beanspruchten.

Diese Bauernbewegung ist politisch neutral. Sie kann gar nichts anderes sein, wenn sie das Ziel erreichen will, die gesamte wertvolle Bauernschaft zu sammeln und zur Wahrung ihres eigenen Interesses aufzurufen. Je mehr sie aber danach strebt, desto deutlicher wird auch der Gegensatz zu Tage treten, der sich zwischen dem Bauerntum und dem Großbesitz schon anlässlich der Festschickung gezeigt hat. Die bäuerliche Wirtschaft braucht billige Futtermittel — die Großlandwirtschaft aber verteuert sie durch Schutzzölle. Letztere war es auch, die mit aller Gewalt auf der Erhöhung der Kartoffelzölle bestand, während die eigentümlich bäuerlichen Kreise gar kein so großes Interesse an der Vertierung dieses Brotes der armen Leute hatten. Der Gegensatz zwischen Großgrundbesitz und Bauerntum wird aber noch härter in den Vordergrund treten, wenn erst einmal die Kleinbauernschaft begriffen, daß es die Großlandwirtschaft ist, die durch ihr Verhältnis mit den großindustriellen Schutzländern gerade die Arbeitsbedingungen der kleineren und mittleren Landwirtschaftsbetriebe sorgfältig erschwert hat. Die hohen Zölle auf Industrie-fabrikate, über die bisweilen aus der Landwirtschaft Klage, sind allein ein wesentlicher Teil dieses Schadens, das auf dem Rücken der übrigen Landwirtschaft und auf dem der Bauernschaft lastet. Sobald die kleinen Bauern erkennen, daß im Kampfe gegen eine protektionistische Politik ihre Interessen mit denen der großindustriellen Bauern nicht zusammengehen, dann wird auch in ihren Kreisen die Zeit einer wirtschaftlichen Neuorientierung gekommen sein, die der Landbau mit gutem Grunde fürchtet.

Bauernstand tat zu kurz. Noch taftet er nach einem eigenen Programm. Noch befindet sich die Bewegung erst in den Anfängen. Gleichwohl bedeutete es viel, daß sich die zahlreichen zerstückelten und zum Teil gegenseitig bekämpfenden Bauernorganisationen zusammenschlossen unter Führung des Staates, der von den deutschen nationalen Großgrundbesitzern bekämpft wird und unter Hervorhebung derjenigen wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die der bäuerlichen Tätigkeit besonders eigentümlich sind. Ueberall schlossen sich Organisationen zusammen, die jetzt in dem großen Verband eine ganz andere Stofkraft als bisher besitzen und die Bewegung wurde hinausgetragen in Gebiete, die bisher das unbedrückte Herzschmerzgebiet des Reichslandhundes waren. So sind jetzt Gruppen der Bauernschaft in Pommern, Mitteldeutschland, ja selbst in Brandenburg und Ostpreußen gegründet worden, die im Gegensatz zu den Landbündelparolen das Hauptgewicht auf die Siedlungstätigkeit und auf die Förderung der Interessen der wertvollen Landwirte legen. Es ist interessant zu beobachten, wie in der Deutschen Bauernzeitung die Ernennung des Genossen Krüger zum Staatssekretär im Reichlichen Landwirtschaftsministerium mit großer Begeisterung begrüßt wird, während die Herren von Ur und Halm diese Nachricht mit einer Heißkampagne aufnahmen. Die Bauernbewegung marschiert und schon in den Anfängen ihrer Neuorganisation zeigt sie die deutliche Tendenz einer Opposition gegen die bisherigen Führer der Landwirtschaft, die sich als die allein maßgeblichen bezeichneten und den Vorrang im Staate beanspruchten.

Diese Bauernbewegung ist politisch neutral. Sie kann gar nichts anderes sein, wenn sie das Ziel erreichen will, die gesamte wertvolle Bauernschaft zu sammeln und zur Wahrung ihres eigenen Interesses aufzurufen. Je mehr sie aber danach strebt, desto deutlicher wird auch der Gegensatz zu Tage treten, der sich zwischen dem Bauerntum und dem Großbesitz schon anlässlich der Festschickung gezeigt hat. Die bäuerliche Wirtschaft braucht billige Futtermittel — die Großlandwirtschaft aber verteuert sie durch Schutzzölle. Letztere war es auch, die mit aller Gewalt auf der Erhöhung der Kartoffelzölle bestand, während die eigentümlich bäuerlichen Kreise gar kein so großes Interesse an der Vertierung dieses Brotes der armen Leute hatten. Der Gegensatz zwischen Großgrundbesitz und Bauerntum wird aber noch härter in den Vordergrund treten, wenn erst einmal die Kleinbauernschaft begriffen, daß es die Großlandwirtschaft ist, die durch ihr Verhältnis mit den großindustriellen Schutzländern gerade die Arbeitsbedingungen der kleineren und mittleren Landwirtschaftsbetriebe sorgfältig erschwert hat. Die hohen Zölle auf Industrie-fabrikate, über die bisweilen aus der Landwirtschaft Klage, sind allein ein wesentlicher Teil dieses Schadens, das auf dem Rücken der übrigen Landwirtschaft und auf dem der Bauernschaft lastet. Sobald die kleinen Bauern erkennen, daß im Kampfe gegen eine protektionistische Politik ihre Interessen mit denen der großindustriellen Bauern nicht zusammengehen, dann wird auch in ihren Kreisen die Zeit einer wirtschaftlichen Neuorientierung gekommen sein, die der Landbau mit gutem Grunde fürchtet.

Bauernstand tat zu kurz. Noch taftet er nach einem eigenen Programm. Noch befindet sich die Bewegung erst in den Anfängen. Gleichwohl bedeutete es viel, daß sich die zahlreichen zerstückelten und zum Teil gegenseitig bekämpfenden Bauernorganisationen zusammenschlossen unter Führung des Staates, der von den deutschen nationalen Großgrundbesitzern bekämpft wird und unter Hervorhebung derjenigen wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die der bäuerlichen Tätigkeit besonders eigentümlich sind. Ueberall schlossen sich Organisationen zusammen, die jetzt in dem großen Verband eine ganz andere Stofkraft als bisher besitzen und die Bewegung wurde hinausgetragen in Gebiete, die bisher das unbedrückte Herzschmerzgebiet des Reichslandhundes waren. So sind jetzt Gruppen der Bauernschaft in Pommern, Mitteldeutschland, ja selbst in Brandenburg und Ostpreußen gegründet worden, die im Gegensatz zu den Landbündelparolen das Hauptgewicht auf die Siedlungstätigkeit und auf die Förderung der Interessen der wertvollen Landwirte legen. Es ist interessant zu beobachten, wie in der Deutschen Bauernzeitung die Ernennung des Genossen Krüger zum Staatssekretär im Reichlichen Landwirtschaftsministerium mit großer Begeisterung begrüßt wird, während die Herren von Ur und Halm diese Nachricht mit einer Heißkampagne aufnahmen. Die Bauernbewegung marschiert und schon in den Anfängen ihrer Neuorganisation zeigt sie die deutliche Tendenz einer Opposition gegen die bisherigen Führer der Landwirtschaft, die sich als die allein maßgeblichen bezeichneten und den Vorrang im Staate beanspruchten.

Diese Bauernbewegung ist politisch neutral. Sie kann gar nichts anderes sein, wenn sie das Ziel erreichen will, die gesamte wertvolle Bauernschaft zu sammeln und zur Wahrung ihres eigenen Interesses aufzurufen. Je mehr sie aber danach strebt, desto deutlicher wird auch der Gegensatz zu Tage treten, der sich zwischen dem Bauerntum und dem Großbesitz schon anlässlich der Festschickung gezeigt hat. Die bäuerliche Wirtschaft braucht billige Futtermittel — die Großlandwirtschaft aber verteuert sie durch Schutzzölle. Letztere war es auch, die mit aller Gewalt auf der Erhöhung der Kartoffelzölle bestand, während die eigentümlich bäuerlichen Kreise gar kein so großes Interesse an der Vertierung dieses Brotes der armen Leute hatten. Der Gegensatz zwischen Großgrundbesitz und Bauerntum wird aber noch härter in den Vordergrund treten, wenn erst einmal die Kleinbauernschaft begriffen, daß es die Großlandwirtschaft ist, die durch ihr Verhältnis mit den großindustriellen Schutzländern gerade die Arbeitsbedingungen der kleineren und mittleren Landwirtschaftsbetriebe sorgfältig erschwert hat. Die hohen Zölle auf Industrie-fabrikate, über die bisweilen aus der Landwirtschaft Klage, sind allein ein wesentlicher Teil dieses Schadens, das auf dem Rücken der übrigen Landwirtschaft und auf dem der Bauernschaft lastet. Sobald die kleinen Bauern erkennen, daß im Kampfe gegen eine protektionistische Politik ihre Interessen mit denen der großindustriellen Bauern nicht zusammengehen, dann wird auch in ihren Kreisen die Zeit einer wirtschaftlichen Neuorientierung gekommen sein, die der Landbau mit gutem Grunde fürchtet.

Bauernstand tat zu kurz. Noch taftet er nach einem eigenen Programm. Noch befindet sich die Bewegung erst in den Anfängen. Gleichwohl bedeutete es viel, daß sich die zahlreichen zerstückelten und zum Teil gegenseitig bekämpfenden Bauernorganisationen zusammenschlossen unter Führung des Staates, der von den deutschen nationalen Großgrundbesitzern bekämpft wird und unter Hervorhebung derjenigen wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die der bäuerlichen Tätigkeit besonders eigentümlich sind. Ueberall schlossen sich Organisationen zusammen, die jetzt in dem großen Verband eine ganz andere Stofkraft als bisher besitzen und die Bewegung wurde hinausgetragen in Gebiete, die bisher das unbedrückte Herzschmerzgebiet des Reichslandhundes waren. So sind jetzt Gruppen der Bauernschaft in Pommern, Mitteldeutschland, ja selbst in Brandenburg und Ostpreußen gegründet worden, die im Gegensatz zu den Landbündelparolen das Hauptgewicht auf die Siedlungstätigkeit und auf die Förderung der Interessen der wertvollen Landwirte legen. Es ist interessant zu beobachten, wie in der Deutschen Bauernzeitung die Ernennung des Genossen Krüger zum Staatssekretär im Reichlichen Landwirtschaftsministerium mit großer Begeisterung begrüßt wird, während die Herren von Ur und Halm diese Nachricht mit einer Heißkampagne aufnahmen. Die Bauernbewegung marschiert und schon in den Anfängen ihrer Neuorganisation zeigt sie die deutliche Tendenz einer Opposition gegen die bisherigen Führer der Landwirtschaft, die sich als die allein maßgeblichen bezeichneten und den Vorrang im Staate beanspruchten.

Diese Bauernbewegung ist politisch neutral. Sie kann gar nichts anderes sein, wenn sie das Ziel erreichen will, die gesamte wertvolle Bauernschaft zu sammeln und zur Wahrung ihres eigenen Interesses aufzurufen. Je mehr sie aber danach strebt, desto deutlicher wird auch der Gegensatz zu Tage treten, der sich zwischen dem Bauerntum und dem Großbesitz schon anlässlich der Festschickung gezeigt hat. Die bäuerliche Wirtschaft braucht billige Futtermittel — die Großlandwirtschaft aber verteuert sie durch Schutzzölle. Letztere war es auch, die mit aller Gewalt auf der Erhöhung der Kartoffelzölle bestand, während die eigentümlich bäuerlichen Kreise gar kein so großes Interesse an der Vertierung dieses Brotes der armen Leute hatten. Der Gegensatz zwischen Großgrundbesitz und Bauerntum wird aber noch härter in den Vordergrund treten, wenn erst einmal die Kleinbauernschaft begriffen, daß es die Großlandwirtschaft ist, die durch ihr Verhältnis mit den großindustriellen Schutzländern gerade die Arbeitsbedingungen der kleineren und mittleren Landwirtschaftsbetriebe sorgfältig erschwert hat. Die hohen Zölle auf Industrie-fabrikate, über die bisweilen aus der Landwirtschaft Klage, sind allein ein wesentlicher Teil dieses Schadens, das auf dem Rücken der übrigen Landwirtschaft und auf dem der Bauernschaft lastet. Sobald die kleinen Bauern erkennen, daß im Kampfe gegen eine protektionistische Politik ihre Interessen mit denen der großindustriellen Bauern nicht zusammengehen, dann wird auch in ihren Kreisen die Zeit einer wirtschaftlichen Neuorientierung gekommen sein, die der Landbau mit gutem Grunde fürchtet.

Bauernstand tat zu kurz. Noch taftet er nach einem eigenen Programm. Noch befindet sich die Bewegung erst in den Anfängen. Gleichwohl bedeutete es viel, daß sich die zahlreichen zerstückelten und zum Teil gegenseitig bekämpfenden Bauernorganisationen zusammenschlossen unter Führung des Staates, der von den deutschen nationalen Großgrundbesitzern bekämpft wird und unter Hervorhebung derjenigen wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die der bäuerlichen Tätigkeit besonders eigentümlich sind. Ueberall schlossen sich Organisationen zusammen, die jetzt in dem großen Verband eine ganz andere Stofkraft als bisher besitzen und die Bewegung wurde hinausgetragen in Gebiete, die bisher das unbedrückte Herzschmerzgebiet des Reichslandhundes waren. So sind jetzt Gruppen der Bauernschaft in Pommern, Mitteldeutschland, ja selbst in Brandenburg und Ostpreußen gegründet worden, die im Gegensatz zu den Landbündelparolen das Hauptgewicht auf die Siedlungstätigkeit und auf die Förderung der Interessen der wertvollen Landwirte legen. Es ist interessant zu beobachten, wie in der Deutschen Bauernzeitung die Ernennung des Genossen Krüger zum Staatssekretär im Reichlichen Landwirtschaftsministerium mit großer Begeisterung begrüßt wird, während die Herren von Ur und Halm diese Nachricht mit einer Heißkampagne aufnahmen. Die Bauernbewegung marschiert und schon in den Anfängen ihrer Neuorganisation zeigt sie die deutliche Tendenz einer Opposition gegen die bisherigen Führer der Landwirtschaft, die sich als die allein maßgeblichen bezeichneten und den Vorrang im Staate beanspruchten.

Diese Bauernbewegung ist politisch neutral. Sie kann gar nichts anderes sein, wenn sie das Ziel erreichen will, die gesamte wertvolle Bauernschaft zu sammeln und zur Wahrung ihres eigenen Interesses aufzurufen. Je mehr sie aber danach strebt, desto deutlicher wird auch der Gegensatz zu Tage treten, der sich zwischen dem Bauerntum und dem Großbesitz schon anlässlich der Festschickung gezeigt hat. Die bäuerliche Wirtschaft braucht billige Futtermittel — die Großlandwirtschaft aber verteuert sie durch Schutzzölle. Letztere war es auch, die mit aller Gewalt auf der Erhöhung der Kartoffelzölle bestand, während die eigentümlich bäuerlichen Kreise gar kein so großes Interesse an der Vertierung dieses Brotes der armen Leute hatten. Der Gegensatz zwischen Großgrundbesitz und Bauerntum wird aber noch härter in den Vordergrund treten, wenn erst einmal die Kleinbauernschaft begriffen, daß es die Großlandwirtschaft ist, die durch ihr Verhältnis mit den großindustriellen Schutzländern gerade die Arbeitsbedingungen der kleineren und mittleren Landwirtschaftsbetriebe sorgfältig erschwert hat. Die hohen Zölle auf Industrie-fabrikate, über die bisweilen aus der Landwirtschaft Klage, sind allein ein wesentlicher Teil dieses Schadens, das auf dem Rücken der übrigen Landwirtschaft und auf dem der Bauernschaft lastet. Sobald die kleinen Bauern erkennen, daß im Kampfe gegen eine protektionistische Politik ihre Interessen mit denen der großindustriellen Bauern nicht zusammengehen, dann wird auch in ihren Kreisen die Zeit einer wirtschaftlichen Neuorientierung gekommen sein, die der Landbau mit gutem Grunde fürchtet.

Bauernstand tat zu kurz. Noch taftet er nach einem eigenen Programm. Noch befindet sich die Bewegung erst in den Anfängen. Gleichwohl bedeutete es viel, daß sich die zahlreichen zerstückelten und zum Teil gegenseitig bekämpfenden Bauernorganisationen zusammenschlossen unter Führung des Staates, der von den deutschen nationalen Großgrundbesitzern bekämpft wird und unter Hervorhebung derjenigen wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die der bäuerlichen Tätigkeit besonders eigentümlich sind. Ueberall schlossen sich Organisationen zusammen, die jetzt in dem großen Verband eine ganz andere Stofkraft als bisher besitzen und die Bewegung wurde hinausgetragen in Gebiete, die bisher das unbedrückte Herzschmerzgebiet des Reichslandhundes waren. So sind jetzt Gruppen der Bauernschaft in Pommern, Mitteldeutschland, ja selbst in Brandenburg und Ostpreußen gegründet worden, die im Gegensatz zu den Landbündelparolen das Hauptgewicht auf die Siedlungstätigkeit und auf die Förderung der Interessen der wertvollen Landwirte legen. Es ist interessant zu beobachten, wie in der Deutschen Bauernzeitung die Ernennung des Genossen Krüger zum Staatssekretär im Reichlichen Landwirtschaftsministerium mit großer Begeisterung begrüßt wird, während die Herren von Ur und Halm diese Nachricht mit einer Heißkampagne aufnahmen. Die Bauernbewegung marschiert und schon in den Anfängen ihrer Neuorganisation zeigt sie die deutliche Tendenz einer Opposition gegen die bisherigen Führer der Landwirtschaft, die sich als die allein maßgeblichen bezeichneten und den Vorrang im Staate beanspruchten.

Diese Bauernbewegung ist politisch neutral. Sie kann gar nichts anderes sein, wenn sie das Ziel erreichen will, die gesamte wertvolle Bauernschaft zu sammeln und zur Wahrung ihres eigenen Interesses aufzurufen. Je mehr sie aber danach strebt, desto deutlicher wird auch der Gegensatz zu Tage treten, der sich zwischen dem Bauerntum und dem Großbesitz schon anlässlich der Festschickung gezeigt hat. Die bäuerliche Wirtschaft braucht billige Futtermittel — die Großlandwirtschaft aber verteuert sie durch Schutzzölle. Letztere war es auch, die mit aller Gewalt auf der Erhöhung der Kartoffelzölle bestand, während die eigentümlich bäuerlichen Kreise gar kein so großes Interesse an der Vertierung dieses Brotes der armen Leute hatten. Der Gegensatz zwischen Großgrundbesitz und Bauerntum wird aber noch härter in den Vordergrund treten, wenn erst einmal die Kleinbauernschaft begriffen, daß es die Großlandwirtschaft ist, die durch ihr Verhältnis mit den großindustriellen Schutzländern gerade die Arbeitsbedingungen der kleineren und mittleren Landwirtschaftsbetriebe sorgfältig erschwert hat. Die hohen Zölle auf Industrie-fabrikate, über die bisweilen aus der Landwirtschaft Klage, sind allein ein wesentlicher Teil dieses Schadens, das auf dem Rücken der übrigen Landwirtschaft und auf dem der Bauernschaft lastet. Sobald die kleinen Bauern erkennen, daß im Kampfe gegen eine protektionistische Politik ihre Interessen mit denen der großindustriellen Bauern nicht zusammengehen, dann wird auch in ihren Kreisen die Zeit einer wirtschaftlichen Neuorientierung gekommen sein, die der Landbau mit gutem Grunde fürchtet.

Bauernstand tat zu kurz. Noch taftet er nach einem eigenen Programm. Noch befindet sich die Bewegung erst in den Anfängen. Gleichwohl bedeutete es viel, daß sich die zahlreichen zerstückelten und zum Teil gegenseitig bekämpfenden Bauernorganisationen zusammenschlossen unter Führung des Staates, der von den deutschen nationalen Großgrundbesitzern bekämpft wird und unter Hervorhebung derjenigen wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die der bäuerlichen Tätigkeit besonders eigentümlich sind. Ueberall schlossen sich Organisationen zusammen, die jetzt in dem großen Verband eine ganz andere Stofkraft als bisher besitzen und die Bewegung wurde hinausgetragen in Gebiete, die bisher das unbedrückte Herzschmerzgebiet des Reichslandhundes waren. So sind jetzt Gruppen der Bauernschaft in Pommern, Mitteldeutschland, ja selbst in Brandenburg und Ostpreußen gegründet worden, die im Gegensatz zu den Landbündelparolen das Hauptgewicht auf die Siedlungstätigkeit und auf die Förderung der Interessen der wertvollen Landwirte legen. Es ist interessant zu beobachten, wie in der Deutschen Bauernzeitung die Ernennung des Genossen Krüger zum Staatssekretär im Reichlichen Landwirtschaftsministerium mit großer Begeisterung begrüßt wird, während die Herren von Ur und Halm diese Nachricht mit einer Heißkampagne aufnahmen. Die Bauernbewegung marschiert und schon in den Anfängen ihrer Neuorganisation zeigt sie die deutliche Tendenz einer Opposition gegen die bisherigen Führer der Landwirtschaft, die sich als die allein maßgeblichen bezeichneten und den Vorrang im Staate beanspruchten.

Diese Bauernbewegung ist politisch neutral. Sie kann gar nichts anderes sein, wenn sie das Ziel erreichen will, die gesamte wertvolle Bauernschaft zu sammeln und zur Wahrung ihres eigenen Interesses aufzurufen. Je mehr sie aber danach strebt, desto deutlicher wird auch der Gegensatz zu Tage treten, der sich zwischen dem Bauerntum und dem Großbesitz schon anlässlich der Festschickung gezeigt hat. Die bäuerliche Wirtschaft braucht billige Futtermittel — die Großlandwirtschaft aber verteuert sie durch Schutzzölle. Letztere war es auch, die mit aller Gewalt auf der Erhöhung der Kartoffelzölle bestand, während die eigentümlich bäuerlichen Kreise gar kein so großes Interesse an der Vertierung dieses Brotes der armen Leute hatten. Der Gegensatz zwischen Großgrundbesitz und Bauerntum wird aber noch härter in den Vordergrund treten, wenn erst einmal die Kleinbauernschaft begriffen, daß es die Großlandwirtschaft ist, die durch ihr Verhältnis mit den großindustriellen Schutzländern gerade die Arbeitsbedingungen der kleineren und mittleren Landwirtschaftsbetriebe sorgfältig erschwert hat. Die hohen Zölle auf Industrie-fabrikate, über die bisweilen aus der Landwirtschaft Klage, sind allein ein wesentlicher Teil dieses Schadens, das auf dem Rücken der übrigen Landwirtschaft und auf dem der Bauernschaft lastet. Sobald die kleinen Bauern erkennen, daß im Kampfe gegen eine protektionistische Politik ihre Interessen mit denen der großindustriellen Bauern nicht zusammengehen, dann wird auch in ihren Kreisen die Zeit einer wirtschaftlichen Neuorientierung gekommen sein, die der Landbau mit gutem Grunde fürchtet.

Bauernstand tat zu kurz. Noch taftet er nach einem eigenen Programm. Noch befindet sich die Bewegung erst in den Anfängen. Gleichwohl bedeutete es viel, daß sich die zahlreichen zerstückelten und zum Teil gegenseitig bekämpfenden Bauernorganisationen zusammenschlossen unter Führung des Staates, der von den deutschen nationalen Großgrundbesitzern bekämpft wird und unter Hervorhebung derjenigen wirtschaftlichen Gesichtspunkte, die der bäuerlichen Tätigkeit besonders eigentümlich sind. Ueberall schlossen sich Organisationen zusammen, die jetzt in dem großen Verband eine ganz andere Stofkraft als bisher besitzen und die Bewegung wurde hinausgetragen in Gebiete, die bisher das unbedrückte Herzschmerzgebiet des Reichslandhundes waren. So sind jetzt Gruppen der Bauernschaft in Pommern, Mitteldeutschland, ja selbst in Brandenburg und Ostpreußen gegründet worden, die im Gegensatz zu den Landbündelparolen das Hauptgewicht auf die Siedlungstätigkeit und auf die Förderung der Interessen der wertvollen Landwirte legen. Es ist interessant zu beobachten, wie in der Deutschen Bauernzeitung die Ernennung des Genossen Krüger zum Staatssekretär im Reichlichen Landwirtschaftsministerium mit großer Begeisterung begrüßt wird, während die Herren von Ur und Halm diese Nachricht mit einer Heißkampagne aufnahmen. Die Bauernbewegung marschiert und schon in den Anfängen ihrer Neuorganisation zeigt sie die deutliche Tendenz einer Opposition gegen die bisherigen Führer der Landwirtschaft, die sich als die allein maßgeblichen bezeichneten und den Vorrang im Staate beanspruchten.

Diese Bauernbewegung ist politisch neutral. Sie kann gar nichts anderes sein, wenn sie das Ziel erreichen will, die gesamte wertvolle Bauernschaft zu sammeln und zur Wahrung ihres eigenen Interesses aufzurufen.

Aleine Breslauer Nachrichten.

Die Zuführung des Stadtgrabenwassers zwischen Ohlauer und Klosterstraße (vom Ringe aus linker Hand) ist gegenwärtig auf einige Zeit ausgesetzt worden. Man will jetzt daran gehen, Rohre einzubetten, durch welche das Wasser des Stadtgrabens, das hier Zufluss von der Ober erhält, hindurch geleitet wird. Es sollen aber auch Verhandlungen darüber im Gange sein, ob es nicht zweckmäßiger wäre, die gegenüber liegende Westseite durch Zuführung des Stadtgrabens gleich mit zu versorgen, wozu man bis jetzt noch keinerlei Anstalten getroffen hat. Auf jeden Fall wird durch die Ausschüttungsarbeiten, die wohl in Kürze wieder fortgesetzt werden dürften, und zwar durch Holzkohlearbeiter, eine „gefährliche Ecke“ beseitigt.

Neue Schnellzugverbindungen. Acht FD-Züge der deutschen Reichsbahn: die vier kreuzförmig von Berlin nach Frankfurt—Helmstedt, Essen—Köln, Hamburg und München gehenden und die vier Querverbindungen Holland—München haben jetzt ihren Namen erhalten. Die Reichsbahn hat durch ein Preisauschreiben vollständige, einprägsame Namen an Stelle der bloßen Zahlenbenennungen im bisherigen Fahrplan suchen lassen. Jetzt wird das Ergebnis veröffentlicht. Nach der Entscheidung des Preisgerichts werden die Züge folgende auch in alle Fahrpläne und Auswüchse aufzunehmende Namen tragen: Berlin—Frankfurt am Main—Helmstedt, FD 8/5; Rhein-Ruhr-Expres, Berlin—Essen—Köln, FD 22/21; Rhein-Ruhr-Expres, Berlin—Hamburg, FD 24/23; Hamburg-Expres, Berlin—München, FD 80/79; Harz-Expres, Holland—Berlin, FD 111/112; Holland-Expres, (Holland)—Denabrid—Hamburg, FD 211/212; Hansa-Expres, Holland—Bafel, FD 164/163; Helvetia-Expres, Holland—

München über Frankfurt a. M.—München, FD 264/263; Danubia-Expres. Unter den Preissträgern befindet sich Rudolph Sanitz, Breslau, der einen ersten Preis von 500 Mark erhielt. Diese acht neuen Expres-Züge werden also als solche fortan in sämtlichen Kursbüchern die amtliche Bezeichnung als Expres-Züge führen. Es scheint jedoch niemand daran gedacht zu haben, daß diese durchgehenden Fernverbindungen nach dem Südosten bis hinunter nach dem Balkan nicht nur heute in dem von der Deutschen Reichsbahn so oft empfohlenen amtlichen Kartenfahrplan enthalten sind, sondern daß diese Verbindungen auch bereits früher bestanden haben und die Verbindung von Berlin über Breslau und Oberberg nach dem Balkan sogar historischer Natur ist. Ein Balkan-Expres hätte so manchen Kretzen in Deutschland, die Schienen nur aus Phantasie kennen hätte so manchen reisenden Ausländer beim Studium des Kursbuches darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschland einen Osten hat, der Schienen betrifft, nach wie vor ein wichtiges Glied im Wirtschaftslieben und auch besonders im internationalen Verkehr bildet.

Familientragödie. Im Hause Osener Straße 80 spielte sich am Sonntag mittag 2 Uhr eine blutige Tragödie ab. Dort wohnt eine in Nieder-Hermisdorf bei Waldenburg mit einem Bergmann Heise verheiratete Frau mit einem vierjährigen Kinde. Die Frau konnte es bei ihrem Manne wegen seiner zeitweise auftretenden nervösen Störungen, bei denen er sie öfter mit dem Tode bedrohte, nicht aushalten und wollte sich scheiden lassen. Am gestrigen Sonntag erschien der Mann vor dem Hause Osener Straße 80, um die Frau mit zu sich nach Nieder-Hermisdorf zu nehmen. Die Frau erklärte ihm aber, er solle den Scheidetermin abwarten. Er wollte sich aber damit nicht einverstanden erklären.

Wie die Frau nun mit ihrer Schwester sich nach der im dritten Stock liegenden Wohnung begeben wollte, packte er sie und wirgte sie auf dem Treppenhof, zog aus der Tasche ein gewöhnliches Küchenmesser und stach seine Ehefrau in den Kopf. Auf das Geschrei der Frauen kamen die Hausbewohner herbei, und der Mann ließ von seiner Frau ab. Aus Furcht wohl darüber, daß er die Frau nicht umbringen konnte nahm er das Küchenmesser und schnitt sich unter vielen Anstrengungen die Kehle durch. Blut überströmte brach er im Hausflur zusammen. Ein Krankenautoschaffte ihn nach dem Wenzel-Hande-Krankenhaus. Die Frau wurde im Krankenhaus Beihauten verbunden.

In der Ober ertrunken ist gestern Nachmittag der 16jährige Kaufmannslehrling Herbert Kuppel, Augustastr. 47 wohnhaft. Die Leiche konnte bisher nicht gefunden werden.

Gelandete Leiche. In einer am 22. Juli aus der Ober gelandeten Leiche wurde der Lehrling Morgenroth von Selentstraße wiedererkannt, der kürzlich beim Baden ertrunken ist.

Gestohlen wurde am 5. Juli eine gelblich-rot gefärbte Geige. Dieselbe trägt die Bezeichnung „Stradivari-Kopie“, außerdem weist die Geige unter dem Saitenfest einen kleinen Sprung auf, der gleichfalls entwendete vieredrige, mit grünlicher Zelleinwand überzogene Geigenfäden ist mit blauem Wachs ausgeglichen. Wert der Geige 20 000 Mark. Zweckdienliche Angaben erbittet das Polizeipräsidium, Zimmer 55.

Warnung vor einem Schwindler, welcher Waren kauft, und als Zahlung einen Scheck der Niederlausitzer Bank in Cottbus auf den Namen Paul Warnede, auch Paul Warnede ausstellt. Nachricht wird erbeten nach der Betrugsdienststelle, Zimmer 3, Schühbrücke 27.

New mown Hay

die neue einzigartige

Cigarette der vornehmen Welt

Weiße Packung 6 Pl. * Silber-Packung: Select 8 Pl.

Zu haben in folgenden Geschäften:

- Adalbertstraße 50 Köhler, Kurt
- Albrechtstraße 39 Kluska, Paul
- Auguststraße 31 Janetzky, Hans
- Auguststraße 31 Kohlbecker, Xaver
- Auguststraße 86 Krebs, Adolf
- Auguststraße 143 Kayser, Alfred
- Bismarckstraße 38 Höpner, Richard
- Bücherplatz 1 Ludwig, Reinhold
- Bohrer Straße 14 Scholz, Hermann
- Bohrer Straße 33 Radtke, Curt
- Bohrer Straße 51 Binder, Marie
- Bohrer Straße 78 Keczka, Emma
- Breite Straße 3 Mittmann, Richard
- Brüderstraße 61 Lindner, Richard
- Brüderstraße 81 Hampel, Rudolf
- Frankfurter Straße 163 Fränkelpf. Walter
- Fränkelpf. 1 Becker, Curt
- Freiburger Straße 3 Milde, Max
- Gabitzstraße 7 Zedler, Robert
- Gartenstraße 47 Ebert, Willy

Zu haben in folgenden Geschäften:

- Gartenstraße 53/55 Pringsheim N., Inh. Franz Sobitzki
- Garvestraße 2 Sopoth, Paula
- Goethestraße 111/113 Detke, Carl
- Gräbchener Straße 58 Spingarn, Bruno
- Gräbchener Straße 170c von Brunn, Eugen
- Große Groschengasse 14 Iahn, Martha
- Gustav-Freytag-Straße 25 Mai, Kurt
- Höfchenstraße 45 Zeisberg, Heinrich
- Hubenstraße 80 Janneck, Wilhelm
- Hubenstraße 116 Kayser, Alfred
- Junkerstraße 13 Reuter, J. A.
- Kaiserstraße 17 Cador, Heinrich
- Kaiserstraße 92 Kruber, Emil
- Kaiser-Wilhelm-Straße 2 Blaschke, Fritz
- Kaiser-Wilhelm-Straße 29 Baumgarten, Carl
- Kaiser-Wilhelm-Straße 64 Baumgarten, Carl
- Kantstraße 4 Patzschka, Georg
- Klettschhausstraße 14 Schulz, Max
- Lehmdamm 4 Sopoth, Paula
- Lehmgrubenstraße 43 Köhler, Felix

Zu haben in folgenden Geschäften:

- Lehmgrubenstraße 73 Dittmann, Gustav
- Lessingstraße 19 Sachs, Hans Hermann
- Lewaldstraße 29 Franek, Valentin
- Lohstraße 36 Schütz, Carl
- Lohstraße 43 Müller, Erich
- Lohstraße 52 Laske, Paul
- Matthiasstraße 16 Ochojaky, Emil
- Matthiasstraße 95 Just, Fritz
- Mauritiusstraße 14 Skamel, Conrad
- Neudorfstraße 15 Grammel, Richard
- Neudorfstraße 92 Baumgarten, Carl
- Neue Sandstraße 9 Mihatsch, Eduard
- Neue Schweidnitzer Str. 2 Sagawe, Clara
- Neue Schweidnitzer Str. 19 Herrmann, Curt
- Neue Taschenstraße 16 Gajewsky, Paul
- Neue Taschenstraße 32 Giebel & Jandke
- Neumarkt 12 Janetzky, Hans
- Nikolaistraße 22 Schirduan, Max
- Oderstraße 35 Scholz, Amalie
- Ohlauer Straße 48 Diekmann, Albert

Zu haben in folgenden Geschäften:

- Opitzstraße 20 Kobi, A.
- Reuschenstraße 37/38 Peterallie, Max
- Reuschenstraße 47/48 Stillmann, J.
- Scheitner Straße 10 Barczik, Johann
- Sternstraße 75 Christ, Emanuel
- Sternstraße 142 Berger, Otto
- Taschenstraße 9 Meja, Gertrud
- Tautenzienstraße 61 Giehmann, Alfons
- Tautenzienstraße 113 Scheliga, Gertrud
- Tautenzienstraße 167 Poppe-Gelrich, Gertrud
- Tautenzienstraße 171 Schweigert, Erica
- Tautenzienstraße 190 Obrušnik, Leo
- Teichstraße 11 Feierabend, Paul
- Tiergartenstraße 26 Spingarn, Bruno
- Tiergartenstraße 71 Lorke, M.
- Trebnitzer Straße 60 Matwald, Georg
- Universitätsplatz 12 Landerer, Hermann
- Weidenstraße 21 Reimann, Robert
- Weinstraße 60 Wachsmann, Hermann
- Weidenburger Platz 7 Sperlich, Paul

Vertretung und Lager: Jean Scholl, Breslau, Fürstenstraße 102, Fernruf: Ohle 8291

Familien-Anzeigen

Am 21. Juli verschied sanft nach schwerem Leiden unser Mitbewohner, der Gastwirt

Herr Max Heinrich

im Alter von 52 Jahren.

Sein biederer Wesen sichert bei uns ein dauerndes Andenken.

Die Wirtin und die Mieter des Hauses Anderssenstraße Nr. 39.

Die Einäscherung findet Dienstag, den 26. Juli, vormittags 11 Uhr, im Krematorium in Gräbchen statt.

Am Donnerstag, den 21. Juli 1927, abends 7 1/2 Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber Mann; unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der

Gastwirt

Max Heinrich.

Breslau, den 22. Juli 1927

Im Namen aller Hinterbliebenen

Die trauernde Gattin

Helene Heinrich

geb. Bochinsky.

Die Einäscherung findet Dienstag, den 26. Juli, vormittags 11 Uhr, im Krematorium Gräbchen statt.

Nach längerer Krankheit verstarb am Sonnabend, den 23. Juli unser werter Kollege, der Maschinenarbeiter

August Reim

im Alter von 53 Jahren.

Sein aufrichtiger Charakter und seine Kollegialität werden uns unvergänglich bleiben.

Die Kollegen der Firma **Michael Kallekt**

Die Beerdigung findet Dienstag, den 26. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St. Bernhard-Friedhofes in Dürrgoy aus statt.

Trauerhaus: Löschstraße 31.

Am Donnerstag, den 21. Juli, verstarben infolge eines Bootsunfalles auf dem Bodensee, die

Opernsängerin

Frau Wilhelmine Folkner

welche dem hiesigen Stadttheater seit 1922 angehörte, sowie

Frau Wörle

die Gattin des Opernsängers Willi Wörle.

Das Andenken der so jäh aus dem Leben Gerissenen wird stets in Ehren gehalten werden.

Breslau, den 25. Juli 1927.

Die Generalintendantz des Stadttheaters Breslau.

Deutscher Metallarbeiterverband.

Am Donnerstag, den 21. Juli, abends 7 1/2 Uhr, verstarb unser Freund und Verbandkollege, der Presser

Max Heinrich

im Alter von 52 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungskasse Breslau.

Die Einäscherung findet Dienstag, den 26. Juli, vormittags 11 Uhr, im Krematorium in Gräbchen statt.

Am 21. Juli verschied nach schwerem Leiden, unser langjähriger Genosse, der Gastwirt unseres Distriktslokals

Max Heinrich

im Alter von 52 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungskasse Breslau.

Die Einäscherung findet Dienstag, den 26. Juli, vorm. 11 Uhr, im Krematorium in Gräbchen.

Am 21. Juli verschied unser lieber Freund und Vereinskollege, der Gastwirt

Max Heinrich

Sein Andenken werden stets in Ehren gehalten

Die Mitglieder der Verwaltungskasse Breslau

Die Einäscherung findet Dienstag, den 26. Juli, vorm. 11 Uhr, im Krematorium in Gräbchen statt.

Die Volkshule als Einheitshule

Von Dr. Max Apel.

Schülerinnen werden von der Expedition vieler Blätter kopiert und kostenlos abgegeben.

Deutscher Holzarbeiterverband.

Am 23. Juli verschied plötzlich unser Freund und Verbandkollege, der Maschinenarbeiter

August Reim

im Alter von 53 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungskasse Breslau.

Beerdigung: Dienstag, den 26. Juli, nachm. 3 Uhr, von der Halle des St. Bernhard-Friedhofes.

Deutscher Verkehrsband.

Am 21. Juli verstarb unser werter Mitglied, der Kaufmann

Alfred Stähr

im Alter von 35 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden ihm stets bewahren

Die Mitglieder der Verwaltungskasse Breslau (Abteilung Geschäftsleute).

Beerdigung: Montag, den 25. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle 2, des Urhitzer Friedhofes.

Am Sonnabend, den 23. Juli, verschied nach langem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager, Großvater, Schwiegervater und Onkel, der

Maschinenarbeiter

August Reim

im Alter von 53 Jahren.

Dies zeigt schmerzhaft an als Ehefrau

Anna Reim, geb. Knauer

nebst Kindern.

Beerdigung findet Dienstag, den 26. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Bernhard-Friedhofes in Dürrgoy statt.

Dr. Richard Cohn

Ein Andenken für verstorbenen Kameraden.

Preis nur 60 Pf., Ausgabe 10 Pf. Porto.

Vollständig durchgeführte (Kameraden) (Kameraden) (Kameraden)

Preis nur 10 Pf., Ausgabe 10 Pf. Porto.

Wie der Weltkrieg entstand.

Das amtliche Aftenmaterial und die Randbemerkungen des Kaisers

180 Seiten Preis nur 60 Pf.

Vollständig - Buchhandlung.

Zurückgekehrt

Sau-Rat

Dr. Richard Cohn

Frauenarzt 4287

Matthiasplatz 20.

Ehrender Verdienst

durch Einrichtung eines

Kellergelächtes.

Waren nicht nötig für Waren

290-600 Mark erforderlich. Offerten unter D. G. 7925 befristet Rudolf Mosse, Dresden.

Roburagen

Henirige Stube

und Nebenzimmer im Zentrum

zu tauschen gegen größtes

Offert. und 200 Boitsmacht

buchhandlg., K. Grunpferstr. 6.

Rauigelade

Herrenrad

(gebaut) von Spezial

hersteller gefertigt. Offert. und

Preis unter 725 an die

Gewerkschaftsbewegung.

Tom Shaws Indienbericht.

Der Führer der internationalen Textilarbeiterdelegation, im Herbst 1926 und Frühjahr 1927 eine Studienreise durch Indien machte, hat seinen Bericht über die Lage der dortigen Textilarbeiter...

Tom Shaw vergleicht in erster Linie die Verhältnisse in der indischen Textilindustrie mit den englischen Verhältnissen. Früher wurden 80 Prozent der exportierten Baumwollgewebe nach Indien verschifft...

Das Lebensmittelbudget des indischen Textilarbeiters ist bedeutend geringer als das des englischen Baumwollarbeiters. Obwohl der indische Arbeiter gewohnt ist, weitaus weniger Nahrung zu verzehren als der europäische Arbeiter...

Besonders erschreckend ist der Unterschied in den Wohnverhältnissen. Das Wohnungswesen des indischen Textilarbeiters spottet jeder Beschreibung. Wohl haben einzelne Unternehmer in der Nähe von Fabriken Wohnungen errichten lassen...

Der Organisationsmangel an Schulbildung im Wege. Die beherrschende Vernachlässigung, die sich die britischen und einheimischen Regierungen bei der Fürsorge für die Bildung des Volkes haben zu schulden kommen lassen...

Das beste Zeichen für das indische Volk wäre der Schulzwang für alle Kinder. Man vergegenwärtige sich: weniger als 3 Prozent der 247 Millionen Menschen in Britisch-Indien genießen eine Volksschulbildung. Ohne allgemeine Schulbildung kein Aufstieg der indischen Textilarbeiter...

Sie gehen schon wieder pleite.

Die schwerindustrielle Presse bringt im Anschluß an die Bekanntgabe der Verordnung des Reichsarbeitsministers über die Neuregelung der Arbeitszeit in den letzten und Walzwerken lange Veremthelungen über die finanzielle Auswirkung der Arbeitszeitverkürzung. Dazu bemerkt die „Frankfurter Zeitung“: „Die Eisenindustrie hat zu einer Zeit, in der sie schwer um die Wiederherstellung ihrer Rentabilität ringen mußte und die Stabilisierungsstrategie eine gründliche Rationalisierungsaktion zu überwinden suchte, mit Recht gefordert, daß man ihr eine Atempause verweigern möge, ehe ihr neue Belastungen aufgebürdet würden.“

Die hauptgewerblichen Unternehmer sind, obwohl sie beim Reichsarbeitsministerium mit ihrer Forderung, eine Schlichterkammer bilden zu lassen, um einen Schiedsspruch über die künftige Arbeitszeit im Baugewerbe herbeizuführen, abgesehen sind, abermals beim Ministerium in der gleichen Richtung vorstellig geworden. Die Antwort des Ministeriums steht, wie wir hören, noch aus. Das ist, wie gegenüber irtümlichen Meldungen festgestellt werden muß, der augenblickliche Stand der Dinge.

Das Reichsarbeitsministerium gegen die Bauangestellten.

Das Reichsarbeitsministerium hat sich, wie der am Donnerstag gefällte Schiedsspruch für das Baugewerbe zeigt, die für die Angestellten besonders ungünstige Auslegung der neuen Arbeitszeitverordnung im vollen Umfang zu eigen gemacht. Trotzdem es in der Arbeitszeitverordnung heißt, daß den Arbeitnehmern, wenn von ihnen Mehrarbeit verlangt wird, dafür eine angemessene Vergütung über den Lohn für die regelmäßige Arbeitszeit hinaus zuzusetzen und trotzdem der Manteltarif vorsteht, daß die regelmäßige Arbeitszeit an Werktagen acht und an Sonnabenden sechs Stunden betragen soll, hat der vom Reichsarbeitsminister eingesehene Schlichter dennoch einen Spruch gefällt, wonach die Bauangestellten bis zu 51 Arbeitsstunden wöchentlich die Arbeitskraft ihrer Angestellten in Anspruch nehmen können, ohne für die über die 49. Arbeitsstunde hinaus gehende Mehrarbeit mehr als den vierten Teil = 25 Prozent des normalen Stundenlohnes pro Stunde zahlen zu brauchen.

Der Schlichter kam zu diesem Resultate, weil der Manteltarif den Bauangestellten bisher gestatte, bis zu 51 Arbeitsstunden in der Woche in Ausnahmefällen die Angestellten beschäftigen zu dürfen, ohne daß dafür eine besondere Bezahlung eintrat. Gerade dieser Zustand sollte durch die Arbeitszeitverordnung beseitigt werden. Die Abhilfe des Reichsarbeitsministers sorgt nun dafür, daß die Bauangestellten auch in Zukunft in der Lage sind, dem Angestellten, der beispielsweise monatlich 250 Reichsmark verdient, an sämtlichen Werktagen außer Sonnabend fast acht neun Arbeitsstunden zu beschäftigen und ihm dann am Wochenende für diese Mehrarbeit fast wie bisher nichts, ganze 1,50 Reichsmark auszuhändigen.

Dieser Schiedsspruch kann, wie so manche andere Maßnahmen des Arbeitsministers, unmöglich das letzte Wort im Kampf gegen die Heberarbeit im Baugewerbe sein. Das Arbeitszeitgesetz vom 15. April 1927 ist ein schlechtes Gesetz. Schlechter aber noch als das Gesetz sind die Auslegungsmethoden, die die Schlichtungsbürokratie unter dem Einfluß des Reichsarbeitsministeriums dem Gesetz zuteil werden läßt.

Erfolgreicher Abschluß des Arbeiterkampfes in der westfälischen Textilindustrie.

In der mittel- und westfälischen Textilindustrie ist ein wochenlanger Arbeitskampf mit einem Erfolg für die Arbeitnehmer abgeschlossen worden. Der Schiedsspruch, der eine 48stündige Arbeitswoche vorsah, und dem Arbeitgeber das Recht einräumte, darüber hinaus drei Stunden pro Woche bei einem Zuschlag von 25 Prozent arbeiten zu lassen, ist vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden. Die Arbeitgeber hatten den Schiedsspruch abgelehnt, die Arbeitnehmer hatten ihn angenommen und Verbindlichkeitserklärung beantragt. In die Neuregelung werden rund 200 000 Textilarbeiter einbezogen.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau.

Baudelegierte und Vertreter! Für die vom 25. bis 30. Juli stattfindende Jubiläumstagung sind die Fragebogen umgehend im Büro abzuholen, bis 30. Juli auszufüllen und abzugeben. Keine Bauskelle darf fehlen. Näheres siehe „Grundstein“ Nummer 30 vom 23. Juli Seite 247. Die Ortsverwaltung.

Quartalsversammlung der Textilarbeiter.

Am 21. Juli fand im Gewerkschaftshaus die Quartalsversammlung statt. Den Geschäfts- und Kasienbericht erstattete der Geschäftsführer. Den Bericht vom Verbandstag erstattete Kollege Gültler. Die Berichterstattung konnte sich auf die Beschlüsse beschränken, die Neuierungen in unserem Verbands bringen, da bereits im „Textilarbeiter“ sehr eingehend berichtet worden ist. Alle Einzelheiten sind auch noch in dem später erscheinenden Protokoll nachzulesen, dessen Anschaffung jedem Mitgliede zu empfehlen ist. Eine kleine Änderung bringt die Regelung der

Beiträge, wonach alle Beitragsklassen bestehen bleiben, außer der 40-Pfennig-Klasse, die in Wegfall kommt. Ziffer 4 des § 5 des Statuts erhält eine Änderung, wonach Mitglieder, die in eine höhere Beitragsklasse übertreten, bei Unterhaltungsanspruchnahme nach 26 Wochen gezahlten höheren Beiträgen die Unterhaltung der in Frage kommenden höheren Klasse gezahlt wird. Streik und Gemahregelunterstützung wird jetzt nach mindestens 26 gezahlten Beiträgen gezahlt und steigt immer höher bei 52, 156, 260, 384 und 520 gezahlten Beiträgen. Die Erwerbslosenunterstützung ist keinerlei Neuregelung unterzogen worden, nach Berücksichtigung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wird der Beitrag die sich notwendig machenden Beschlüsse fassen und die Erwerbslosenunterstützung an den neu geschaffenen Zustand anpassen. Die Sterbeunterstützung wird bei mindestens 104 geleisteten Beiträgen gewährt und steigt sich nach 260, 520, 780 und 1040 gezahlten Beiträgen. Es sind dann noch Entschädigungen angenommen worden, wo der Vorstand beauftragt wird, zur Schulung der Arbeitsrichter sowie Schulung der Arbeiterinnen Lehrkurse einzuführen. Die Frage der Einführung einer Invalidenunterstützung innerhalb des Verbandes wurde dem Vorstand als Material überwiesen und beauftragt, der kommenden Generalversammlung ein Regulativ zu unterbreiten.

Bei Punkt 3 der Tagesordnung wurden die Delegierten zur Gaufonferenz in Diegriß für den 13. und 14. August gewählt. Von sechs vorgeschlagenen Kollegen und Kolleginnen gingen durch Stimmzettelwahl die Kolleginnen Margarete Döring und Bruno Golibrechtzuch als gewählt hervor.

Unter Verschiedenem wurde vom Geschäftsführer das Ergebnis der ersten Verhandlung vor der neu geschaffenen Schiedsstelle (geleitet durch den unparteiischen Vorsitzenden) bekannt gegeben.

Der Pranger.

3100 Arbeiter der Werk Caesar Wollheim legten am 18. Juni die Arbeit nieder. Nachdem die Firma sich bereit erklärte, den Wünschen der Arbeiter entgegen zu kommen, wurde die Arbeit am 25. Juli geschlossen wieder aufgenommen. Während dieser Zeit leisteten nachstehende 19 Arbeiter der Firma „nützliche“ Dienste. Dieses unfolgsamer Verhalten ihren Arbeitskollegen und Kollegen gegenüber gibt uns Anlaß, die Namen dieser „nützlichen“ Elemente der Öffentlichkeit zu übergeben. Sie lauten:

- Goldmann, Karl, Zuschläger, Cosel.
Bräu, Gustav, Schmelz, Cosel.
Stracka, Gustav, Magazinarbeiter, Cosel.
Gollmer, Ernst, Schmelz, Cosel.
Gjislisch, Bruno, Arbeiter, Cosel.
Schmidt, Walter, Schlosser, Cosel.
Rancziod, Leo, Bohrer, Posener Straße 81/83.
Kluger, Artur, Schlosser, Frankfurter Straße 71.
Eisner, Karl, Schiffsauer, Wägen, Nr. Wöhlau.
Biele, Max, Arbeiter, Alsenstraße 50.
Biele, Rudolf, Arbeiter, Neufuß.
Grundmann, Karl, Arbeiter, Neufuß.
Niedel, Paul, Arbeiter, Bopelwitzstraße 46.
Krüger, Paul, Schiffsauer, Frankfurter Str. 165.
Gille, Ernst, Arbeiter, Leuthenstraße 58.
Lobers, Feizer, Osmik, Gärtnersstraße.
Krause, Wilhelm, Väder, Schmiedefeld.
Lippel, Werner, Schlosser, Retschkaufstraße 13.
Kosaczinski, Arbeiter, Berliner Platz.

Metallarbeiter! Heute, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, äußerster wichtige Mitgliederversammlung. Kein Kollege darf fehlen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Ein Anschlag auf die Konsumvereine.

Genossenschaften wirken in der Regel gemeinnützig. Das gilt insbesondere von den Konsumgenossenschaften. Sie wollen durch den Zusammenschluß der Verbraucher und die Ausschaltung des Zwischenhandels die Waren preiswerter abgeben. Sie wollen auch im Gegensatz zu den kapitalistischen Unternehmungen keinen Gewinn erzielen. Sie sind daher auch keine Erwerbsunternehmungen.

Die Reichsregierung hat das anerkannt. Nach dem Körperschaftsteuergesetz sind Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, deren Geschäftsbericht sich auf den Kreis der Mitglieder beschränkt, steuerfrei, weil das Gesetz sie nicht zu den Erwerbsunternehmungen rechnet. Die Gesetzgebung der Länder aber hat sich bisher nicht zu der gleichen klaren Erkenntnis des Wesens der Genossenschaften durchgerungen. Denn die Körperschaftsteuer des Reiches, hätte folgerichtig ebenfalls allgemein zur Steuerfreiheit der Genossenschaften führen müssen. Das ist aber nicht der Fall. Gerade die größten Länder besteuern alle Genossenschaften und treten dadurch in völligen Gegensatz zu der Steuergesetzgebung des Reiches. Es gibt allerdings auch Länder, die der Steuerfreiheit der Steuerfreiheit der Genossenschaften anerkannt haben. Das ist der Fall in Sachsen, Thüringen, Württemberg, Hamburg, Braunschweig und Lippe. Jetzt jedoch schreit auch die gegenwärtige Reichsregierung den Standpunkt, das Genossenschaften keine Erwerbsgesellschaften sind, aufgeben zu wollen. Der Gesetzesentwurf über die Vereinheitlichung des Steuerrechts, der neuerdings dem Reichsrat vorgelegt ist, enthält nämlich Bestimmungen, durch die die Befreiung der Genossenschaften von der Gewerbesteuer, soweit sie bisher bestand, beseitigt werden soll. § 4 des Gewerbesteuerabkommengesetzes sieht vor, daß auch die Tätigkeit von Genossenschaften stets als Gewerbe gilt, demnach steuerpflichtig ist. Lediglich diejenigen landwirtschaftlichen Genossenschaften, die der Bearbeitung und Verwertung der von den Mitgliedern selbst gewonnenen landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Erzeugnisse dienen, sollen von der Gewerbesteuer befreit sein. Das ist ein doppelter Rückschritt, und zwar ein tatsächlicher und ein grundsätzlicher Rückschritt. In denjenigen Ländern nämlich, in denen die Genossenschaften bisher von der Gewerbesteuer befreit waren, würden sie künftig steuerpflichtig. Aber nicht nur deshalb, weil die tatsächlichen Befreiungsvoraussetzungen aufgehoben werden sollen, sondern weil im Gegensatz zum Körperschaftsteuergesetz die Genossenschaften künftig grundsätzlich als Erwerbs-Gesellschaften angesehen werden bzw. ihre Betriebe als steuerpflichtiges Gewerbe.

Den weitgehenden Eingriff, den die Reichsregierung plant, hält sie selbst nicht einmal einer besonderen Begründung für wert. Die Begründung des Gesetzesentwurfes vermeidet sogar ausdrücklich die Erwähnung des grundsätzlichen Wandels in der Stellungnahme des Reichsfinanzministeriums zu der Besteuerung der Genossenschaften, obwohl man jetzt gerade den entgegengelegten Standpunkt vertritt als bisher. Gegen ein solches Verfahren muß man den schärfsten Protest erheben, besonders wenn man darin die Absicht erkennt, die Gesetzgeber über die wirkliche Tragweite der neuen Bestimmungen zu täuschen. Man geht mit der Annahme nicht fehl, daß die neuen Vorschriften über die Gewerbesteuerpflicht der Konsumvereine eine politische Konzeption an die Mittelkondition darstellten sollen. Diesen Kreisen ist von jeher die gemeinnützige Tätigkeit der Konsumvereine außerordentlich unangenehm, weil sie durch sie an der Ausbeutung der Verbraucher gestört werden. Das volkswirtschaftliche Interesse erfordert im Gegenteil die Schaffung von Genossenschaften statt der Benachteiligung. Bereits ist das auch von der Regierung Reis anerkannt worden. Bis in die jüngste Zeit hinein hat man darüber getuscht, daß

der Zwischenhandel die Waren außerordentlich verteuert. Der Produzent erhalte nur einen kleinen Teil des Preises, den der Konsument für die Ware bezahlen muß. Der frühere Reichszankler Dr. Lutzer — gewiß kein Sozialist — hat sogar einmal die Beamten auf die Genossenschaften hingewiesen und ihnen nahegelegt, ihre Lebenshaltung durch den billigen genossenschaftlichen Warenkauf zu bessern. Wie marantischen Resonanzleistungen am Warenmarkt sind nutzlos. Das beste Mittel zur Verbilligung der Waren für den Konsumenten ist und bleibt die Unterstüfung der Konsumvereine. Sie wollen keinen Gewinn erzielen, sondern haben nur die Absicht, preiswerte und billige Waren zu liefern.

In dieser Tätigkeit aber sollen sie nun durch das neue Gewerbesteuerabkommengesetz gehindert werden. Das darf nicht geschehen, denn die Folge wäre eine Schwächung der Konsumvereine zugunsten des Mittelstandes, eine Verteuerung der Waren und die Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Diese schon jetzt vorauszu sehenden Folgen sind wiederum ein Beweis dafür, daß die Reichsregierung nicht daran denkt, den Massen des Volkes das Leben erträglicher zu machen, sondern daß sie sich durch Geschenke an einzelne kapitalistische Gruppen nur deren Vertrauen zu erwerben versucht. Das dürfen sich die Verbraucher und ihre Organisationen, die Konsumgenossenschaften, aber nicht tatenlos gefallen lassen. Bei geschlossener Abwehr sind die Millionen organisierter Verbraucher eine Macht, an der schließlich auch die Reichsregierung nicht vorbeigehen kann.

100 Millionen Elektro-Auftrag.

Die die „Vollstättige Zeitung“ löst, hat die Kreditanstalt für Verkehrsmittel zwei große Elektrolieferungen für Österreich erhalten und zwar einmal zum Ausbau der Gans-Wasserkräfte, sodann zur Elektrifizierung des Burgenlandes. Bei dem Gans-Projekt handelt es sich um die Errichtung größerer Kraftwerkanlagen, deren Baukosten auf annähernd 100 Millionen Mark veranschlagt werden. Im Burgenlande kommt hauptsächlich der Bau von Heberlaßanlagen in Frage, der einen Kostenaufwand von etwa 8 bis 10 Millionen Mark erfordert wird. Durch die neuen Anlagen sollen auch die österreichischen Bundesbahnen, deren Elektrifizierung bekanntlich vorgegeben ist, sowie die Stadt Wien mit Strom beliefert werden. Zurzeit ist die AEG im Auftrage der Kreditanstalt mit der Ausarbeitung der Projekte beschäftigt. Zur Lieferung dürften auch die Siemens-Schüderte Werke herangezogen werden.

Der rumänische Getreidemarkt ist gegenwärtig völlig ruhig. Wegen der Entschärfen und der Abgaben fanden sich kaum Interessenten ein. Die Händler sind außerdem sehr zurückhaltend, da sie über das Resultat der Ernte noch nichts Gewisses wissen. In Serbien sind gar keine Geschäfte abgeschlossen worden. Reis wurde in Braila und Galatz mit 45 000 Lei je Waggon gehandelt, in Tulcea mit 44 000, in Ismail mit 43 000, in Constantza mit 47 000, in Galatzki und Ornitza mit 44 500 und in Giurgovo mit 45 000 Lei.

Ueber den Schiedsverfahren mit England bestimmt eine neue Verordnung des Zentralerwartungsausschusses und des Rates der Volkswirtschaftler der GSSR, daß namentliche Schieds- und Arbitratoren, die auf Personen lauten, die zu vorübergehender Aufenthalt vom Auslande nach der Bestimmungen kommen, mit diesen Personen ausgeführt oder durch bestimmte Kreditanstalten innerhalb von zwei Monaten nach dem Auslande wieder zurückgeführt werden können.

Für Arbeiter-Musikultur.

Eine Konferenz zur Förderung der Musikultur in den Arbeiterorganisationen findet am Montag, den 1. August, vormittags 9,30 Uhr, im Mozartsaal am Ausstellungsgelände Frankfurt a. M. statt. Die Tagesordnung enthält einen Vortrag des Genossen Professor Kestenberg über „Volksmusikultur“, Aussprache darüber und Verschiedenes. Die Konferenz findet im Rahmen der Frankfurter Ausstellung „Musik im Leben der Völker“ zu Beginn der vom 31. Juli bis 6. August dauernden Arbeitermusikwoche statt. Sie hat den Zweck, Wege zu einer systematischen Pflege der Musikultur in den Kreisen der Arbeiterschaft zu zeigen und die damit zusammenhängenden Probleme aufzuwerfen. Zur Konferenz eingeladen sind alle interessierten Genossen, insbesondere die Dirigenten der Arbeiterchöre, die künstlerischen Berater der Parteipresse, sowie die kommunalpolitisch tätigen Genossen, die das Gebiet der Musikpflege in den Gemeinden bearbeiten. Die Kosten für die Teilnahme an der Konferenz haben die einzelnen Genossen bzw. die delegierenden Organisationen zu tragen. Näheres durch den Sozialistischen Kulturbund, Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Gefährlicher Dammbruch auf der Stettiner Straße.

Auf der Eisenbahnstraße Stettin-Küstrin rutschte der Bahndamm in der Nähe der Stadt Jäbickendorf auf einer Länge von etwa 100 Metern in einen über 10 Meter tiefen Kiefern-Lumpel. Vier Güterwagen eines vorüberfahrenden Güterzuges stürzten in die Tiefe. Kurz darauf war ein Personenzug fällig, der aber rechtzeitig gestoppt werden konnte.

Hochwasser der Elbe.

Das Gebiet der mittleren Elbe hat infolge der vielen Regengüsse wieder unter starkem Hochwasser zu leiden. Bei Wittendorf steigt der Pegel des Flusses täglich etwa 30 Zentimeter, so daß für die Nacht zum 28. Juli mit einem Hochwasserstand von 3,40 Metern zu rechnen ist. Schon jetzt sind weite Gegenden übersüßelt, zumal die Nebenflüsse der Elbe in der Prignitz und Altmark infolge von Wolkenbrüchen Hochwasser führen. Verschiedene Dörfer sind bereits völlig vom Verkehr abgeschnitten und können die Verbindung nur noch auf Rähnen aufrechterhalten. Das Vieh mußte auf die höher gelegenen Weidflächen getrieben werden. Die Heuernte gilt zum größten Teil als vernichtet. Der Unterbau der Kleinbahn von Lüchow nach Schmarzau wurde auf 20 Meter fortgepült.

Immer noch weitere Opfer des häßlichen Unwetters.

In Berggießhübel (östliches Erzgebirge) wurden am Freitag unter den Schuttmassen abermals zwei Leichen entdeckt, darunter die eines 15jährigen Mädchens. Zehn Personen werden noch immer vermißt.

Kostlos des Juntersflugzeuges.

Das Juntersflugzeug, das am Freitag morgen in Dessau aufgestiegen war, um einen neuen Weltrekord aufzustellen, mußte in der Nacht zum Sonnabend nach 19stündigem Flug unweit des Leipziger Flugplatzes Rodau eine Notlandung auf freiem Felde vornehmen. Das Flugzeug erlitt dabei eine leichte Beschädigung, die beiden Piloten keine Gefahr brachte. Die vorzeitige Landung war dadurch bedingt, daß die Zuführung des Betriebsstoffes nach der Umschaltung von dem einen aufgebrauchten Benzintank zum anderen nicht mehr klappte, so daß der Motor ohne Brennstoff blieb. Das war darauf zurückzuführen, daß beim Start ein Brennstoffleitungsrohr durch das mehrmalige Ausschlagen der Maschine verbogen wurde. Das Flugzeug ist nach Dessau gebracht worden, um rasch ausgebessert zu werden. Bereits im Laufe dieser Woche soll der Dauerflug wiederholt werden.

Freitod in Preußen.

Im Jahre 1925 starben im Freistaat Preußen durch Freitod 9164 (6598 männliche, 2566 weibliche) Personen gegen 8590 im Jahre 1924. Auf hunderttausend Lebende entfielen 1925 24 freiwillig aus dem Leben Scheidende gegen 28 im Jahre 1924 und 22 im Jahre 1913. Rund zwei Fünftel, nämlich 2088 Männer und 713 Frauen haben sich durch Erhängen das Leben genommen. Die nächsthäufigste Todesart ist bei Männern das Erschießen (1523), bei Frauen das Ertrinken (629). Durch Einatmen giftiger Gase fanden 577 Männer und 550 Frauen den Tod. Von der Eisenbahn fielen 333 Verletzte überfahren darunter 77 Frauen. Die Ursache zum Freitod werden im Jahre 1925 in 3194 Fällen Geistes- und Nervenkrankheiten angegeben, in 2495 Fällen heftige Gemütsregungen (Trauer, Kummer, Reue, Scham usw.). Infolge wirtschaftlicher Not gingen 620 Männer und 99 Frauen in den Tod. Auf Alkoholismus wurden 343 Fälle bei männlichen Personen zurückgeführt. (Wirtschaftliche Gründe haben wohl auch bei den „Gemütsregungen“ vielfach mitgesprochen. Red.)

Der bestrafte König.

Wie aus Spa gemeldet wird, wurde dort der Kraftwagen des Königs Albert von Belgien, der von dem Fliegeroffizier de Chetren gesteuert wurde, wegen zu schnellen Fahrens in Strafe genommen. Die Gemeindevverwaltung von Spa hat für ihr Gebiet eine Maximalgeschwindigkeit von 19 Kilometer erlaubt, die von dem Wagen des Königs überschritten worden war.

Werkbund-Ausstellung Stuttgart 1927.

„Die Wohnung“.

Städtische Musteriedlung am Weißenhof, die nach Vorschlägen des Deutschen Werkbundes von 16 der besten Architekten Europas errichtet wurde. Die Siedlung umfaßt 39 Häuser mit 64 Wohnungen.



Der Eisberg als Lebensretter.

Zwei Neufundlandfischer sind, wie in den Blättern schon kurz berichtet wurde, dieser Tage in London an Bord des Dampfers „Albuera“ eingetroffen, der sie mitten im Atlantik aus einem kleinen Boote aufgenommen hatte, in dem die beiden Schiffbrüchigen seit elf Tagen auf offenem Meer trieben. Als der Dampfer an das gestaute Boot herantam, fand man die beiden Fischer halbtot im Boot liegen, der Sprache beraubt und wie geistesabwesend mit tief in den Höhlen liegenden Augen ins Leere starren. Es bedurfte großer Anstrengung, um die völlig entkräfteten beiden Männer, die zu Skeletten abgemagert waren und von Wasser triefen, an Bord zu bringen. Sie waren von ihrem Schoner abgefahren, um die ausgelegten Netze aufzunehmen. Mitten bei der Arbeit hatte sie der Nebel überrascht, der in dicken Schwaden sich aufs Meer herabsenkte und jede Sicht verwehten. Der Orientierung beraubt, verirrten sie den Schoner nicht mehr zu finden; um das Unglück vollzumachen, wurden überdies noch von den Sturzwellen, die unaufhörlich über das Boot trieben, drei von den vier Rudern ins Wasser gespült. So trieben die Schiffbrüchigen, von Hunger und Durst gequält, denn sie hatten kein Wasser, und die zwanzig mitgenommenen Viskuits waren bald aufgezehrt, hilflos drei Tage auf dem Ozean. Am vierten tauchte plötzlich ein Eisberg auf, der sie vom Verderben rettete. Sie ließen gierig die abgeschlagenen Eisstücke im Munde zergehen, aber zu ihrem Unglück trieb der Eisberg ab, sobald sie noch weitere sechs Tage alle Qualen des Tantalus erdulden mußten, ehe sie von der „Albuera“ gefunden wurden. Sie waren 374 Meilen von der Stelle entfernt, an der sie elf Tage zuvor ihren Schoner verlassen hatten. Die beiden Vereiterten liegen jetzt in einem Londoner Krankenhaus, wo sie sich langsam von den überstandenen Strapazen erholen. „Das Schlimmste war der unerträgliche Durst, der uns quälte“, erzählte einer der Vereiterten dem Berichterstatter eines Londoner Blattes. „Der Hunger war weniger schlimm. Ich hatte meinem Kameraden, der immer schwächer wurde, alle Viskuits überlassen und selbst in acht Tagen auch nicht ein Krümelchen zu mir genommen. Als wir aus dem Nebel auftauchten, haben wir uns einem Eisberg gegenüber, der so groß war, wie das Krankenhaus hier. Er rettete unser Leben. Ich als der Stärkere kletterte auf den Berg und schlug mit meinem Taschenmesser diese Stücke los, die wir gierig aufsaugten. Das war so erfrischend, daß wir uns wie neugeborenen vorliefen. Wir packten große Eisstücke in unser Boot. Aber unter der großen Hitze schmolz unser Vorrat rasch dahin, und wir waren bald wieder so übel daran wie vorher. Eine Stunde lang trieben wir zur Seite des Eisberges, dann aber verloren wir ihn aus den Augen, und er verschwand zu unserem Leidwesen am Horizont. Mein Kamerad lag wie tot auf dem Boden; ich selbst aber war entschlossen, durchzuhalten, koste es, was es wolle. Meine Knochen schmerzten so, daß ich weder sitzen noch liegen konnte. Ueberdies waren wir beständig vom Nebel eingehüllt, und die unaufhörlich über das Boot gehenden Sturzwellen durchnässten uns bis auf die Haut. Ich betete so inbrünstig, wie ich noch nie in meinem Leben gebetet hatte, aber die Tage wurde immer hoffnungsloser, und in der ersten Nacht glaubte ich, mein Ende sei gekommen. Ein wütender Südoststurm fauchte über die See, dabei regnete es in Strömen, die Woge saugten unanfechtlich, und die haushohen Wellen ließen unser Boot wie eine Kaffkaffe hin- und hertragen. Verzweifelt, wie wir waren, hatten wir den Dampfer, der auf uns aufmerksam geworden war und herankam, garnicht gesehen. Wir waren

fast bewußtlos, als wir an Bord geholt wurden, und meine Beine waren so geschwollen, daß es der Anstrengung von drei Mann bedurfte, um mir die Stiefel auszugiehen.

Ein Beethoven-Denkmal in Paris enthüllt.

Der französische Unterrichtsminister hat am Sonnabend nachmittag im Bois de Vincennes die Enthüllung des Beethoven-Denkmal's vorgenommen. Der Plan zur Errichtung dieses Denkmals ist schon vor dem Kriege gefaßt worden, seine Ausführung wurde aber wegen des Krieges auf lange Jahre verschoben.

Sieben Religionen in einem Tempel vereint.

In dem Londoner „City Temple“ waren dieser Tage Vertreter von sieben verschiedenen Religionen zu einer Versammlung vereint, die ein Novum auf dem Gebiet der religiösen Aussprache darstellt. An dem Meeting nahmen als Redner je ein Buddhist, ein Christ, ein Anhänger des Konfuzius, ein Hindu, ein Jude, ein Mohammedaner und ein Theosoph teil. Veranstalter der eigentümlichen Versammlung war die neugebildete „Kameradschaft der Glaubensbewegung“, an deren Spitze der Hauptgeistliche des „City-Temple“, Rev. Dr. F. W. Norwood, steht. Eingeleitet wurden die Ansprachen der verschiedenen Religionsvertreter durch den Gebetsruf des Muazzins der Londoner Moschee und einen Inder, der eine Hymne der Hindus sang. Das Ziel der Kameradschaft gibt sich in dem Wunsche zu erkennen, „Frieden und Brüderlichkeit“ unter den Völkern durch religiöse Aussprache zu verbreiten, die dazu dienen soll, religiöse Gegensätze zu überbrücken und die Anhänger der verschiedenen Glaubensbekenntnisse dadurch einander näherzubringen.

Politik unterm Pantoffel.

Aus Lemberg wird uns berichtet: Ein interessantes Ergebnis brachten die Gemeindevahlen in Gwozdzier, Kreis Czortkow. Es wurden dort nämlich in die Gemeindevertretung lauter Frauen gewählt. Ebenso in der Gemeinde Minutownice, wo sich zwei Listen bekämpften. Auf der einen kandidierten der Ortschullehrer und der griechisch-katholische Pfarrer, auf der anderen die Frauen. Die zweite Liste siegte.

Der Eisbär und sein Wärter.

Daß die Raubtiernatur des Bären trotz aller scheinbaren Gutmütigkeit immer wieder einmal zum Ausbruch gelangt, mußte die Pflege des Eisbären unerwartet war. Jagrelang hatte nach der Eisbär als ein gefahrloses und gutmütiges Tier erwiesen, das seinem Wärter sogar sehr zugetan zu sein schien. Als ihm aber dieser vor einigen Tagen das Futter in den Käfig brachte, griff der Bär ohne irgendeinen Anlaß ganz plötzlich den Wärter an. Zwischen dem überraschten Manne und der wütenden Bestie entspann sich nun ein wildes Ringen, das unbedingt mit der Niederlage des Menschen geendet hätte, wenn nicht ein zufällig am Eisbärkäfig vorbeikomendes Kind die Szene beobachtet und Alarm geschlagen hätte. Es eilten nun schleunigst die Kollegen des Wärters herbei, und einer derselben feuerte auf den Bären vier Revolverkugeln ab, die ihn veranlaßten, seine Beute fahren zu lassen. Mit Mühe wurde der schwerverletzte Wärter nun aus dem Käfig herausgeholt. Er hatte außer anderen schweren Kratz- und Bisswunden auch das linke Ohr und das linke Auge in diesem ungleichen Kampfe eingebüßt.

Amerikanische Eheheirungsgründe.

Eine Statistik der New Yorker Eheheirungsgründe wird von dem „Sozialen Dienst“ der Stadt veröffentlicht. Danach verteilen sich die Gründe der Eheheirungen prozentual folgendermaßen: 41 Prozent, weil der Mann eine Geliebte hat; 12 Prozent finanzielle Schwierigkeiten; 10 Prozent Untreue der Frau; 8 Prozent zu viele Kinder; 8 Prozent zünftliche Frau; 4 Prozent erzwungene Frau; 3 Prozent Enttäuschung; 2 Prozent schlechte Küche; 0,75 Prozent Unordnung; 0,25 Prozent Armut.

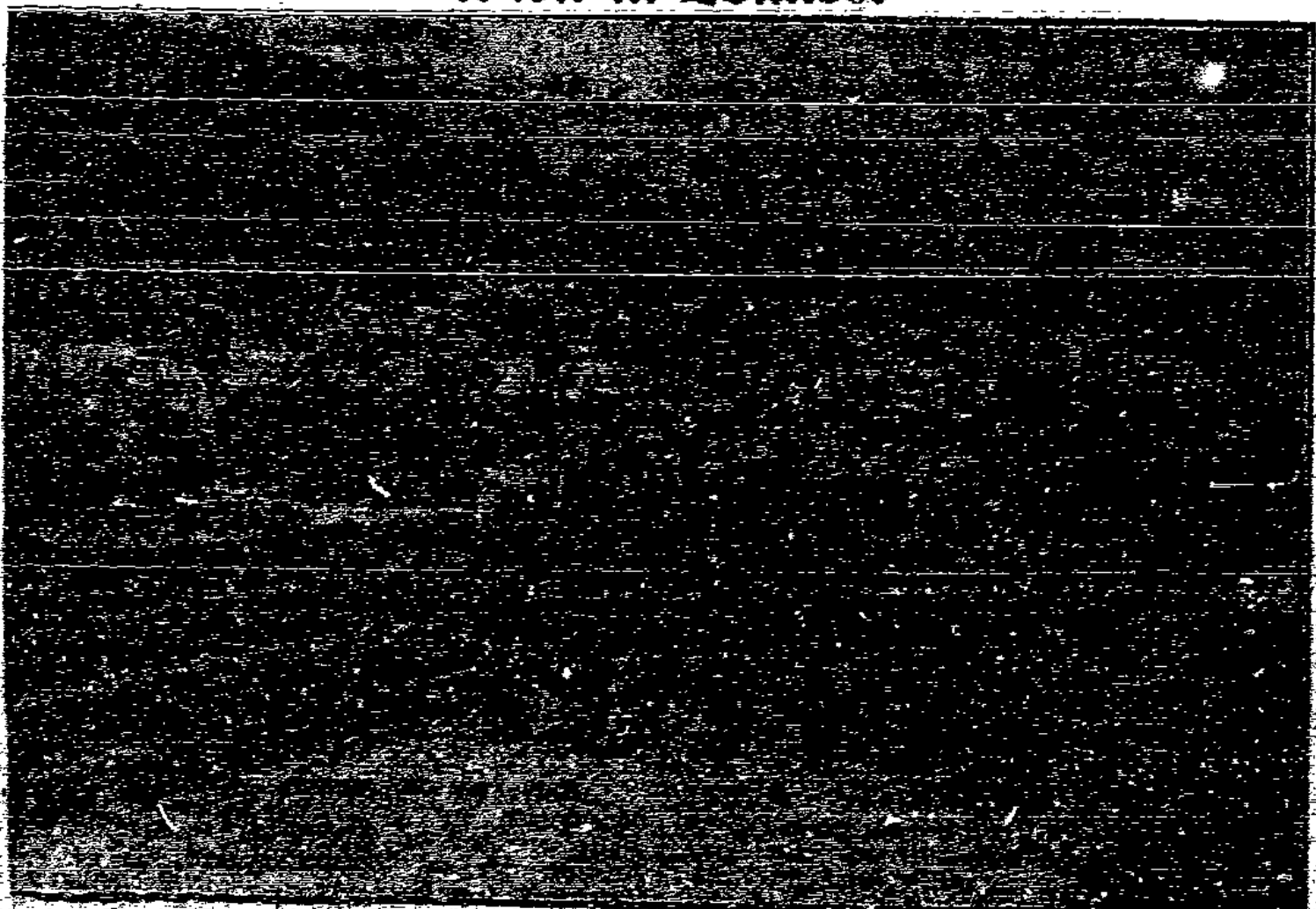
Ein „verdienter Volksartikler“.

Titelverleihungen auch in Sowjetrußland! Im April beging der weit über seine Heimat hinaus bekannte Dompieur W. B. Duraw sein fünfzigjähriges Jubiläum. Der pfiffige Moskauer war als Junge von 13 Jahren wegen „frechen Benehmens“ vom Gymnasium in die Zirkusmanege geflogen, wo er es in wenigen Jahren als „Politischer Clown“ zu Ansehen brachte und im Bunde mit vierfüßigen Freunden die zaristischen Würdenträger aller Grade, den Staatsrat und die Duma so bisig und treffend verulste, daß er recht häufig die Stätte seiner schamstehbewegenden Tätigkeit verlassen und mehr als einmal im Gefängnis sitzen mußte, wo er neue Posheiten ausheckte. Auch in Berlin wurde ihm einmal nach einer seiner üblichen Zirkusvorführungen der Prozeß wegen Majestätsbeleidigung gemacht, der ihm Ausweisung aus Preußen eintrug. Duraw war aber nicht nur Clown. Sein Verstandnis für Tiere war so groß, daß die Wissenschaft auf seine Dressuren aufmerksam wurde, bei denen er jede Gewalt vermeid und alle Zusammenarbeit zwischen Mensch und Tier einstellte auf „psychischen Kontakt“. Jetzt ließ Duraw an der Moskauer und anderen Universitäten über Tierpsychologie zu seinem fünfzigjährigen Jubiläum hat ihm das Volkstummilarat für Bildungsweise den Titel eines „verdienten Volksartiklers“ verliehen.

Schneefall in Sibirien.

Ein ungewöhnlicher Witterungsanschlag ist dieser Tage in Sibirien eingetreten. Einer langanhaltenden Hitze folgte plötzlich ein harter Temperatursturz, bei dem das Thermometer auf unter Null sank, so daß Schneefall eintrat.

Stimmen im Stimmraum
Stimmen im Stimmraum



Die Stimmraum ist ein der letzten Jahre der Stadt...

Arbeiter-Sportbewegung

Breslau, den 25. Juli 1927.

Atmepflege bei Bergwanderungen.

Die Atemnot beim Bergsteigen. — Normale Atmung und Blutcirculation. — Vorbedingung für körperliche Ausdauer. — Blut und Herz als Atmungsorgane. — Blutbeschaffenheit. — Nierenatmung und Mundatmung.

Der Genuss, den eine Bergwanderung gewährt, wird beim anstrengtesten Steiger oft schon verhältnismäßig bald dadurch beeinträchtigt, daß er ein allmähliches Verlangen der Atmungsorgane zu spüren beginnt. Zuerst tritt die Atemnot noch ziemlich leicht gewöhnlich etwas Erleichterung. Oft kommt es aber vor, daß sie sich nicht zu bessern, steigert, so daß man sich schließlich nicht mehr anders zu helfen weiß, als den Rückweg anzutreten und die ganze Wanderung aufzugeben, umso mehr, als zugleich mit der Atemnot auch eine starke Ermüdung der Gliedmaßen eintritt, was damit zusammenhängt, daß bei abnehmender Intensität der Sauerstoffversorgung des Körpers auch die Ernährung weniger reich aus den Muskeln ausgeschieden werden können. Dagegen wird im Verlauf fröhlicher Atmung und normaler Blutcirculation das Blut dauernd mit Sauerstoff versorgt; die Muskeln sondern ihre Ernährungsstoffe prompt ab. Diese Vorgänge finden allerdings nur dann in wirtschaftlich befriedigender Weise statt, wenn sowohl die Muskulatur selbst so gut entwickelt ist, als auch die sie durchziehenden feinen und feinsten Blutgefäße derart ausgebildet sind, daß die Blutversorgung der Muskeln wie überhaupt die Blutbildung allen Anforderungen entspricht, die die Anstrengung einer Bergwanderung an sie stellt. Ist dies der Fall, so braucht man auch die Atemnot nicht zu fürchten. Wer sich an die körperlichen Anforderungen, wie sie eine Bergwanderung verlangt, allmählich gewöhnt und nicht, wie es nur allzu oft geschieht, dem völlig untrainierten Körper eine übermäßig anstrengende Höhentour zumutet, und wer beim Steigen von allem Anfang an immer bemüht ist, gleichmäßig tief zu atmen, wird Herz und Lunge bald so kräftigen, daß ihm die Atemnot nicht mehr viel zu schaffen macht. Gegen leichte Atembeschwerden hilft es oft, sich mit erschaffen Muskeln nach auf dem Boden zu legen, während man gleichmäßig tief und langsam Atem halet.

Die beste Vorbedingung, die Ausdauer bei körperlicher Anstrengung bewirkt, ist immer die gesunde Beschaffenheit der Atmungsorgane. Denn man muß auch bedenken, das beim Höhengange, wie zum Beispiel in Höhen von 4000 Meter, die Zahl der Atemzüge überhaup nicht merklich zunimmt und damit die Atmungsorgane schon deshalb mehr leisten müssen als in normaler Höhenlage. Außerdem darf man nicht vergessen, daß zu den Organen, die unsere Atmung vermitteln, nicht nur die Lunge und die zuführenden Luftwege, wie Nase, Nasenröhrenraum und Luftröhre gehören, sondern auch das Herz und das den Körper durchströmende Blut. Wirklich verlässliche körperliche Leistungsfähigkeit wird bei jeder Bergtour nur dann zu erzielen sein, wenn alle diese Organe gut ausgebildet und gut vorbereitet sind, denn in diesem Falle können sich auch die Muskeln zu voller Leistungsfähigkeit entwickeln. Wenn besonders anstrengende Sporttouren in größeren Höhenlagen beabsichtigt sind, aber wenn man sich, wie es allerdings fast immer nur der Einzelfahrt erfordert — längere Zeit in dieser Höhenlage aufhalten möchte, sollte man auf die Beschaffenheit des Blutes achten. Auf die Blutzusammensetzung hat nämlich der dauernde Höhengang eine besondere Bedeutung insofern, als sich die roten Blutkörperchen stark vermehren. Man tut in solchen Fällen also gut, wenn man die Vermehrung der roten Blutkörperchen schon vorher einleitet, indem man Eisen- oder Chlorophyllpräparate einnimmt. Dieses ist aber, wie gesagt, nur dann zu empfehlen, wenn der Körper in großer Höhe besondere Sportleistungen zu vollbringen hat.

Als die einzig richtige Atmung bei der Bergwanderung kann nur die Nasenatmung gelten, wenn auch mancher ungebildete Bergsteiger unvernünftigerweise die Mundatmung vorzieht, weil er glaubt, auf diese Weise schneller und mehr Luft in die Lungen ziehen zu können. Wird aber die Luft durch die Nase eingeatmet, so gelangt sie zunächst in gleichmäßig verteilter Menge in die Lungen, dann wird sie auf ihrem Weg durch die Nase schon etwas vorgewärmt — was bei der oft sehr kühlen Bergluft besonders wichtig ist — und auch angefeuchtet. Die Nasenatmung schafft dem Körper zudem noch den Vorteil, daß durch sie die Brustmuskeln wesentlich gekräftigt werden. Manchmal kommt es freilich vor, daß die Nasenatmung durch eine Erkältung, etwa einen Katarrh und dergleichen so gut wie unmöglich ist, und das ist bei einer Bergwanderung dann wirklich recht fährlich, zumal da nach den Beobachtungen Billera normalerweise dann Erkältungen des Nasenraums vorliegen, gleichwohl mit der behinderten Ausatmung die Tätigkeit des Herzens mehr als sonst belastet wird. Besonders nach dem Abstieg erhöht sich die Menge der ausgeschiedenen Luft merklich, weshalb schon deshalb die Ausatmung glatt stattfinden gehen sollte. Auch die so notwendige Sauerstoffzufuhr wird bei behinderter Nasenatmung erschwert. Niemals aber soll der Bergsteiger Atembeschwerden durch gewaltsames Pressen zu bekämpfen suchen, weil dadurch Herz und Lungen schweren Schaden davontragen können.

Leichtathletische Kreismeisterschaften des 14. Kreises.

Im Stadion in Waldenburg (Schles.) fanden am Sonntag die leichtathletischen Kreismeisterschaften und Spiele um die Kreismeisterschaft im Faust- und Trommelball des 14. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes zum Austrag. Schwimmportliche Wettkämpfe und wasserportliche Vorführungen umrahmten die Veranstaltung. Zunächst 8 Uhr morgens begannen bei prächtigem Wetter die Wettkämpfe. Das auch in Schlesien die Leichtathletik bedeutende Fortschritte aufweist, zeigt die beachtenswerte Leistung von Hertha-Breslau, der für den 100-Meter-Lauf 12 Sekunden benötigte. Die wasserportlichen Darbietungen am Nachmittag übten auf die Zuschauer aus dem wasserarmen Bergland besondere Anziehungskraft und Werbefraft aus.

Die Ergebnisse der Kreismeisterschaften in den Turnspielen waren: Faustball: 7. Abt. Fr. I. Breslau gegen Fr. I. Weibstein 37:46; Sports-Breslau gegen Fr. I. Weibstein 35:71; Breslau (7. Abt.) gegen Fr. I. Weibstein 49:70; Fr. I. Weibstein gegen Sports-Breslau 70:60; 7. Abt. Fr. I. Breslau gegen Fr. I. Weibstein 37:48. Im Endspiel heute gegen Breslau (7. Abt.) mit 54:33. Gegen Fr. I. Weibstein, wie im Vorjahre, Kreismeister im Faustball. Im Faustball der Sportlerinnen wurde B.F. Brieg gegen Görlitz-West mit 70:87 Kreismeister. Trommelball der Turnerinnen konnte B.F. Brieg gegen Breslau mit 77:99 für sich entscheiden. Ein Handballspiel der Städtegemeinschaft Breslau gegen die Bezirksmannschaft des Waldenburger Bezirks endete mit dem überlegenen Siege von Breslau mit 17:1. Halbzeit 6:0. Breslaus Städtegemeinschaft war aus einer Auswahl von 36 Handballmannschaften entstanden.

Leichtathletische Wettkämpfe. 100-Meter-Lauf für Sportlerinnen über 18 Jahre: 1. Hertha Siegel-Breslau 14,4 Sek.; Zweitplatz für Sportler unter 18 Jahren: 1. B. Rasper-Breslau 25,8 Punkte; Juniemann für Sportler über 18 Jahre: 1. Alfred Eisner-Langensfeld 22,2 Punkte; Zweitplatz für Sportler über 18 Jahre: 1. Böhm-Breslau 17,4 Punkte; Hochsprung: Max Engel-Breslau und Ernst Altmann-Breslau je 1,56 Meter; Dreisprung: 1. Max Engel-Breslau 11,50; Statette 4,100 Meter für Männer: 1. Fr. I. Breslau 48,7; Speerwurf: 1. Ernst Altmann-Breslau 37,95 Meter; Diskuswerfen: 1. Hermann Hüfner-Breslau 29,60 Meter; Schleuderball: 1. Fritz Hittner-Breslau 44,25 Meter; Kugelstoßen (beidhändig): 1. Richard Seibt-Langensfeld 8,74—1,795 Meter; 1500-Meter-Lauf: 1. Max Seibingwald-Strahlen 4 Min. 58,6 Sek.; 200-Meter-Lauf für Männer: 1. Rudolf Hertha-Breslau 24,4; 100-Meter-Lauf Jugendliche: 1. Grünig-Breslau 12,7; B. Rasper-Breslau 12,7; 1. Katerne-Strahlen 12,9; A. Kluge-Männer-Entwicklung: 1. R. Hertha-Breslau 11,2; 1. Weibstein; 1. Franz Ruffing-Sirchberg 5,70 Meter; 5000-Meter-Lauf für Männer: 1. Fritz Herrmann-Waldenburg 16,33,8 Min.; Stabhohe: 1. A. Kluge-Männer 2,85 Meter.

Die wasserportlichen Wettkämpfe hatten folgende Ergebnisse: Männer-Langschwimme 4x100 Meter: Breslau 5:55%; Salzbrunn 6:44%; Jugendschwimmen 100 Meter:

Beder-Waldenburg-Altwaßer 129%; Schüler-Brustschwimmen 50 Meter: Rother-Freiburg 49%, Sel., Steinert-Freiburg 55 Sek.; Frauen-Rückschwimmen 50 Meter: Klemm-Waldenburg-Altwaßer 58%, Sel.; Jugend: Hamme-Waldenburg-Altwaßer 1 Min.; Jugen-Rückschwimmen 100 Meter: Red-Freiburg 1,40 Min.; Klemm-Waldenburg-Altwaßer 1,48 Min.; Stredentauchen: Brindwits-Waldenburg-Altwaßer 47% Meter; Bresla-Schwednitz 45% Meter; Männer-Seitenschwimmen 100 Meter: Gerlich-Salzbrunn 1,34%, Böer-Salzbrunn 1,39%; Wasserballspiel: Salzbrunn gegen Waldenburg-Altwaßer: Salzbrunn mit 2:1; Jugend-Lagenstaffette 450 Meter: Freiburg 2,54%, Waldenburg-Altwaßer 3,5%; Frauenjugend-Brustschwimmen 50 Meter: Buschel, Waldenburg-Altwaßer 1 Min.; Männer-Brustschwimmen 200 Meter: Grandle-Waldenburg-Altwaßer 3,52%, Rittelmann-Salzbrunn 4,7; Jugend-Brustschwimmen 100 Meter: Boffel-Schwednitz 1,44%, Stiffel-Schwednitz 1,45; Männer-Rückschwimmen 100 Meter: Köhler-Freiburg 1,45; Hoffmann-Salzbrunn 1,51%; Männer-Schwimmen 100 Meter: Rathmann-Salzbrunn 1,29; Woinel-Waldenburg-Altwaßer 1,36%.

Sportärztliche Untersuchung.

Am 8. Juli nahm der Reichstagsausschuß zur Förderung der Leibesübungen unter dem Vorsitz des Genossen Schred ein Referat des Ober-Regierungsrats Dr. med. Mallwitz über sportärztliche Untersuchungen entgegen. Dr. Mallwitz sprach als Mitglied des bürgerlichen Reichsausschusses für Leibesübungen. Die Reichsregierung hat bisher auf dem Gebiete der sportärztlichen Untersuchungen nichts getan. Auch in Preußen besteht für sportärztliche Beratungsstellen im Etat weder Titel noch Untertitel, während 2½ Milliarden für Sozialversicherung in den Reichsetat eingestellt werden, wird für die Förderung der Leibesübungen nur 1 Million Mark gegeben. Und doch ist Vorbeugen besser als Heilen. Durch ärztliche Untersuchungen ist festgestellt worden, daß der Leber- und heute sowohl im Wachstum als auch im Umfang des Brustkorbes weit hinter dem der Vorkriegszeit steht. Untersuchungen an Kindern des Ruhrgebietes ergaben, daß diese schon äußerlich betrachtet, drei bis vier Jahre in der Entwicklung zurück sind; die heutige Jugend zeige, so erklärte der Referent, geradezu jämmerliche Proportionen. Deshalb müßte der Sport eine noch größere Förderung von Reich und Ländern erfahren, die Zahl der Verlethranungen würde dadurch auf ein Minimum beschränkt werden können. Manmäßiges sportliches Training führt zu gesundheitlichen Erfolgen, gute Durchschnittsleistungen sind höher zu bewerten als Einzelleistungen. Deshalb ist es besser, Minimal- als Maximalleistungen anzustreben. Manmäßige ärztliche Untersuchungen der Sport-

treibenden tragen dazu bei, den Sport in gesundheitlich zweckmäßiger Weise auszuüben. Ganz wesentlich hat der Sportarztverband in dieser Hinsicht gewirkt, 18 Kurie hat bereits für die Veranlassung von Sportärzten abgehalten worden. In den Provinzen und Gemeinden wird heute schon viel getan. In vielen dieser Verwaltungen werden schon Geräte anstellt, die ausschließlich im Sport tätig sind. Dr. Mallwitz legte dann im einzelnen den Aufgabenkreis der sportärztlichen Untersuchungen und Beratungsstellen dar und schloß seine interessanten Ausführungen mit dem Wunsch, daß die Parteien dazu beitragen mögen, die nötigen Mittel für sportärztliche Untersuchungen in den Etat einzustellen.

In der sich anschließenden Debatte kam zum Ausdruck, daß der Sportfonds für 1927 noch außerordentlich gering sei. Der Vorsitzende des Reichstagsausschusses wurde einstimmig beauftragt, darauf hinzuwirken, bei der Aufstellung des nächsten Etats eine Erhöhung des Sportfonds anzustreben. Die Denkschrift über sportärztliche Untersuchungen soll dem Innen- und dem Finanzminister des Reiches zur Kenntnisnahme überreicht werden. Zur nächsten Sitzung des Ausschusses zur Förderung der Leibesübungen wird dann der Hauptausschuß des Reichstages geladen werden.

Zerstörte Sportstätten im sächsischen Unwettergebiet.

Unter der Wollenbruchkatastrophe, die das östliche Erzgebirge heimgelacht hat, haben vor allem auch mehrere Sportvereine zu leiden. Am schwersten betroffen wurde in dieser Beziehung Lausitz, dessen Sportplatz bereits im Vorjahre durch Hochwasser zerstört worden war. Kurz vor ihrer Vollendung ist die Anlage nun wieder völlig vernichtet worden. Auch das Baumaterial und der größte Teil der Geräte ist verschwunden. Die Turnhalle steht tief im Schlamm. In Dohna wurde der Fußballplatz zur Hälfte aufgerissen, die Tore sind verschwunden. Der Fußballplatz in Heidenau ist 30 Zentimeter mit Schlamm überzogen; auch in die Garderoben- und Waschräume im Keller des Sportbetrums sind die Schlammmassen eingedrungen. In Gottschau sind sämtliche Turngeräte und der Turnplatz zerstört worden, ebenso wurden in Gersdorf sämtliche Geräte fortgeführt. Auf dem Sportplatz in Pirna liegt eine Schlammdecke von 70 Zentimeter Höhe. Der Geländeschaden, von dem die Arbeiter-Sportvereine des Unwettergebietes betroffen wurden, wird auf mindestens 20 000 Mark geschätzt. Ein geregelter Sportbetrieb wird erst wieder nach langer Zeit möglich sein.

Sport des Sonntags.

Fußball-Ergebnisse:

Wader I — Stern I	3:3
B.F. I — Einigkeit I	4:1
1921 I — Sportfreunde I	3:2
Falke I — Sparta I	3:2
Falke II — Sparta II	6:0
Wader II — Silesia-Riders II	4:2
B.F. II — Einigkeit II	3:1
B.F. Dels I — Vorwärts I	2:2
Stern IV — Einigkeit IV	3:1
Falke Jgd. I — Vorwärts Jgd. I	6:3
Anton Jgd. I — Wader Jgd. I	3:1
Sportfreunde I Sch. — 1921 I Sch.	1:0
B.F. I Sch. — Einigkeit I Sch.	1:0

Stern I — Wader I 3:3 (3:0).

Vor einer geringen Zuschauermenge bestritten obige Vereine ein zähes Rennen (Sommer-Fußball). Beide Mannschaften traten mit Erfolg an, welcher sich zum Teil gut bewährte. Wader stieß gegen Sonne und Wind an, hatte aber zunächst sehr wenig vom Spiel. Der Gegenüber drückte mächtig auf Tempo und erzielte in kurzen Abständen bis zur Pause drei Tore, während die grün Bekleideten leer ausgingen. Nach Wechsel hatte sich das Spiel vollkommen geändert. Wader kann sich Schluß obiges Resultat feststellen. Der Schiedsrichter war dem Spiel ein aufmerksamer Leiter.

1921 I — Sportfreunde I 3:2 (1:1).

Um 17 Uhr trafen sich beide Mannschaften zum vereinbarten Gesellschaftsspiel. Sportfreunde hat Anstoß, 1921 fängt den Ball ab, zieht vor das gegnerische Tor, und schon in den ersten Minuten können sie in Führung gehen. Bemühungen beiderseits haben keinen Erfolg. Erst kurz vor Halbzeit gleichen Sportfreunde durch Eismeter (Hand) aus. Nach Wiederanstöß gehen die Gelbweissen mächtig los, das Führungstor ist der Erfolg. Sportfreunde kann

So spielt die Arbeitersportjugend!



Schickt die Kinder in die Arbeiter-Turn- und Sportvereine

aber durch Halblinks den Ausgleich herstellen. Kurz vor Schluß stellt der Halbrochte von 1921 durch prachtvollen Schuß den Sieg für seine Farben sicher. Vorher spielten die zweiten Mannschaften. Auch hier behielt 1921 mit 7:0 die Oberhand.

B.F. I — Einigkeit I 4:1.

In Groß-Moßbern gelang es den B.F. Lern, nach fair durchgeführten Kampfe über Einigkeit mit obigem Resultat Sieger zu sein. Zur Pause lag B.F. mit 1:0 in Führung. Den Einheimischen gelang es nach Wechsel, auszugleichen. Doch dann mußten sie die Flügel strecken, und B.F. konnte durch drei weitere Tore einen einwandfreien Sieg sicher stellen.

Sparta I — Falke I 2:3 (2:2).

Der S. B. Sparta hatte sich die jung aufkommende Falke-Elf zum fälligen Retourspiel verpflichtet. Im abwechslungsreichen Spielverlauf, der zur Pause das Gleichstand-Resultat 2:2 zurückließ, vermochte der Gast trotz des ungewohnten Platzes am Schluß mit einem Torvorsprung den Sieg wiederum an sich zu reißen. — Ein faires Treffen lieferten sich unter Rühndel (West) der Vereine zweiter Garnitur. Hier erliefen sich der Gast den Spartanen stets überlegen. Mit 6:0 strichen ihre Farben den Sieg ein.

Spielerreinigung Brieg—Hertha Breslau.

Um 16,30 Uhr stellte sich die Spielerreinigung Brieg 1910 und der Spitzreiter der Gruppe, W.G. Hertha, Breslau, dem Unparteiischen. Brieg fängt den Anstoß von Hertha sofort ab, und kann schon in der 2. Minute einen schönen Flachschuß dem Gast in sein Heiligum schicken. Doch Hertha, welche jetzt mit ihrem ersten Mann erscheinen, kommen nach erfolgtem Anstoß sofort durch Linksaußen zum Ausgleich. Beide Tore kommen jetzt öfter in Gefahr. Die guten Hintermannschaften beider Vereine und besonders der Vormann von Brieg, können rettend eingreifen. Hertha erhält noch vor Halbzeit einen Eismeter wegen Handspielen zuwittet, welcher aber vom Mittelfürmer verhindert wird. Nach erfolgtem Wiederanstöß kann der Mittelfürmer von Hertha durch schönen Langschuß seinem Verein die Führung übergeben. Es erfolgt jetzt ein kurzes Mittelfeldspiel. Nach einem Durchbruch von Hertha — Hand. Der Eismeter wird verwandelt. Gleichzeitig ist aber auch das Schicksal der Spielerreinigung besiegelt. Der Vormann von Hertha muß jedoch des öfteren rettend eingreifen. Das Spiel endete somit mit einem verdienten Siege von Hertha zur Zufriedenheit beider Vereine, welche sich einen mitunter harten Kampf geliefert haben, sonst aber durch den guten Schiedsrichter die Grenzen der Fairnis nicht überschritten.

Vorher spielten die 1. Jugendmannschaften 1:1 und die 2. Altermannschaften 7:1 für Brieg.

Gesellschaftsspiele am 31. Juli 1927.

(Die Reihenfolge bedeutet: Zeit, Verein, Platz, Schiedsrichter.)

5,00 B.F. I Dels—Vorwärts I; Dels; Morawe.
2,00 B.F. II Dels—B.F. II; Dels; Schwarz.
2,00 B.F. III Dels—Vorwärts II; Dels; Freudenberg.
4,30 Hundsfeld I—Df I; Hundsfeld; Scholz Karl.
4,30 Kotel I—1921 I; am Schlachthof; Grabisch.
4,00 F.S.B. II—Rapid II; Bebelplatz; Geier.
5,00 Einigkeit I—Dsmis I; Groß-Moßbern; Stempniewitz.
3,00 Einigkeit II—Dsmis II; Groß-Moßbern; Sertner.
1,00 Einigkeit IV—Dsmis III; Groß-Moßbern; Bebel.
10,00 Einigkeit III—F.S.B. III Groß-Moßbern; Krethamer R.
4,30 B.F. I—B.F. I; Riemannshöhe; Wiesnack.
5,00 Bratislawia I—Rapid I; Katenfreundplatz Rathenau-Brücke; Kuchner R.
3,00 Bratislawia II—Stern II; Katenfreundplatz Rathenau-Brücke; Keitner.
5,00 Stern I—1921 I; Gräbchen; Soris Robert.
3,00 Stern III—1921 II; Gräbchen; Rühndel.

Neue Ergebnisse zum Jugend-Sport.

Beteiligt sind: Bolebon, Kreis-Rathenau, Briege, Hertha, Fußballverein Vorwärts, West, sowie als auf die 5. Abteilung sächsische Jugend-Verbindungen unseres Vereines. Von den Turnvereinen; haben nach dem 1. und 2. Platz nicht abgegeben werden kann. Manmäßige Jugend mit 125 Teilnehmern gemeldet. Es beteiligten 14. Deutscher, 100-Meter-Lauf 27, 400-Meter-Lauf 8, 1000 Meter 15, 2000 Meter

